

Hoffmann, Marina; Wallau, Frank; Kayser, Gunter

Research Report

BDI-Mittelstandspanel 2009: Ergebnisse der Mittelstandsbefragung aus Frühjahr und Herbst 2009

IfM-Materialien, No. 190

Provided in Cooperation with:

Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn

Suggested Citation: Hoffmann, Marina; Wallau, Frank; Kayser, Gunter (2009) : BDI-Mittelstandspanel 2009: Ergebnisse der Mittelstandsbefragung aus Frühjahr und Herbst 2009, IfM-Materialien, No. 190, Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn, Bonn

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/51542>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Institut für Mittelstandsforschung Bonn

BDI-Mittelstandspanel 2009

- Ergebnisse der Mittelstandsbefragung
aus Frühjahr und Herbst 2009 -

Projektbearbeiter:
Marina Hoffmann,
Frank Wallau und Gunter Kayser

Untersuchung im Auftrag von



INSTITUT FÜR MITTELSTANDSFORSCHUNG

Maximilianstraße 20 • D-53 111 Bonn

IfM-Materialien Nr. 190

© IfM Bonn Dezember 2009

BDI-Mittelstandspanel 2009 - Ergebnisse der Mittelstandsbefragung aus Frühjahr und Herbst 2009 -

Untersuchung im Auftrag von:

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.bdi.eu

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Friedrichstraße 140
10117 Berlin www.de.ey.com

IKB Deutsche Industriebank AG
Wilhelm-Bötzkes-Straße 1
40474 Düsseldorf
www.ikb.de

Wissenschaftliche Bearbeitung:

Institut für Mittelstandsforschung Bonn
Maximilianstraße 20
53111 Bonn

Projektdurchführung: Marina Hoffmann, Gunter Kayser, Frank Wallau

Technische Durchführung:

TNS Emnid
Stieghorster Straße 90
33605 Bielefeld

Projektdurchführung: Oliver Krieg, Jörg Erren

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Inhalt

1. Das Anliegen	1
2. Die Ergebnisse der 9. Erhebungswelle	3
2.1 Wirtschaftliche Situation und wirtschaftspolitische Einschätzung	3
2.1.1 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen – Ambivalente Beurteilung	4
2.1.2 Wirtschaftslage: Aktuelle Einsichten und zukünftige Aussichten	11
2.2 Unternehmensführung in der Krise – Die Herausforderung annehmen	14
2.2.1 Absatz- und Wachstumschancen im Abschwung	14
2.2.2 Beschäftigung – Abwärtsentwicklung gewinnt an Dynamik	22
2.2.3 Investitionen und Finanzierung in der Krise	28
2.2.4 Umsatzrendite: Fokussierung auf den Binnenmarkt wird zum Vorteil	35
2.2.5 Nach der Krise ist vor dem Aufschwung?	37
3. Die Ergebnisse der 10. Erhebungswelle	41
3.1 Wirtschaftspolitische Einschätzung	41
3.1.1 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen: verhaltene Zuversicht im industriellen Mittelstand	42
3.1.2 Haushaltskonsolidierung – staatliche Handlungsfähigkeit sichern	48
3.2 Wirtschaftliche Lage und Entwicklungen in der Krise	51
3.2.1 Wirtschaftslage – Seitwärtsbewegung lässt Hoffnung aufkommen	52
3.2.2 Produktion und Umsatz der mittelständischen Industrie – Ergebnisse und Perspektiven	54
3.2.3 Beschäftigung im industriellen Mittelstand – Dynamik in der Krise	59
3.3 Unternehmensführung zwischen Krise und Aufschwung	63
3.3.1 Herausforderungen im Lichte der Umsatzentwicklung	64
3.3.2 Finanzierung – Strategien und Herausforderungen für die Industrie	69
3.3.3 Gestärkt aus der Krise?	76
4. Anhang	82
Fragebögen	83

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1:	Einschätzung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Zeitverlauf	5
Abbildung 2:	Maßnahmen der Bundesregierung in der Finanz- und Wirtschaftskrise	7
Abbildung 3:	Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen würden Ihrem Unternehmen derzeit am meisten helfen?	8
Abbildung 4:	Soziale Marktwirtschaft in Deutschland – Das Meinungsbild der Industrieunternehmen	10
Abbildung 5:	Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage im Zeitverlauf	12
Abbildung 6:	Entwicklung zentraler Umsatzkennzahlen in 2008	16
Abbildung 7:	Umsatzanteil der fünf größten Kunden	18
Abbildung 8:	Für 2009 erwartete Umsatzentwicklung in der Industrie	19
Abbildung 9:	Maßnahmen zur Nutzung von Absatz- und Wachstumschancen in der Krise	21
Abbildung 10:	Entwicklung der Gesamtbeschäftigung im Zeitverlauf	23
Abbildung 11:	Beschäftigung von Leiharbeitskräften in der Industrie	24
Abbildung 12:	Erwarteter Abbau der Inlandsbeschäftigung in 2009	27
Abbildung 13:	Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Unternehmensfinanzierung	29
Abbildung 14:	Für 2009 erwartete Entwicklung der Investitionsausgaben	33
Abbildung 15:	Betriebswirtschaftliche Maßnahmen zu Investitionen und Finanzierung	34
Abbildung 16:	Erwartete Entwicklung der Umsatzrendite in 2009	36
Abbildung 17:	Betriebswirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen in der Krise	40

III

Abbildung 18: Einschätzung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Zeitverlauf	43
Abbildung 19: Wichtige politische Handlungsfelder der nächsten Legislaturperiode aus Sicht der Industrie	45
Abbildung 20: Staatsverschuldung in Deutschland: Notwendigkeit von Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen aus Sicht der Industrie	49
Abbildung 21: Maßnahmen zur Konsolidierung des Bundeshaushalts aus Sicht der Industrie	50
Abbildung 22: Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage im Zeitverlauf	52
Abbildung 23: Umsatzentwicklung in der Industrie im 1. Halbjahr 2009 (im Vergleich zum Vorjahreszeitraum)	55
Abbildung 24: Anreizwirkung der Außenwirtschaftsförderung auf exportierende Unternehmen der Industrie	58
Abbildung 25: Abbau von Beschäftigung im Inland im Jahr 2009 in der Industrie, Vergleich Plan- und Ist-Zahlen	60
Abbildung 26: Weiterbildung und Qualifizierung während der Kurzarbeit in der Industrie	62
Abbildung 27: Veränderungen in der Unternehmensführung in der Industrie, Rückblick auf die letzten zwölf Monate	64
Abbildung 28: Veränderungen in der Unternehmensführung in der Industrie, Ausblick auf die kommenden zwölf Monate	65
Abbildung 29: Managementthemen mit verstärktem Beratungsbedarf seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise	67
Abbildung 30: Veränderung der Finanzierungsbedingungen in der Industrie seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise	70
Abbildung 31: Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Unternehmensfinanzierung in der Industrie	72
Abbildung 32: Änderung der Finanzierungsstrategien in der Industrie in den nächsten zwei Jahren	74

Abbildung 33: Gestärkt aus der Krise? Votum der Industrie im Herbst 2009 und das Wechselverhalten seit dem Frühjahr 2009	77
Abbildung 34: Gestärkt aus der Krise? Gründe der optimistischen Unternehmen	78
Abbildung 35: Gestärkt aus der Krise? Gründe der pessimistischen oder noch unsicheren Unternehmen	80

1. Das Anliegen

Aus einer Krise der internationalen Finanzmärkte ist eine weltumspannende Absatzkrise geworden, die Wirtschaft und Politik seit nunmehr eineinhalb Jahren beschäftigt. Die Globalisierung, deren Chancen der industrielle Mittelstand in der Vergangenheit durch Exportstärke und Innovationskraft erfolgreich wahrgenommen hat, zeigte sich von einer anderen, durch besondere Risiken geprägten Seite. So war der Beginn des Jahres 2009 insbesondere durch einen Einbruch der Umsätze und Auftragseingänge insbesondere im verarbeitenden Gewerbe gekennzeichnet. Dem Anschein nach hat der weltweite Abschwung jedoch sein vorläufiges Ende erreicht, zeigten doch die Konjunkturfrühindikatoren gegen Ende des Jahres 2009 Hinweise auf eine Bodenbildung und leichte wirtschaftliche Erholung. Vor diesem Hintergrund sind aktuelle Informationen über den Zustand und die Anliegen der Unternehmen, vor allem wenn sie die Vorbereitungen auf ein erneutes Anspringen der Konjunktur betreffen, unverzichtbar. Nur mithilfe gesicherter Daten aus erster Hand lässt sich die Verpflichtung, speziell den Mittelstand betriebswirtschaftlich und politisch hinreichend zu unterstützen, wahrnehmen.

Im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V. (BDI), der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie der IKB Deutsche Industriebank AG hat das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn unter Mitwirkung von TNS Emnid eine Online-Erhebung entwickelt. In der Öffentlichkeit als das **BDI-Mittelstandspanel** bezeichnet, liefert die in halbjährlichem Turnus stattfindende Befragung deutscher Industrieunternehmen im nunmehr fünften Jahr aktuelle und gesicherte Informationen über die zum jeweiligen Erhebungszeitpunkt speziell für den industriellen Mittelstand relevanten betriebswirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragestellungen. Hierzu gehören die Entwicklung wichtiger betrieblicher Kennzahlen, die Marktaktivitäten und -bedingungen oder Strategien zur Erfüllung der unternehmerischen Kernaufgaben. Darüber hinaus liefert das BDI-Mittelstandspanel auch einen Maßstab zur Beurteilung des Zustands und der Entwicklung der ökonomisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Auf diese Weise entsteht eine verlässliche empirische Basis, die Unternehmen und Umfeldakteuren Entscheidungshilfe bietet. Die Daten werden online unter **www.bdi-panel.emnid.de** erhoben; dort sind ebenfalls die Ergebnisse aller bisherigen Erhebungswellen dokumentiert.

Der vorliegende Bericht stellt die Ergebnisse der neunten und zehnten Befragungswelle aus dem Frühjahr bzw. Herbst 2009 komprimiert als Sammelband dar. An der neunten Erhebungswelle beteiligten sich zwischen dem 3. März und dem 15. Mai 2009 über 1.500 Unternehmen. Vor dem Hintergrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise standen die Entwicklung der deutschen Industrieunternehmen im Jahr 2008 sowie ihre Erwartungen für 2009 im Zentrum der Frühjahrsbefragung. Das Augenmerk lag dabei auf den zentralen Kennzahlen zu Umsatz und Beschäftigung, der Entwicklung von Rendite und Investitionen sowie den Reaktionen der Unternehmen auf die Krise in der kurzen und mittleren Frist. Ein besonderer Erhebungsschwerpunkt galt der Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft aus Sicht der Industrie sowie ihrer Einschätzung der Reaktionsmaßnahmen der Großen Koalition zur Abmilderung der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Ein Schwerpunkt der zehnten Befragungswelle im Herbst 2009 lag auf den wirtschaftspolitischen Forderungen des industriellen Mittelstands für die kommende Legislaturperiode unter Berücksichtigung der angespannten Lage der Staatsfinanzen. Zudem wurden neben der obligatorischen Einschätzung der Wirtschaftslage die derzeitigen Herausforderungen an die Unternehmensführung sowie die Frage thematisiert, wer den Unternehmen bei der Suche nach den richtigen Antworten bei der Krisenbewältigung beratend zur Seite steht. Weitere Kernthemen sind und bleiben die Finanzierungssituation der Unternehmen sowie mögliche Anpassungen in der Finanzierungsstrategie als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise. Zwischen dem 1. September und dem 30. November 2009 beteiligten sich knapp 1.500 Unternehmen an der Erhebung.

Allen Unternehmen, die sich an den Befragungen des BDI-Mittelstandspanels im Jahr 2009 beteiligt haben, danken wir recht herzlich für ihre Unterstützung.

2. Die Ergebnisse der 9. Erhebungswelle

2.1 Wirtschaftliche Situation und wirtschaftspolitische Einschätzung

Im Sog der Weltwirtschaft erlebt die deutsche Industrie derzeit statt der üblichen Frühjahrsbelebung eher eine "Frühjahrsdepression". Dies gilt gleichermaßen für die wirtschaftliche Entwicklung als auch für die allgemeinen wirtschaftspolitischen Bedingungen. Wird beides auch so schlecht beurteilt wie noch nie, so vergibt der industrielle Mittelstand – insbesondere die exportintensiven Unternehmen – durchaus gute Zwischennoten für das Krisenmanagement der Bundesregierung. Die Lage fordert jedoch anhaltenden Ideenreichtum und Mut zu weiteren Reformen. Einzig die Idee der Sozialen Marktwirtschaft erweist sich als krisenfest und wird vom Mittelstand als Kompass aus der Krise angesehen.

Ausgangslage: Deutschland im Abwärtssog der Weltwirtschaft

Ausgehend von der Immobilienkrise in den USA hat sich im Laufe der letzten Monate in rasantem Tempo eine weltumspannende Finanz- und Wirtschaftskrise entwickelt. So rechnet der Internationale Währungsfonds für das Jahr 2009 erstmals seit 60 Jahren mit einem Schrumpfen der Weltwirtschaft. Nach einer Steigerung des realen Welt-Bruttoinlandsprodukts um 3,2 % in 2008 wird für das laufende Jahr ein Minus von bis zu 1,3 % erwartet. Im Zuge dessen wird auch der Welthandel einen bisher noch nie gesehenen Rückgang verzeichnen. Experten des Internationalen Währungsfonds rechnen für 2009 mit einem Minus des Welthandelsvolumens an Gütern und Dienstleistungen von 11 %, während in 2008 trotz global sinkender Nachfrage noch ein Plus von 3,3 % erreicht wurde. Trotz der schwierigen Bedingungen waren die deutschen Unternehmen in der Lage, das vergangene Jahr als Exportweltmeister ab zu schließen – zum neunten Mal in Folge.

Die Wachstumsraten der deutschen Wirtschaft hielten im internationalen Vergleich viele Jahre nicht mit der weltweiten Aufwärtsbewegung Schritt. Erst im letzten Konjunkturaufschwung konnte dieser Trend unterbrochen werden. War die starke Exportorientierung verantwortlich für diese Erfolge, so ist der Einbruch der globalen Güternachfrage nun auch der Grund dafür, dass die Folgen des weltweiten Abschwungs hierzulande deutlicher als in anderen Regionen zu spüren sind. Die derzeitigen Prognosen gehen für 2009 von einer Schrumpfung des deutschen Bruttoinlandsprodukts von bis zu 6 % aus. Für das Jahr 2010 schwanken die Prognosen zwischen plus 0,5 % und minus

0,5 %, so dass das Konjunkturtal im nächsten Jahr erreicht bzw. sogar bereits durchschritten sein könnte. Ausmaß und Tempo des Abschwungs belasten das Strukturgefüge der deutschen Wirtschaft jedoch in einem solchen Maß, dass verlässliche volkswirtschaftliche Vorhersagen nur in engen Grenzen möglich sind.

Rezessionen, die mit Immobilien- und Banken Krisen einhergehen, sind – das hat die Vergangenheit gezeigt – tiefer und vor allem schwerer zu überwinden als normale zyklische Abschwünge. Dass die Realisierung der unteren Prognosewerte von daher als wahrscheinlicher anzusehen ist, macht die Betrachtung der Quartalsentwicklung deutlich. Gemäß den jüngsten Angaben des Statistischen Bundesamtes ist das bereinigte Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2009 um 3,8 % im Vergleich zum Vorquartal geschrumpft – der vierte Quartalsrückgang in Folge. Somit hat sich das Negativwachstum seit dem zweiten Quartal 2008 zunehmend verschärft. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum musste sogar ein Rückgang um 6,7 % verzeichnet werden.

Der Abwärtsdruck des Außenbeitrags hält an, und der private Konsum dürfte auf Jahressicht lediglich einen leicht positiven und damit nur bedingt krisendämpfenden Beitrag leisten. Zeigt sich das Konsumklima dank kaufkraftstärkender Faktoren, wie der niedrigen Inflationsrate, gesunkener Energiepreise sowie steigender Renten, derzeit relativ konstant, so lassen die Konjunktur- und Einkommenserwartungen der Verbraucher für den weiteren Jahresverlauf keine Hoffnung auf stärkere Wachstumsimpulse aus dem Inland zu. Den dämpfenden Einfluss der unsicheren gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungssituation belegt auch die Entwicklung der Arbeitslosenquote. Diese ist im April 2009 bereits um 0,5 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr auf 8,6 % angestiegen. Die Entwicklung ist angesichts des massiven Produktionseinbruchs aber noch vergleichsweise moderat. Insbesondere die starke Inanspruchnahme von Kurzarbeit hat einen noch ausgeprägteren Anstieg verhindert. Für den Jahresverlauf 2009 erwartet das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen um etwa 450.000 auf einen Jahresdurchschnitt von 3,7 Millionen. Für 2010 wird der Verlust von bis zu 900.000 weiteren Arbeitsplätzen prognostiziert.

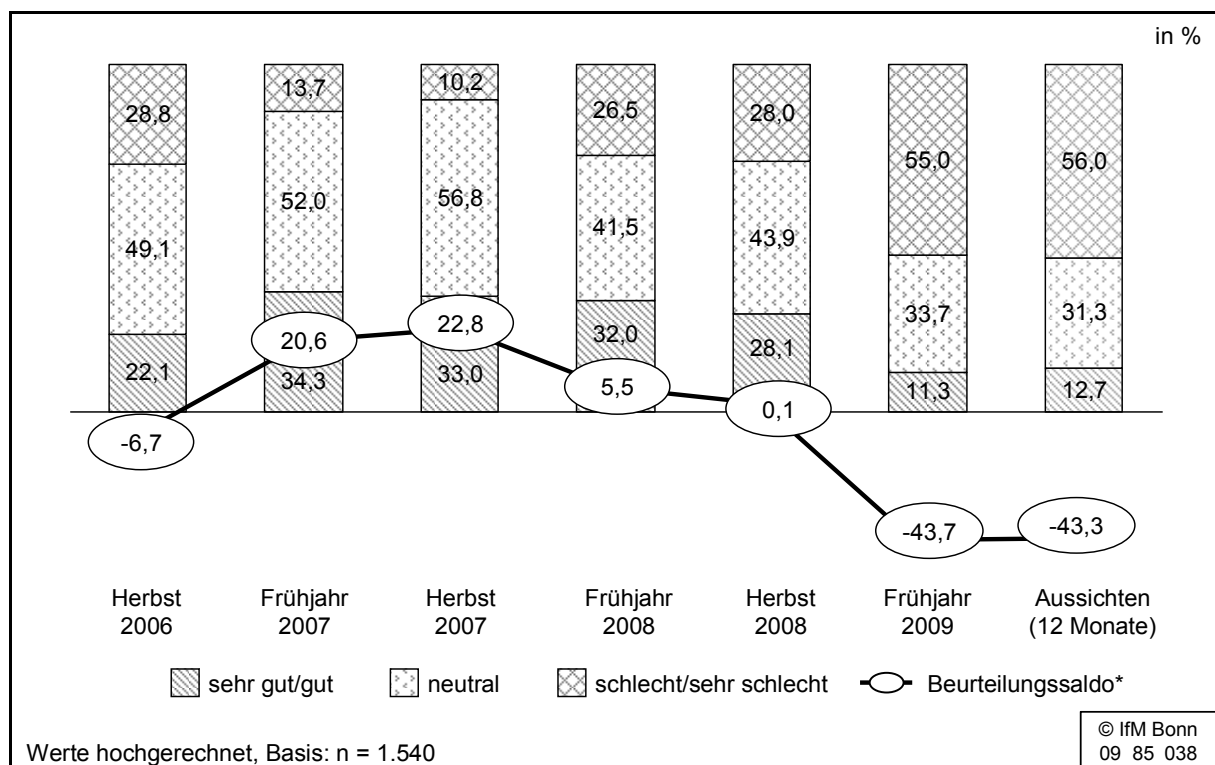
2.1.1 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen – Ambivalente Beurteilung

Seit dem Herbst vergangenen Jahres wurden in vielen Staaten kreditfinanzierte Konjunkturprogramme beschlossen, um die globale Rezession abzufedern.

Neben der Einrichtung des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) hat die Bundesregierung im Rahmen von zwei Konjunkturpaketen eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die deutsche Wirtschaft abzufedern. Mit einem Gesamtvolumen von über 80 Mrd. Euro sollen u. a. über die Ausweitung staatlicher Investitionen, erhöhte Ausgaben zur Beschäftigungssicherung und Erleichterungen bei Steuern und Sozialabgaben die Realwirtschaft stabilisiert und der private Konsum gefördert werden. Allgemein wird erwartet, dass die Konjunkturpakete frühestens im zweiten Halbjahr 2009, wenn nicht erst im Laufe des kommenden Jahres, ihre volle Wirkung entfalten.

In der Frühjahrsbefragung des BDI-Mittelstandspanels beurteilten die Unternehmen neben den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen auch das Krisenmanagement der Bundesregierung – mit ambivalenten Ergebnissen.

Abbildung 1: Einschätzung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Zeitverlauf



* Anteil der Positiv-Meldungen minus Anteil der Negativ-Meldungen

Tadel für die allgemeine wirtschaftspolitische Verfassung

In der mittlerweile traditionellen Beurteilung der aktuellen und zukünftigen Rahmenbedingungen bekommt die Bundesregierung im Frühjahr 2009 in der

Gesamtschau keine guten Noten. Der Anteil der Unternehmen, die den wirtschaftspolitisch gesteckten Rahmen als schlecht bis sehr schlecht bewerten, hat sich im Vergleich zum Herbst 2008 auf 55 % fast verdoppelt (vgl. Abbildung 1). Spiegelbildlich haben sich die guten bis sehr guten Bewertungen von 28 % auf 11 % mehr als halbiert. Wenngleich die Unternehmen bereits im Herbst 2008 von einer deutlichen Verschlechterung der Rahmenbedingungen ausgingen, fällt der Saldo aus Positiv- und Negativ-Meldungen überraschend stark auf minus 43,7 Punkte; die im Herbst 2008 geäußerten Erwartungen betrugen im Saldo nur minus 29,6 Punkte. Auch die Erwartungen für die kommenden zwölf Monate, d.h. bis zum Frühjahr 2010, bleiben skeptisch. Die deutsche Industrie geht also von einem krisen- und wahlkampfbedingten wirtschaftspolitischen Stillstand aus, und auch von dem Ausgang der Bundestagswahl im September 2009 erwarten die Unternehmen keine kurzfristigen Impulse.

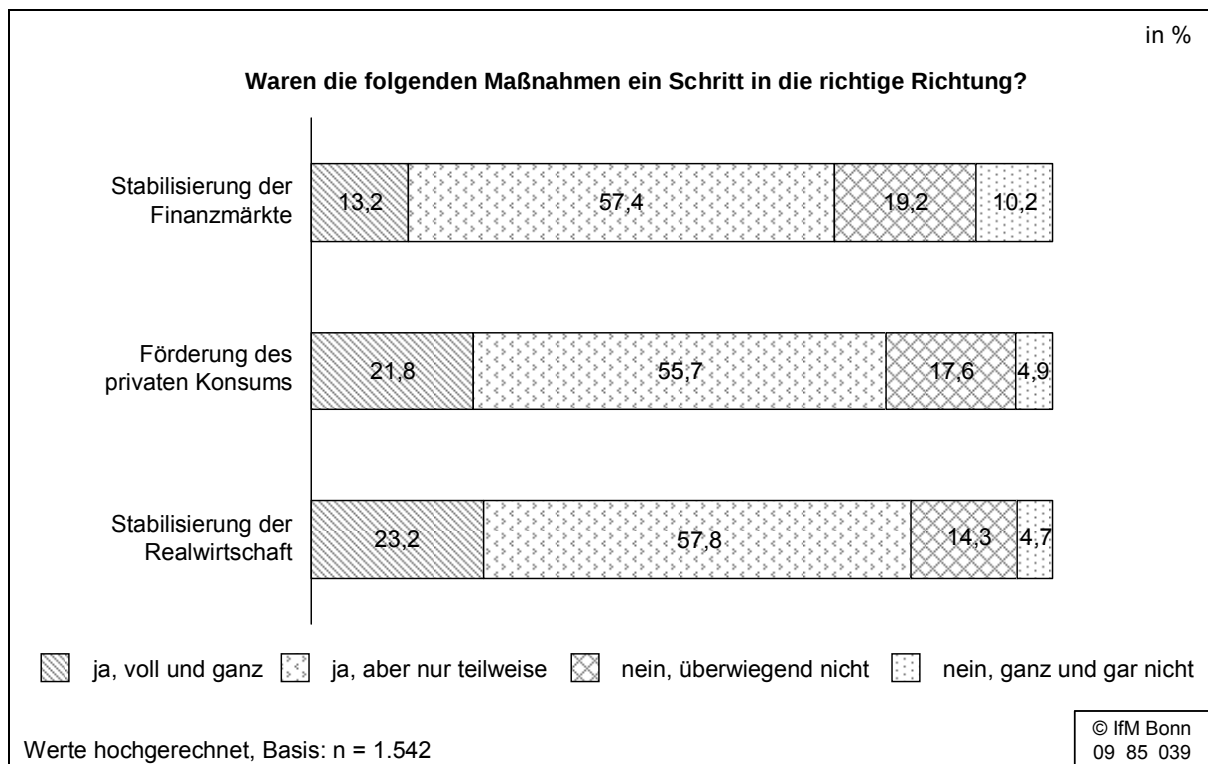
Lob für das Krisenmanagement

Im Gegensatz zu den Leistungen der Großen Koalition im Bereich der allgemeinen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen beurteilen die Industrieunternehmen das Krisenmanagement der Regierung deutlich positiver. Mit rund 38 % bewertet über ein Drittel der Unternehmen die Arbeit der Bundesregierung in puncto Handlungsfähigkeit, Reaktionszeit und internationale Positionierung insgesamt mit gut bis sehr gut. Lediglich ein Viertel äußert sich kritisch. In ihren Einschätzungen sind sich die Unternehmen aller Größenklassen einig, allerdings werden Unterschiede in Bezug auf die Exportorientierung deutlich. So zeigen die von dem wirtschaftlichen Abschwung besonders stark betroffenen Exportunternehmen (vgl. Kapitel 2.2.1) eine höhere Wertschätzung der politischen Krisenarbeit der Bundesregierung.

Weitere Stabilisierung der Finanzmärkte ist oberstes Gebot

Befragt nach einzelnen Elementen der politischen Maßnahmenpakete, äußern die Unternehmen, in Übereinstimmung mit den Experten, den größten Handlungsbedarf bei der Stabilisierung der Finanzmärkte (vgl. Abbildung 2). Gut 70 % der Industrieunternehmen betrachten die bisher eingeleiteten Maßnahmen als einen Schritt in die richtige Richtung. Die übrigen Unternehmen beurteilen die bisherigen Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte als eher ungeeignet. Priorität für die Gruppe der kritischen Unternehmen hat vermutlich nicht die eingeleitete kurzfristige Stabilisierung, sondern eine langfristige Neuausrichtung der Finanzmärkte.

Abbildung 2: Maßnahmen der Bundesregierung in der Finanz- und Wirtschaftskrise



Noch höher ist die Zustimmung zu den ergriffenen Maßnahmen, wenn es um die Stabilisierung der Realwirtschaft und die Förderung des privaten Konsums geht. Jeweils rund vier von fünf Unternehmen beurteilen die beiden Zielrichtungen der Konjunkturpakete als einen richtigen Schritt. Die Konsumförderung findet mit abnehmender Unternehmensgröße tendenziell häufiger Zustimmung, da insbesondere unter den Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten eine geringere durchschnittliche Größe verbreitet ist.¹ Rund ein Drittel der Industrieunternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten äußert sich jedoch skeptisch über die Konsumwirkung der ergriffenen Maßnahmen.

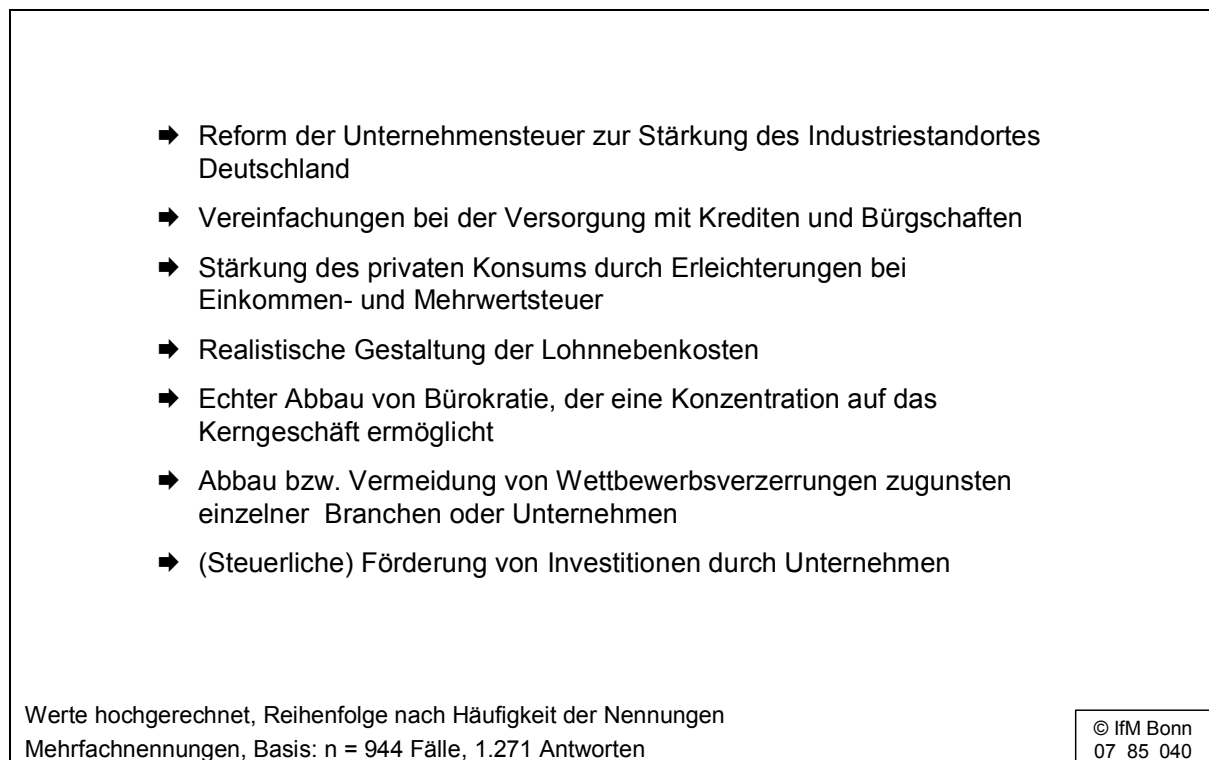
¹ Das Verarbeitende Gewerbe wird zu Analyse Zwecken in seine Hauptgruppen aufgeteilt. Die Branchenaufteilung ist wie folgt (Auswahl):

- Vorleistungsgüterproduktion: Chemie, Mineralölverarbeitung, Metallherzeugung und -bearbeitung, Gummi- und Kunststoffwaren, Steine und Erden, Recycling
- Investitionsgüterproduktion: Maschinenbau, Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Feinmechanik
- Ge- und Verbrauchsgüterproduktion: Textilgewerbe, Bekleidung und Leder, Ernährung, Tabakverarbeitung, Papier-, Verlags- und Druckgewerbe, Möbel

Gerade in Krisenzeiten: Umfassende Steuerreform als Strukturreform

Die Frühjahrsbefragung des BDI-Mittelstandspanels bot den Unternehmen die Möglichkeit, in offener Form wirtschaftspolitische Empfehlungen abzugeben, die sich aus unternehmerischer Sicht am besten zur Überwindung der Rezession eignen. Mit Abstand am häufigsten wurden Reformen des deutschen Steuersystems genannt (vgl. Abbildung 3). Dabei geht es den Unternehmen gleichermaßen um Elemente der Ertragsteuern sowie der Erbschaftsteuer. Im Detail wünschen sich die Unternehmen gerade in Zeiten des Abschwungs die Möglichkeit des Verlustvortrags und eine Ausweitung der Abzugsfähigkeit von Zinszahlungen auf drei Millionen Euro (Zinsschranke), wie auch in Teilen von der Großen Koalition Ende Mai 2009 beschlossen. Weit verbreitet ist zudem der Wunsch nach einer Stärkung des privaten Konsums, wobei die Unternehmen hier mehrheitlich Entlastungen durch eine Reform der Einkommensteuer und eine Senkung der Mehrwertsteuer fordern.

Abbildung 3: Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen würden Ihrem Unternehmen derzeit am meisten helfen?



Auch die hohe Abgabenlast ist ein Dauerthema für die Unternehmen, da die Fixkosten in umsatzschwachen Zeiten besonders stark zu Buche schlagen. Mehr als neun von zehn Industrieunternehmen hatten dieses Handlungsfeld bereits in den Herbstbefragungen der Jahre 2005 und 2008 als prioritär einge-

stuft. In den aktuellen Ergebnissen findet dieses Petitum erneut Bestätigung. Wenngleich angesichts der Einnahmensituation der Sozialversicherungen Beitragssenkungen sicherlich unrealistisch sind, so sprechen sich die Unternehmen zumindest für langfristig stabile Beiträge aus. Die von der Großen Koalition beschlossene Rentengarantie, die in Zukunft Rentenkürzungen unabhängig von der Entwicklung der Lohnsummen gesetzlich verhindert, wäre daher das falsche Signal.

Den Unternehmen zufolge sind auch bei der Versorgung mit Krediten und Bürgschaften weitere Vereinfachungen seitens der öffentlichen Hand wünschenswert. So empfinden viele Unternehmen den Aufwand zur Beantragung von Fördermitteln und Bürgschaften sowie Exportgarantien als bürokratisch oder fühlen sich nicht ausreichend informiert. Bereits eingeleitete Maßnahmen in diesen Bereichen scheinen also noch nicht bei allen Unternehmen anzukommen bzw. bekannt zu sein (vgl. Kapitel 2.2.3).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Unternehmen eine auf Dauer angelegte Steuersenkung befürworten. Hiervon erwarten sie eine größere Nachfragewirksamkeit als von einmaligen Steuergeschenken und – besonders häufig angeführt – Wettbewerbsneutralität. Klar ist jedoch auch, dass die Rezession durch eine weitere Erhöhung der Staatsausgaben nicht behoben, sondern lediglich abgemildert werden kann. Angesichts der Tatsache, dass sich bereits im Herbst 2008 über 70 % der Industrieunternehmen für das Ziel der Haushaltskonsolidierung aussprachen, scheint die Grenze einer vertretbaren Verschuldung somit erreicht.

Soziale Marktwirtschaft: Kompass für den Weg in die Zukunft

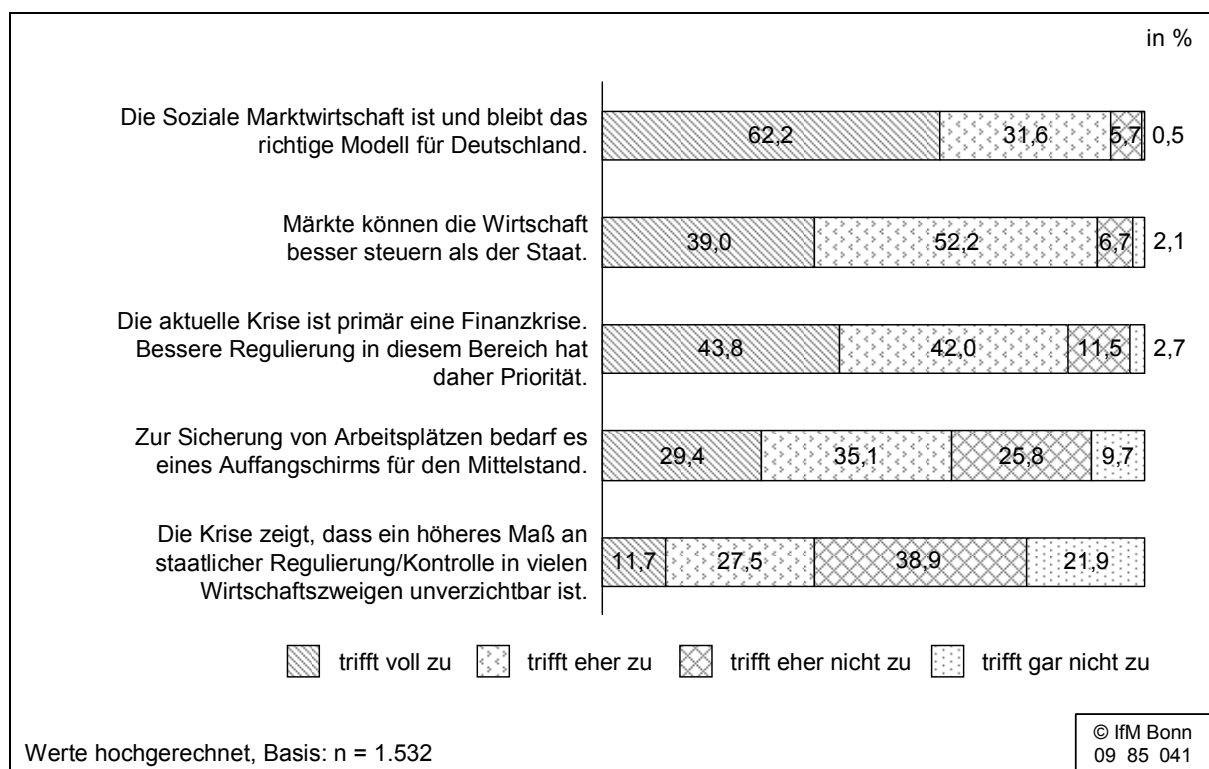
Trotz des negativen Votums zu den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen spricht die deutsche Industrie ein klares Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft aus. An dieser Einschätzung hat auch die derzeit vorherrschende Krisenstimmung nichts geändert.

Freiheitliche Märkte mit sozialem Ausgleich in Einklang bringen – dies ist die zentrale Maxime der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie Ludwig Erhard 1949 einführte. Dabei geht es nicht primär um die Umverteilung durch den Staat, sondern um eine Wirtschafts- und Sozialordnung, die genügend Raum für Eigeninitiative und Selbstvorsorge im Wettbewerb bietet. Diese Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft werden auch nach 60 Jahren noch von der deutschen Industrie vorbehaltlos geteilt: Für mehr als neun von zehn Unternehmen

ist die Soziale Marktwirtschaft das richtige "Modell" für Deutschland, auch für die Zukunft (vgl. Abbildung 4).

Mit ähnlich hoher Übereinstimmung betont die Industrie auch, dass die Steuerung der Wirtschaft eher bei den Märkten als dem Staat liegen solle. Dass auch die vorherrschende Rezession und Unsicherheit an diesem klaren Bekenntnis nicht rütteln können, belegen die Angaben der Unternehmen. Sechs von zehn mittelständischen Industrieunternehmen sehen keine Notwendigkeit für ein höheres Maß an staatlicher Regulierung in weiten Teilen der deutschen Wirtschaft. Die deutsche Industrie verortet mit gut 85 % mehrheitlich den Kern der Krise im Finanzsystem und fordert eine effektivere Regulierung in diesem Bereich.

Abbildung 4: Soziale Marktwirtschaft in Deutschland – Das Meinungsbild der Industrieunternehmen



Die besondere Brisanz der aktuellen Situation zeigt sich jedoch, wenn es um einen Auffangschirm für den Mittelstand zur Sicherung von Arbeitsplätzen geht. Während die Angaben der Industrieunternehmen allgemein darauf hindeuten, dass der Markt dem Staat vorgezogen wird, befürworten gleichzeitig fast zwei Drittel der Unternehmen einen speziellen Auffangschirm für mittelständische Unternehmen. Hier wird die Unsicherheit und der Vertrauensschwund aufgrund der Entwicklungen in den letzten Monaten deutlich. Wollen

die Unternehmen auch angesichts der derzeitigen Lage aus eigener Kraft für ihr Überleben sorgen, so verlieren sie doch die sozialen Bezüge der Marktwirtschaft nicht aus den Augen. Daher stellt die neuerliche Ausweitung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes vom ehemals 12 auf nunmehr 24 Monate einen richtigen und wichtigen Schritt dar, damit Wirtschaft und Politik gemeinsam zur Sicherung von Beschäftigung beitragen können.

2.1.2 Wirtschaftslage: Aktuelle Einsichten und zukünftige Aussichten

Der wirtschaftliche Abschwung hat die Industrieunternehmen nach eigenen Angaben fest im Griff. Die Ergebnisse der Frühjahrsbefragung 2009 des BDI-Mittelstandspanels lassen keine andere Interpretation zu.

Aktuelle Wirtschaftslage so finster wie noch nie

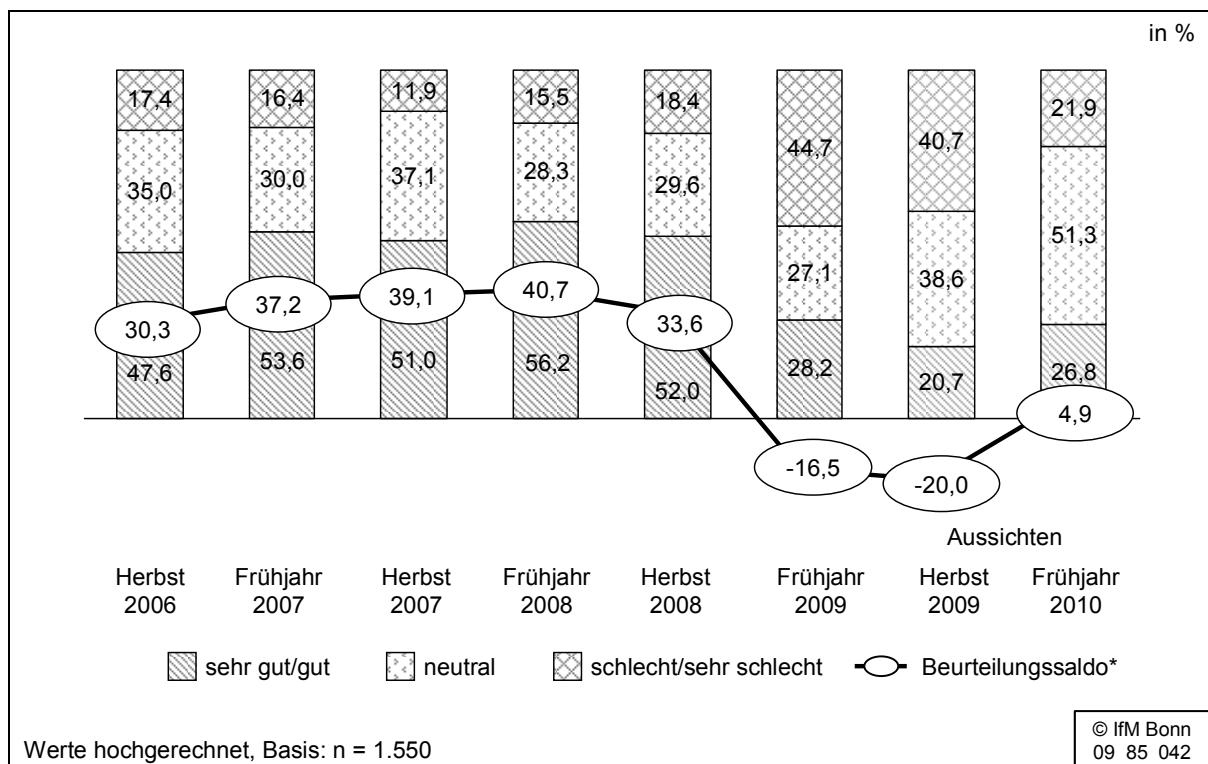
Waren die Unternehmen, die die eigene Wirtschaftslage mit schlecht bis sehr schlecht bewerteten, in der Vergangenheit durchgängig mit Abstand in der Minderheit, stellen sie nun mit 44,7 % die Mehrheit. Allerdings beurteilt selbst jetzt noch mehr als jedes vierte Unternehmen (28,2 %) die eigene Lage als gut bis sehr gut. Der Beurteilungssaldo als Differenz zwischen Positiv- und Negativ-Meldungen fällt binnen Jahresfrist um 57 Punkte auf minus 16,5 (vgl. Abbildung 5). Mit Blick auf die sich häufenden Meldungen über Auftragsrückgänge und die mangelnde Kapazitätsauslastung der deutschen Industrie verwundert das Stimmungstief nicht. Lag doch die Auslastung der Produktionskapazitäten nach Angaben der Deutschen Bundesbank im ersten Quartal 2009 um gut 12 % unter dem Vorjahreswert.

Großindustrie büßt traditionellen Stimmungsvorteil ein

Der Stimmungseinbruch ist deutlich stärker ausgefallen als noch im letzten Herbst von den Unternehmen erwartet, wenngleich schon damals der stärkste Einbruch in den Geschäftserwartungen seit Beginn der Befragung zu verzeichnen war. Über alle Größenklassen hinweg bestätigt sich, dass die dramatische Entwicklung der letzten Monate die Unternehmen sowohl in ihrer Geschwindigkeit als auch in ihrer Intensität überrascht hat. Besonders betroffen zeigen sich die größeren Unternehmen: über 70 % der Unternehmen mit 500 und mehr Mitarbeitern – deutlich mehr als in den unteren Größenklassen – klagen über eine schlechtere Wirtschaftslage als noch im Herbst 2008. Auch steigt mit der Größe der Anteil derer, die ihre im Herbst 2008 geäußerten positiven Erwartungen an die eigene Wirtschaftslage nicht halten konnten. Dass

die kleinen Unternehmen zur Zeit noch besser durch die aktuellen Turbulenzen zu kommen scheinen, hängt mit ihrer geringeren Exportabhängigkeit zusammen. So konnten sie zwar nicht in gleichem Ausmaß wie die exportierenden Unternehmen am letzten Aufschwung partizipieren, sind aber dementsprechend auch weniger stark von den momentanen Umsatzeinbrüchen betroffen. Im Branchenvergleich bestätigt sich das Bild: Die Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten, die sich durch eine stärkere Binnenorientierung und geringere durchschnittliche Größe auszeichnen, kommen derzeit zu besseren Lageeinschätzungen als die Vorleistungs- oder gar Investitionsgüterproduzenten.

Abbildung 5: Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage im Zeitverlauf



* Anteil der Positiv-Meldungen minus Anteil der Negativ-Meldungen

Erwartungen für Herbst 2009: Lage bleibt kritisch, Trendwende aber möglich

Über das tatsächliche Ausmaß der Finanz- und Wirtschaftskrise entscheidet letztlich nicht nur die Intensität, sondern auch die Dauer der konjunkturellen Abwärtsbewegung. Nach dem tiefen Fall seit dem letzten Herbst bleiben die Aussichten der Industrieunternehmen für den weiteren Jahresverlauf 2009 weiterhin kritisch – das laufende Jahr scheint von den Unternehmen abgeschrieben zu sein. Der Beurteilungssaldo für den Herbst 2009 verschlechtert

sich im Vergleich zur aktuellen Situation auf minus 20 Punkte (vgl. Abbildung 5).

Die Bewertungen an den äußeren Rändern der Skala – "sehr gut" und "sehr schlecht" – nehmen gleichermaßen ab. Mit Blick auf die rasante Abwärtsentwicklung der letzten Monate kann die Tatsache, dass mit gut 38 % über ein Drittel der Unternehmen die eigene Wirtschaftslage im weiteren Jahresverlauf unverändert sieht, jedoch als Hinweis auf eine Verlangsamung, vielleicht sogar als Ende des Negativtrends gewertet werden.

Da die Rezession überwiegend über die Exportstärke der deutschen Industrie importiert wurde, bietet die Unterscheidung der Lageerwartung nach der Exportorientierung einen weiteren Hoffnungsschimmer. Hatten die exportierenden Unternehmen in den Jahren des Aufschwungs die binnenorientierten in der Beurteilung der eigenen Wirtschaftslage zu jedem Zeitpunkt deutlich übertroffen, hatte sich dies in den letzten sechs Monaten schlagartig geändert. In der Einschätzung für den weiteren Jahresverlauf 2009 zeigen sich die exportierenden Unternehmen im direkten Vergleich jedoch wieder etwas optimistischer, wenn auch auf niedrigem Niveau.

Erwartungen für 2010: Die Stimmung hellt sich auf

Die Hoffnungen auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage verstärken sich bei Erweiterung des Betrachtungszeitraums. Befragt nach ihrer voraussichtlichen wirtschaftlichen Lage im Frühjahr 2010, geht nur noch ein gutes Fünftel der Industrieunternehmen von einer schlechten bis sehr schlechten Situation aus. Da auch der Anteil der Unternehmen mit guten bis sehr guten Erwartungen auf über ein Viertel anwächst, erreicht der Beurteilungssaldo im Frühjahr 2010 wieder einen positiven Wert von fast 5 Punkten. Dieser verhaltene Optimismus zeigt sich dabei über alle Größenklassen hinweg. Die Stimmung hellt sich insbesondere bei der von den weltweiten Nachfrageeinbrüchen stark betroffenen Großindustrie im Investitionsgüterbereich auf. Der Exportmotor könnte also im Laufe des kommenden Jahres wieder in Gang kommen. Die Unternehmen des Baugewerbes erwarten derzeit nur eine leichte Verbesserung ihrer Wirtschaftslage bis hin zum Frühjahr 2010. Ihre generell auf niedrigerem Niveau liegende Lagebeurteilung war aber auch im Vergleich zum Verarbeitenden Gewerbe weniger stark eingebrochen. Die Aussicht auf die Ausweitung der öffentlichen Investitionen im Rahmen der Konjunkturpakete vermag die Stimmung im Baugewerbe aber noch nicht nachhaltig zu verbessern. Da die Aufträge viele Unternehmen bisher noch nicht erreicht ha-

ben, bleibt zu hoffen, dass weiteres Potential für eine Verbesserung der Lage besteht.

Stimmungsaufhellung der Industrie als Frühindikator?

Die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung der Industrie belegen die folgenden Angaben des Statistischen Bundesamtes: Der Wertschöpfungsanteil des Verarbeitenden Gewerbes belief sich im Jahr 2008 auf rund 24 % und ist damit im Laufe der letzten 15 Jahre entgegen aller Befürchtungen einer Deindustrialisierung konstant geblieben. Sowohl was die Wachstumsraten als auch die Produktivität betrifft, lag das Verarbeitende Gewerbe in den letzten Jahren über den Vergleichswerten der Gesamtwirtschaft. Da die Industrie den letzten Aufschwung maßgeblich mitgetragen hat, kann die leicht positivere Stimmung der Industrieunternehmen für 2010 auch als Indikator für eine verbesserte gesamtwirtschaftliche Entwicklung angesehen werden. Zur Vorsicht mahnt jedoch die kurze Halbwertszeit der Prognosen seit Beginn der Krise. Da es für eine derartige Entwicklung keine historischen Vergleichsdaten gibt, dürfte es den Unternehmen ebenfalls schwer fallen, verlässliche Einschätzungen über den kurzfristigen Horizont hinaus zu treffen.

2.2 Unternehmensführung in der Krise – Die Herausforderung annehmen

"Erstens kommt es anders, und zweitens als man denkt", so lautet eine Redensart, die den derzeitigen Gemütszustand in den Führungsetagen der Wirtschaft in mancher Hinsicht sicherlich treffend beschreibt. Die Herausforderung, ein Unternehmen durch die aktuelle Krisenzeit zu lenken, ist immens. Die neunte Befragungswelle des BDI-Mittelstandspanels thematisiert daher die Handlungsalternativen der deutschen Industrie in den zentralen Feldern des Managements Absatz, Personal und Finanzierung. Da dies auch schon ein Themenschwerpunkt der letzten Herbstbefragung war, lassen sich die Informationen der Unternehmen über die letzten Monate hinweg vergleichen und in den Kontext der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen einbetten. Die Ergebnisse zeigen deutlich: Die Führungsverantwortlichen der mittelständischen Industrie sind mehr denn je gefordert.

2.2.1 Absatz- und Wachstumschancen im Abschwung

Als einer der ersten Wirtschaftsabschnitte war das Verarbeitende Gewerbe, das einen Großteil der deutschen Industrieunternehmen umfasst, von dem

globalen Nachfrageeinbruch seit Mitte des letzten Jahres betroffen. Trotz der recht guten Entwicklung in der ersten Jahreshälfte 2008 sanken die Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe, auf das Gesamtjahr betrachtet, real um 0,2 % unter das Niveau des Vorjahres. Dabei konnte das Inlandsgeschäft leicht um 0,3 % zulegen, während sich der Auslandsumsatz um 0,6 % verringerte.

Im ersten Quartal 2009 gab der reale Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe um 21,9 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nach. Dabei fiel das Inlandsgeschäft um 18,1 % und der Auslandsumsatz um 26,2 %. Die jüngsten Zahlen zur Umsatzentwicklung aus dem Monat März zeigen jedoch erstmals wieder eine positive Entwicklung. Nach einer kontinuierlichen Abwärtsbewegung seit August 2008 konnte der preis- und saisonbereinigte (reale) Umsatz nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im März im Vergleich zum Vormonat um 1,5 % zulegen (Inland: 1,8 %, Ausland: 1,0 %). Zudem stiegen im gleichen Zeitraum auch die realen Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe um 3,3 % an (Inland: 1,1 %, Ausland: 5,6 %). Die kurzfristige Entwicklung gibt somit Anlass zur Hoffnung, wenngleich sich der Abschwung nun verstärkt auf die industrielle Binnennachfrage auszuwirken scheint.

Über zwei Drittel spüren krisenbedingten Nachfragerückgang, aber ...

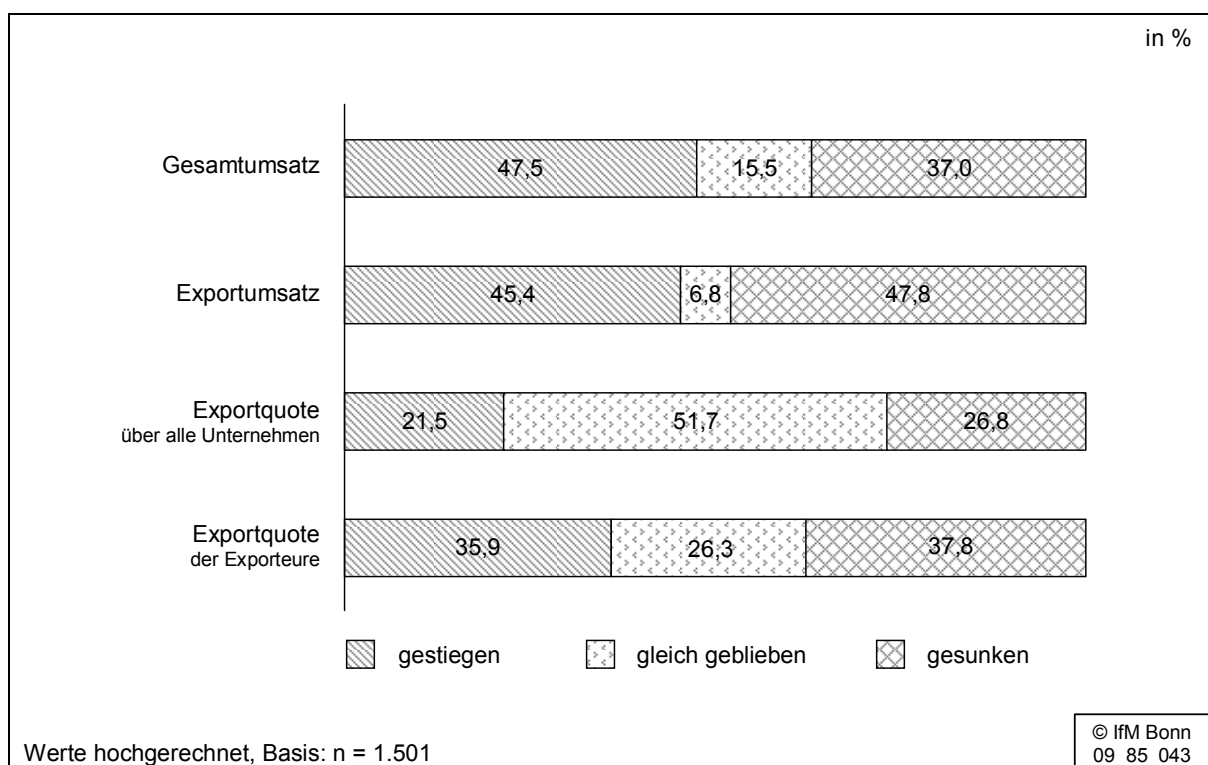
Befragt nach den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Nachfrage nach Produkten des eigenen Unternehmens, berichten über zwei Drittel von negativen Auswirkungen auf die Nachfrage aus dem Inland. Von dem Rückgang waren tendenziell eher größere Unternehmen betroffen als kleine, und auch die Unternehmen der Baubranche konnten sich anteilmäßig im Vergleich zum Verarbeitenden Gewerbe besser behaupten. Der Einbruch der Auslandsnachfrage hat sich mit knapp 68 % ebenfalls bei einer Mehrheit der exportierenden Unternehmen bemerkbar gemacht. Aufgrund der höheren Exporteur- und auch Exportquote waren auch hier die Großunternehmen signifikant häufiger und auch stärker betroffen.

Knapp 28 % der exportierenden Unternehmen berichten jedoch über eine unveränderte Nachfrage aus dem Ausland seit Verschärfung des Abschwungs, und auch von dem krisenbedingten Rückgang der Inlandsnachfrage scheint jedes vierte Unternehmen nach eigenen Angaben nicht betroffen zu sein. Dies ist vor dem Hintergrund der Stärke des Nachfragerückgangs – sowohl im Inland als auch aus dem Ausland – sicherlich positiv zu bewerten und im Einzelfall möglicherweise auch ein Indiz für richtige Managemententscheidungen.

... nur gut ein Drittel verzeichnete einen Umsatzrückgang in 2008

Trotz der weitläufig zu beobachtenden negativen Nachfrageentwicklung mussten, auf das Gesamtjahr 2008 gesehen, nur 37 % der im Panel erfassten Unternehmen einen Umsatzrückgang hinnehmen (nach knapp 24 % in 2007, vgl. Abbildung 6). Im Vorfeld hatten allerdings nur 18 % der Unternehmen sinkende Umsätze für das Jahr 2008 erwartet, was noch einmal die Unterschätzung der Krise verdeutlicht. Der Großteil der Unternehmen (48 %) war dennoch in der Lage, den Umsatz im Jahresverlauf 2008 zu steigern (2007: 58 %), was in etwa den im letzten Jahr geäußerten Erwartungen entspricht (44 %). Unabhängig von den erzielten Umsatzsteigerungen sieht derzeit die deutliche Mehrheit dieser Unternehmen die Nachfrage nach ihren Produkten im In- und Ausland bedroht. Dass sie trotzdem zu großen Teilen ihre Umsatzplanungen für 2008 realisieren konnten, spricht für ihre Produkte, aber auch für ihre Führungsqualitäten. Zwei Komponenten, die in hohem Maße die wirtschaftliche Zukunft der deutschen Industrie beeinflussen werden.

Abbildung 6: Entwicklung zentraler Umsatzkennzahlen in 2008



Der Exportmotor ist ins Stottern geraten

Einhergehend mit dem wirtschaftlichen Abschwung verlor der Euro seit Mitte letzten Jahres rund ein Fünftel seines Wertes. Der tendenziell positive Effekt

dieser Entwicklung auf den Export deutscher Produkte konnte sich letztendlich jedoch nicht durchsetzen. So musste fast die Hälfte der Exportunternehmen unabhängig von ihrer Größe sinkende Auslandsumsätze hinnehmen, wobei der Rückgang noch stärker ausfiel als beim Gesamtumsatz.

Von der guten Entwicklung der letzten Jahre beeinflusst, waren 40 % der Exporteure in ihren Prognosen für 2008 von einem weiteren Anstieg der Exportquoten ausgegangen, lediglich 8 % erwarteten einen sinkenden Anteil der Exporte am Gesamtumsatz. Die Realität hat die Unternehmen jedoch eingeholt. Letztendlich konnte nur ein gutes Drittel der Unternehmen in 2008 tatsächlich eine Steigerung der Exportquote verzeichnen, während knapp 38 % einen Rückgang realisierten. Trotz der schwierigen Marktbedingungen in 2008 wagten rund 7 % der befragten Unternehmen erstmals den Eintritt in ausländische Märkte. Hier kann jedoch vermutet werden, dass diese Entwicklung überwiegend im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres stattfand.

Abhängigkeit von wichtigen Kunden – Fluch oder Segen?

Insbesondere mit Blick auf die Automobilzulieferer mehren sich derzeit die Befürchtungen, aufgrund der Schieflage einiger weniger Großkunden mit in den Abwärtssog zu geraten. Die Abhängigkeit von einer kleinen Abnehmerzahl kann vor dem Hintergrund der Entwicklungen in den letzten Monaten ein entscheidendes Kriterium zur Krisenbewältigung sein.

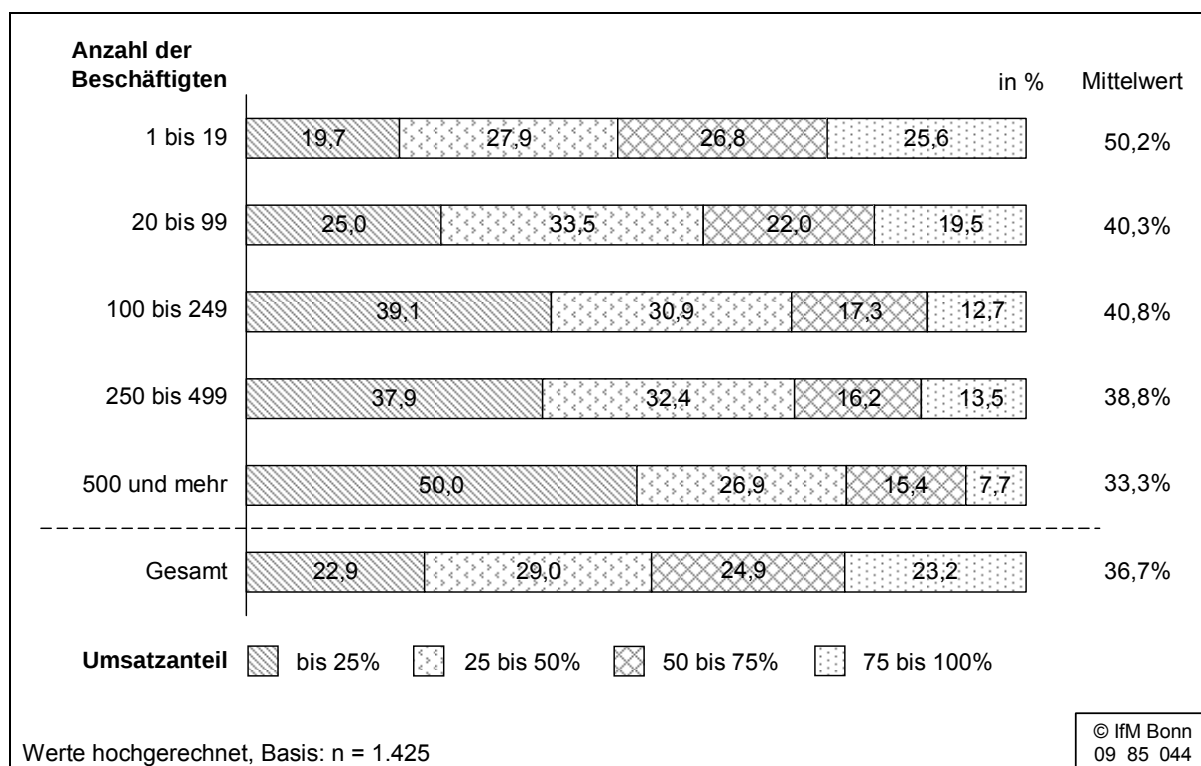
In der aktuellen Befragung des BDI-Mittelstandspanels gaben die Unternehmen Auskunft über den Umsatzanteil, den sie mit ihren fünf größten Kunden generieren. Demnach erzielen 23 % der Industrieunternehmen drei Viertel oder mehr ihrer Umsätze mit einer Hand voll Kunden und befinden sich somit in relativ großer Abhängigkeit (vgl. Abbildung 7). Im Gegensatz dazu zeichnet sich aber auch ein ebenso großer Teil der Unternehmen durch eine diversifizierte Abnehmerstruktur aus, sprich der Umsatzanteil der fünf größten Kunden liegt bei weniger als einem Viertel des Gesamtumsatzes.

Bei dem durchschnittlichen Umsatzanteil, der mit den wichtigsten Kunden erzielt wird, lässt sich ein klarer Größeneffekt erkennen: Während kleine Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten durchschnittlich über die Hälfte ihrer Produktion an fünf Großkunden liefern, sinkt der mittlere Umsatzanteil mit zunehmender Unternehmensgröße ab und beläuft sich in der Gruppe der Großunternehmen nur noch auf ein Umsatzdrittel. Sprich: Je kleiner das Unternehmen, desto homogener zeigt sich erwartungsgemäß auch die Abnehmerstruk-

tur. Wenngleich die Großindustrie in den letzten Monaten stärker von der Krise betroffen war, so lassen sich auch im Mittelstand ernste Konsequenzen für den Fortbestand des eigenen Unternehmens bei Ausfall eines oder mehrerer Großkunden nicht vermeiden.

Die Befragungsergebnisse belegen, dass die industrielle Fertigung durchaus durch hohe Abhängigkeitsverhältnisse geprägt ist. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass der hohe Spezialisierungsgrad in der Industrie häufig eine diversifizierte Produkt- und Kundenpolitik nicht oder nur begrenzt erlaubt bzw., umgekehrt formuliert, über lange Zeit die Voraussetzung für den Erfolg war. Dies kann aber gleichzeitig auch eine Abhängigkeit der Abnehmer von der Lieferfähigkeit der für spezielle Kundenbedürfnisse produzierenden Unternehmen bedeuten und somit zur Stärke der Hersteller werden.

Abbildung 7: Umsatzanteil der fünf größten Kunden

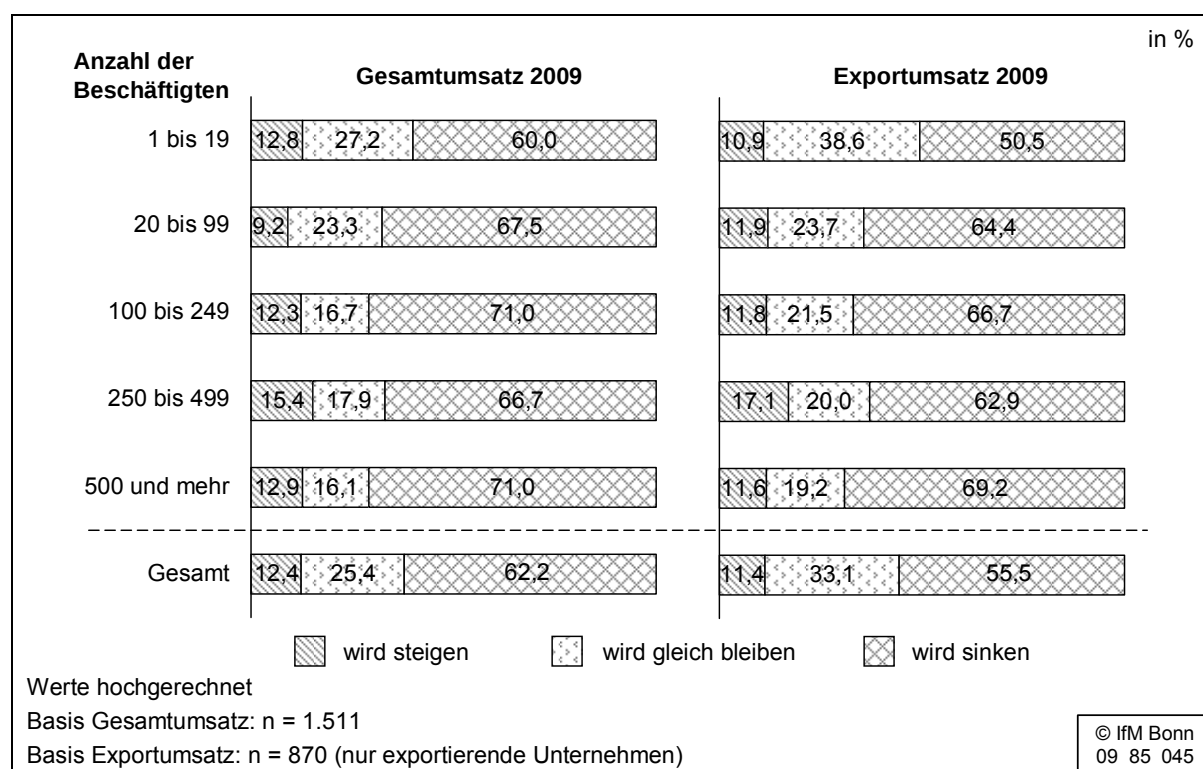


Absatzmärkte im In- und Ausland bieten für 2009 wenig Potential

So lautet das Fazit der Umsatzerwartungen der deutschen Industrieunternehmen. Dem Anschein nach wird die Abwärtsentwicklung bei der Inlandsnachfrage im Vergleich zur Nachfrage aus dem Ausland noch etwas an Schärfe zunehmen. Im Schnitt aller Unternehmen geht mit 62 % die Mehrheit von sinkenden Gesamtumsätzen aus (vgl. Abbildung 8). Was den Umsatz auf den

Auslandsmärkten angeht, erwartet hingegen nur gut die Hälfte der Exportunternehmen (55 %) eine anhaltend negative Entwicklung. Dies scheint vor dem Hintergrund der starken Einbrüche im Export seit Jahresmitte 2008 plausibel. So wird sich die in den letzten Monaten auf den Auslandsmärkten zu beobachtende Entwicklung auf den Inlandsmärkten fortsetzen. Wenngleich der Export auf Basis der Unternehmenserwartungen im laufenden Jahr das Potential hat, sich etwas besser zu entwickeln als die Inlandsnachfrage, so kann maximal von einer Seitwärtsbewegung auf niedrigem Niveau gesprochen werden. Von einem Anstieg der Umsätze, gleich ob im In- oder Ausland, geht im laufenden Jahr mit rund 11 % bzw. 12 % nur eine Minderheit der Unternehmen aus.

Abbildung 8: Für 2009 erwartete Umsatzentwicklung in der Industrie



Im Branchenvergleich setzt sich das Verarbeitende Gewerbe und hier insbesondere die Investitionsgüterproduzenten durch besonders schlechte Aussichten etwa von der Baubranche ab. Auch im Größenvergleich zeigen sich Unterschiede: Sind sich die Unternehmen der mittleren und oberen Größenklassen in ihrer Negativprognose zur Umsatzentwicklung 2009 weitgehend einig, so zeichnen sich die kleinen Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten durch einen etwas geringeren Anteil an negativen Umsatzerwartungen aus. Ihnen kommt im Abschwung somit eine stabilisierende Funktion zu.

Diese Angaben spiegeln sich in den Einschätzungen der Unternehmen zu ihrer wirtschaftlichen Gesamtlage im weiteren Jahresverlauf wider. Auch hier rechnen die Unternehmen erst für das Frühjahr 2010 mit einer Aufhellung (vgl. Kapitel 2.1.2). Zusammenfassend bleibt zu konstatieren, dass das Jahr 2009 aus Sicht der Industrie wenig Erfreuliches bietet und erst im kommenden Jahr mit einer Verbesserung zu rechnen ist.

Wachstum in der Krise – Chancen schaffen und nutzen

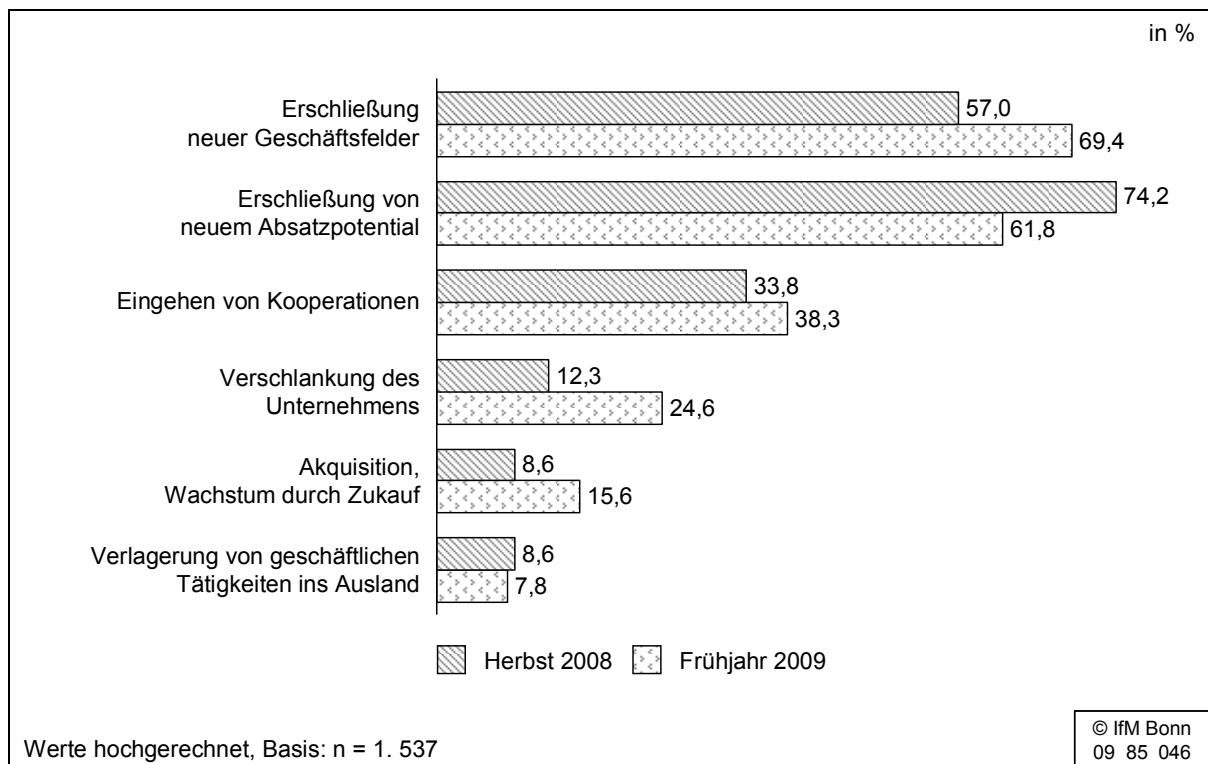
Der Entwicklung untätig zuzusehen, stellt für die deutschen Industrieunternehmen jedoch keine Alternative dar. Nachdem bereits in der Herbstbefragung 2008 nach den damaligen Maßnahmen zur Nutzung von Absatz- und Wachstumschancen in der Krise gefragt wurde, zeigt sich nun, dass die Unternehmen zunehmend auf die Umsatzeinbrüche reagieren.

Das am häufigsten genutzte Instrument zur Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Position war nach den Ergebnissen der Herbstbefragung die Erschließung von neuem Absatzpotential, beispielsweise durch eine intensivere Vermarktung bestehender Produkte oder die regionale Ausweitung der Marktaktivitäten. Dass dieses Instrument nicht mehr den ersten Rang unter den Maßnahmen einnimmt, scheint darauf hinzudeuten, dass das Absatzpotential zu großen Teilen ausgeschöpft ist (vgl. Abbildung 9).

Die Erschließung neuer Geschäftsfelder, ein eher mittel- bis langfristig ausgerichteter, strategischer Schritt zur Erhöhung der Absatz- und Wachstumschancen, rückte hingegen auf den ersten Rang der Maßnahmen zur Krisenbewältigung. Rund 69 % der Unternehmen wagen sich auf neue Geschäftsfelder, gegen Ende des letzten Jahres versuchten dies erst 57 %. Hierin können ein Beleg für die Initiativekraft der Industrie und – gemäß der Regel, dass jeder beschwerlichen Situation auch ein Kern von positiven Elementen innewohnt – ein positiver Effekt der gegenwärtigen Krise gesehen werden. Hier muss die Politik ansetzen und dafür sorgen, dass den Unternehmen genügend Spielraum für eine Umstrukturierung bzw. eine Neuaufstellung zur Verfügung steht.

Während es in der Ge- und Verbrauchsgüterbranche noch mehrheitlich zu einer intensiveren Ausreizung des bewährten Produktportfolios kommt, zeigen sich vor allem in den Branchen der Investitionsgüterproduzenten bereits häufiger Planungen und Aktivitäten zur Erschließung neuer Geschäftsfelder.

Abbildung 9: Maßnahmen zur Nutzung von Absatz- und Wachstumschancen in der Krise



Eine Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette ist in der deutschen Industrie von je her weit verbreitet. Als probates Mittel, um den Weg aus der Krise leichter zu bewältigen, hatte dies bereits im Herbst 2008 rund ein Drittel der Unternehmen erkannt. Der Anteil der kooperierenden Unternehmen ist seitdem um weitere 4,5 Prozentpunkte angestiegen, wobei sich insbesondere die sonst nur zögerlich kooperierenden kleinen Mittelständler aktiv zeigen.

Konsolidierungstendenzen im Mittelstand nehmen zu

Eine der zentralen Aussagen aus der Herbstbefragung 2008 des BDI-Mittelstandspanels lautete: "Nur mäßiges Interesse an externem Wachstum". Da dem internen Wachstum aufgrund der rückläufigen globalen Nachfragesituation derzeit Grenzen gesetzt sind, hat sich das Interesse der Industrieunternehmen am Wachstum durch Zukauf ausgeweitet. Hatten Ende letzten Jahres noch jeweils rund 8 % der Unternehmen angegeben, an der Übernahme anderer Unternehmen(steile) zu arbeiten bzw. diesbezüglich Planungen zu haben, so erhöhte sich der Anteil der Unternehmen mit konkreten Übernahmeaktivitäten auf fast 16 %, derartige Planungen haben weitere 4 %. Insbesondere unter den Vorleistungsgüterproduzenten wird signifikant häufiger von

konkreten Vorhaben berichtet, und auch eine vergleichsweise heterogene Abnehmerstruktur, sprich ein geringer Umsatzanteil der fünf größten Kunden, wirkt sich stimulierend auf die Akquisetätigkeiten der Unternehmen aus. Allerdings lassen sich derartige Pläne nur bei einer guten eigenen Kapitalausstattung oder bei gesichertem Zugang zu den Kredit- bzw. Kapitalmärkten realisieren. Die krisenbedingt gesunkenen Unternehmenswerte erhöhen jedoch die Chance, einen geeigneten Übernahmekandidaten zu finden. Insofern ist zu erwarten, dass sich krisenbedingt der Konzentrationsgrad in der Industrie insgesamt erhöhen wird.

Dass der Markt für Unternehmensübernahmen auf beiden Seiten offener geworden ist, zeigt auch der stark gestiegene Anteil an Firmen, die eine Verschlankung ihres Unternehmens anstreben. Hierzu zählen u.a. die (Teil)Veräußerung von Betrieben oder das Schließen von Geschäftsfeldern. Rund 12 % der Unternehmen zeigten sich im Herbst 2008 aktiv in dieser Richtung. Sechs Monate später präsentiert sich bereits ein ganz anderes Bild: Der Anteil der Unternehmen, die diese Strategie verfolgen, hat sich auf 24 % verdoppelt.

Die Verlagerung von geschäftlichen Tätigkeiten ins Ausland ist hingegen für immer weniger Unternehmen eine Option. Der Anteil der verlagernden Unternehmen lag bereits im Herbst 2008 unter 9 % und ist weiter auf rund 8 % abgesunken. Die Produktion im Ausland ist somit auch in Krisenzeiten für eine deutliche Mehrheit der Industrieunternehmen keine Alternative. Neben dem gesunkenen Absatzpotential spielt dabei aber auch das große Vertrauen in die Heimatstandorte eine Rolle.

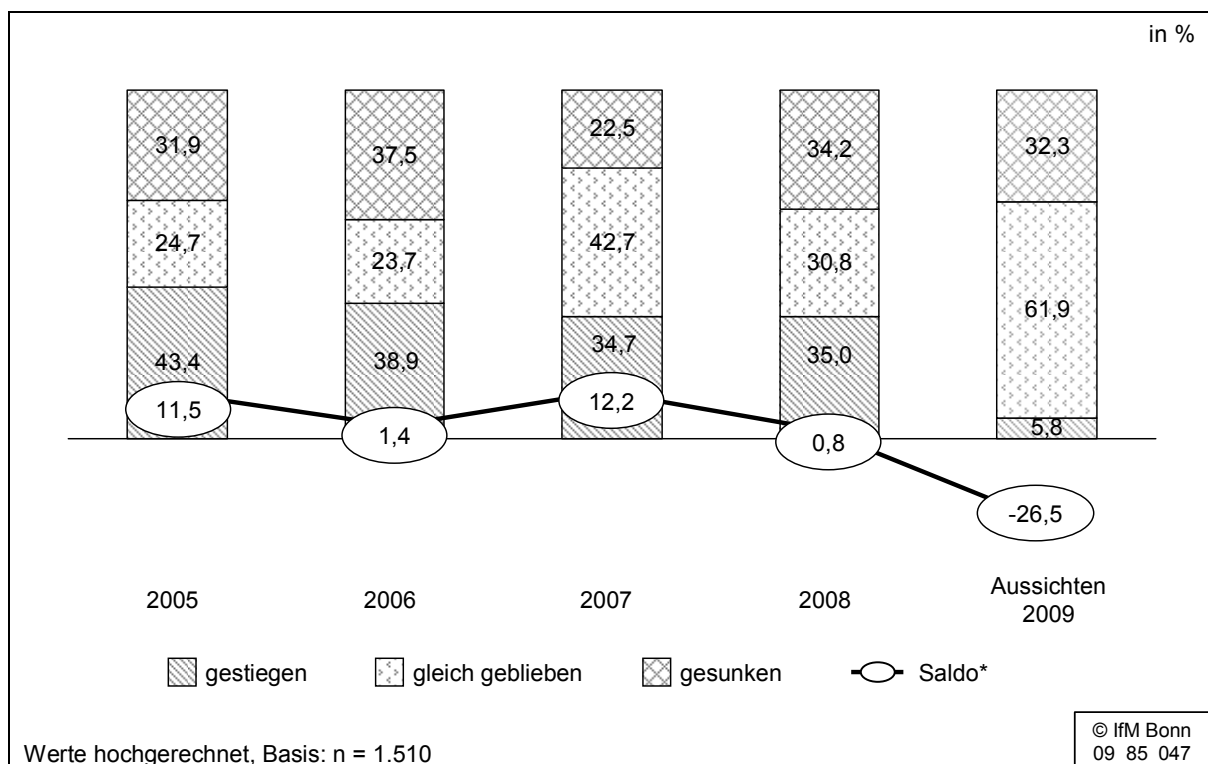
2.2.2 Beschäftigung – Abwärtsentwicklung gewinnt an Dynamik

Laut amtlicher Statistik waren im Jahresdurchschnitt 2008 rund 2,4 % mehr Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe tätig als noch in 2007 (Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten). Diese in der Jahresbetrachtung recht positive Entwicklung fand im Februar 2009 ein Ende, als erstmals seit Beginn des Abschwungs im Vergleich zum Vormonat ein Rückgang der Beschäftigung zu verzeichnen war (-0,3 %). Da sich der Abwärtstrend im März weiter fortsetzte, waren im ersten Quartal 2009 insgesamt 0,7 % weniger Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe registriert als im Vorjahreszeitraum.

Für die Unternehmen des BDI-Mittelstandspanels war das Jahr 2008 durch eine relativ ausgeglichene Beschäftigungsentwicklung geprägt. Der Saldo der

Beschäftigung, sprich die Differenz aus den Beschäftigung aufbauenden und abbauenden Unternehmen, fiel auf 0,8 Punkte und konnte sich somit gerade noch im positiven Bereich halten (vgl. Abbildung 10). Der Anteil der Unternehmen, die in 2008 Beschäftigung abbauen mussten, ist jedoch im Vergleich zum Vorjahr über alle Unternehmensgrößenklassen gestiegen. In den oberen Größenklassen war die Negativentwicklung jedoch besonders ausgeprägt.

Abbildung 10: Entwicklung der Gesamtbeschäftigung im Zeitverlauf



Die Erwartungen für das laufende Jahr 2009 sprechen allerdings eine andere Sprache: Die Zahl der Unternehmen, die planen, Beschäftigung abzubauen, bleibt im Vergleich zum Vorjahr zwar recht konstant bei einem Drittel. Ein Aufbau an Beschäftigung wird jedoch nur noch vereinzelt stattfinden. Immerhin drei Fünftel gehen zwar noch davon aus, die Beschäftigung stabil halten zu können, der Saldo der Beschäftigung fällt jedoch auf negative 26,5 Punkte.

Exportunternehmen mussten bereits in 2008 Federn lassen

An mehreren Stellen wurde deutlich, dass eine hohe Exportorientierung dieser Tage nicht unbedingt von Vorteil für die kurzfristige Unternehmensentwicklung ist. Dieser Zusammenhang zeigt sich auch bei der Beschäftigungssituation. So haben die Exportunternehmen maßgeblich zum Beschäftigungsaufbau der vergangenen Jahre beigetragen, nehmen nun aber auch starken Einfluss auf

die gegenläufige Entwicklung. In der Gruppe der überdurchschnittlich exportorientierten Unternehmen musste fast die Hälfte Beschäftigung abbauen.

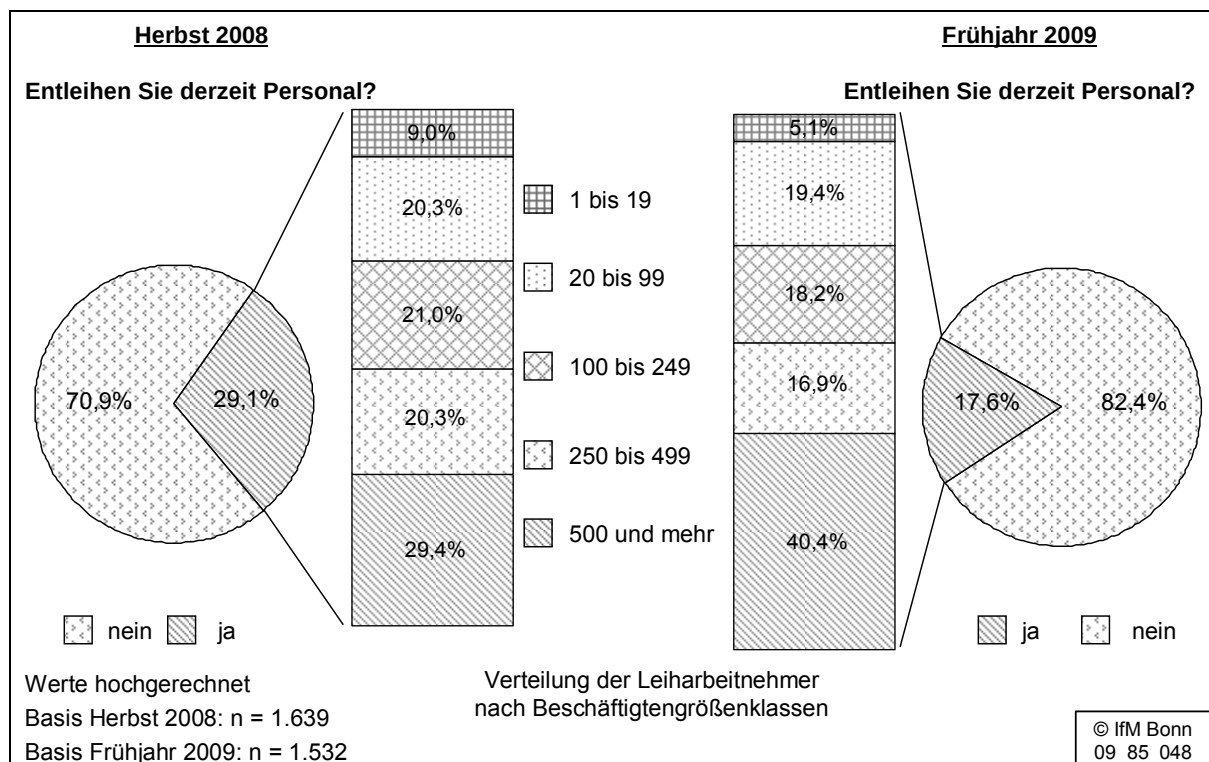
Zwangsurlaub und Abbau von Überstunden deutlich ausgeweitet

Bevor den Unternehmen in letzter Konsequenz nur noch der Abbau der Stammbesatzung bleibt, gilt es jedoch, zunächst die in guten Zeiten angewachsenen Überstundenkonten abzuschmelzen oder auch Mitarbeiter in Zwangsurlaub zu schicken. Hatten bereits im Herbst letzten Jahres gut 44 % der Unternehmen angegeben, den Überstundenabbau voranzutreiben, so versuchen sechs Monate später bereits 63 %, durch das Abschmelzen von Überhängen oder die Anordnung von Zwangsurlaub die Produktion beschäftigungsverträglich zu drosseln.

Umfang der Leiharbeit deutlich reduziert

Getragen vom vergangenen Aufschwung, konnte die Zeitarbeitsbranche überdurchschnittliche Wachstumsraten verzeichnen. Analog wird die Branche nun aber auch vom Abschwung voll erfasst. Die vom Grundgedanken her zum Ausgleich von Produktionsspitzen auszuleihenden Arbeits- und Fachkräfte fallen strukturell bedingt als erste dem Rotstift der entleihenden Unternehmen zum Opfer.

Abbildung 11: Beschäftigung von Leiharbeitskräften in der Industrie



Im Herbst 2008 gaben rund 29 % der Unternehmen an, Personal zu entleihen. Ihre Zahl reduzierte sich auf aktuell unter ein Fünftel (17,6 %, vgl. Abbildung 11). In der Konsequenz wird daher Schätzungen zufolge nur noch jeder 33. Beschäftigte der Industrie von einem Leiharbeitsunternehmen gestellt. Sechs Monate zuvor war es noch jeder 25. Beschäftigte gewesen.

Die Nutzung von Leiharbeit wird auch im laufenden Jahr, als kurzfristig realisierbare Maßnahme, die sich direkt und unmittelbar auf die Liquidität auswirkt, nachlassen. Zwei Drittel der Unternehmen, die dieses Instrument derzeit noch immer nutzen, werden den Umfang weiter reduzieren, lediglich 5 % der Unternehmen planen eine Ausweitung.

Unterschiedliche Nutzungsstrategien von Leiharbeit

Die Unternehmen der unteren Größenklassen haben die Anzahl der Leiharbeiter innerhalb der letzten sechs Monate überproportional stark zurückgefahren. Da die wirtschaftliche Entwicklung in der Großindustrie von der globalen Negativentwicklung jedoch stärker betroffen war, lässt dies Rückschlüsse auf unterschiedliche Nutzungsstrategien der Leiharbeit zu. Unternehmen der kleinen und mittleren Größensegmente scheinen dieses personalpolitische Instrument überwiegend als Schwankungsreserve zur Abwicklung von Auftragsspitzen einzusetzen. Aufgrund der Produktionseinbrüche der letzten Monate, die auch in den unteren Größenklassen zu spüren waren, musste die Zahl der entliehenen Arbeitskräfte nun kurzfristig zurückgefahren werden. In den oberen Größensegmenten scheint die Leiharbeit eher strategisch denn sporadisch zum Einsatz zu kommen, so dass auch bei einem Auftragsrückgang nicht in gleichem Umfang auf Leiharbeiter verzichtet werden kann. In der Konsequenz hat sich die Verteilung der entliehenen Arbeitskräfte in Richtung der Großunternehmen verschoben (vgl. Abbildung 11).

Kurzarbeit – ein wichtiges personalpolitisches Instrument

Im Januar 2009 hatte die Bundesregierung im Rahmen des ersten Konjunkturpaketes die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld von damals 12 auf 18 Monate verlängert. Das Ziel war, Unternehmen und deren Beschäftigte in der Phase konjunkturell bedingter Auftragsschwankungen zu unterstützen. So kann in den Unternehmen, deren Arbeitsausfall mindestens ein Drittel der Beschäftigten und 10 % des monatlichen Bruttoentgelts betrifft, die eingearbeitete Belegschaft gehalten und Arbeitslosigkeit vermieden werden. Im Mai 2009 beschloss das Bundeskabinett, das Kurzarbeitergeld erneut auf nunmehr 24

Monate zu verlängern. Zudem erstattet die Bundesagentur für Arbeit den Arbeitgebern die Sozialversicherungsbeiträge nach sechs Monaten Kurzarbeit in vollem Umfang.

Das Instrument "Kurzarbeit" ist in der Rezession zu einem wichtigen personal- und arbeitsmarktpolitischen Element geworden. Nach den jüngsten Angaben wurde im Dezember 2008 an 210.000 Arbeitnehmer Kurzarbeitergeld gezahlt, und etwa ein Drittel ihrer Arbeitszeit war von dem Ausfall betroffen. Dies entspricht dem Äquivalent von 66.000 Vollzeitstellen. Nach amtlichen Schätzungen wird erwartet, dass sich der Umfang konjunkturell bedingter Kurzarbeit im April 2009 auf 1,4 Millionen erhöht haben wird. Dies entspräche bei einem Arbeitszeitausfall von einem Drittel rund 450.000 Vollzeitarbeitskräften.

Fast jedes dritte Unternehmen nutzt Kurzarbeit

So lautet das Auswertungsergebnis zur Kurzarbeit innerhalb des BDI-Mittelstandspanels im Frühjahr 2009. In der Gruppe der überdurchschnittlich exportorientierten Unternehmen ist sogar jeder zweite Arbeitgeber zu diesem Schritt gezwungen. Weitere 13 % des industriellen Mittelstands schließen eine kurzfristige Anmeldung von Kurzarbeit nicht aus. Die Unternehmen, die Kurzarbeit angemeldet haben, beschäftigen insgesamt rund 45 % der auf Basis der Befragung hochgerechneten Mitarbeiter.

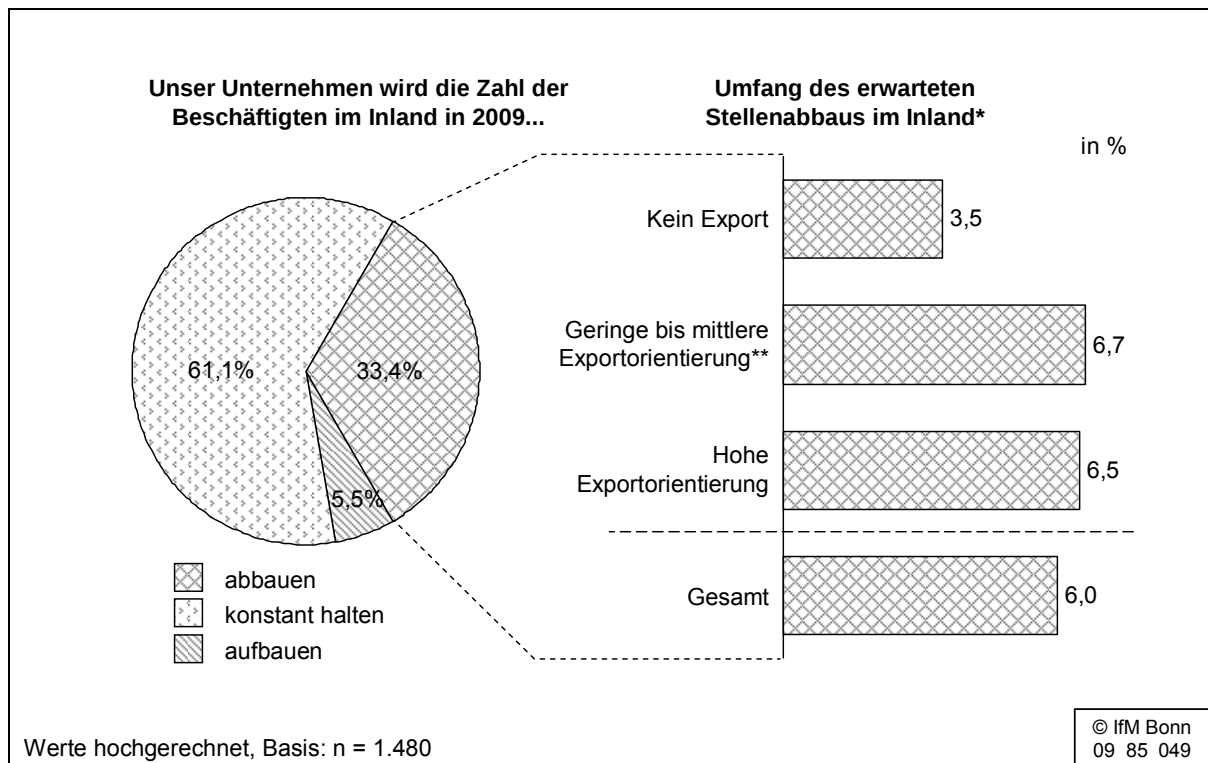
Weiterer Stellenabbau in 2009 lässt sich nicht vermeiden

Trotz der Ausweitung von Kurzarbeit, der Reduzierung von Leiharbeit und des Abbaus von Überstunden wird sich ein weiterer Abbau von Beschäftigung im laufenden Jahr nicht vermeiden lassen. Nach Produktionseinbrüchen über nun bereits mehrere Monate hängt der Fortbestand der Unternehmen zunehmend von einem umfassenden Kapazitätsabbau ab, der auch vor dem Personalbestand nicht halt machen wird. Wenngleich auch mit rund 61 % eine deutliche Mehrheit der Unternehmen versucht, die Beschäftigtenzahl konstant zu halten, wird ein Drittel der Unternehmen nach eigenen Angaben gezwungen sein, Beschäftigung im Inland abzubauen (vgl. Abbildung 12).

Im Rahmen der vorliegenden Befragung wurden die Unternehmen nach dem Umfang des geplanten Stellenabbaus befragt. Hochgerechnet auf alle Beschäftigten im Inland zum Jahresende 2008, plant die deutsche Industrie einen Abbau der Inlandsbeschäftigung im Umfang von 6 %. Betroffen sein werden Beschäftigte in Unternehmen aller Größenklassen, wobei sich erneut ein

positiver Befund zugunsten der binnenmarktorientierten Produzenten ergibt: Entgegen dem Durchschnitt werden nach den Planungen der Unternehmen nur 3,5 % aller von der Inlandsnachfrage nach industriellen Gütern abhängigen Arbeitsplätze abgebaut werden müssen.

Abbildung 12: Erwarteter Abbau der Inlandsbeschäftigung in 2009



* Angaben hochgerechnet auf alle Inlandsbeschäftigten in der Industrie zum 31.12.2008

** Die mittlere Exportquote der Unternehmen beträgt 38,9 %.

Auch der Branchenvergleich lässt Unterschiede in der Betroffenheit von der Krise erkennen. So werden sich die Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten laut Planungen aufgrund ihrer Nähe zum Endkunden und des noch immer recht stabilen privaten Konsums nur mäßig an dem Stellenabbau beteiligen müssen.

Jedes sechste Unternehmen sucht neue Mitarbeiter

Trotz des aktuellen Produktionseinbruchs sucht momentan noch etwa jedes sechste Unternehmen (17 %) nach neuen Mitarbeitern. Im Herbst des letzten Jahres hatten noch ca. 36 % der Unternehmen offene Stellen zu besetzen. Dementsprechend hat sich die Vakanzrate in der deutschen Industrie, das heißt der Anteil der offenen Stellen an der Gesamtbeschäftigung, auf 0,65 %

mehr als halbiert. Noch im Herbst lag diese Kennzahl in etwa auf ihrem langfristigen Durchschnitt von 1,5 %.

Fachkräfte sind auch im Abschwung gefragt

Einem drohenden Kapazitätsmangel an Fachkräften im nächsten Aufschwung stellen sich die Unternehmen bereits heute mehrheitlich entgegen: Zu 70 % versucht die mittelständische Industrie, ihre Fachkräfte nicht nur zu halten, sondern gleichzeitig auch noch weiter zu qualifizieren. Schließlich ist die industrielle Fertigung mehr als andere Wirtschaftszweige auf das technische Know-how der Beschäftigten angewiesen. Und dies gilt ganz besonders vor dem Hintergrund der notwendigen strategischen Neuorientierung vieler Unternehmen, wie oben gezeigt.

2.2.3 Investitionen und Finanzierung in der Krise

Generell ist es die Aufgabe des Bankensektors, den Firmen Liquidität zur Verfügung zu stellen, um die zeitliche Divergenz von Einnahmen- und Ausgabenströmen in den Unternehmen auszugleichen. Dieser Funktion kommt in konjunkturellen Abschwungphasen eine besondere Bedeutung zu. Bei der aktuellen Rezession der Weltwirtschaft kann jedoch von "normalen Umständen" im Finanzsektor nicht gesprochen werden. Derzeit können Banken aufgrund hoher Abschreibungen auf Forderungen und der erhöhten Risikovorsorge sowie wegen des eingetrockneten Interbanken-Marktes weniger als in früheren Abschwungphasen mit Finanzierungen bereitstehen. Hinzu kommt, dass die Eigenkapitalbasis vieler Finanzinstitute infolge der Abschreibungen geschrumpft ist, andererseits aber die Nutzung des SoFFin-Risikoschirms nur solchen Banken gewährt wird, die eine hohe Kapitalausstattung vorweisen können. Die Folge ist, dass viele Kreditinstitute ihre Ausleihungen auf Sicht nur noch sehr moderat ausweiten können bzw. diese sogar zurückführen müssen. Die Kreditversorgung der gewerblichen Wirtschaft wird sich dadurch weiter verknappen. Auf mittlere Frist wird sich als Konsequenz der Finanzkrise die Bewertung der Marktrisiken ändern, was die Kapitalbeschaffung für die Unternehmen verteuern wird.

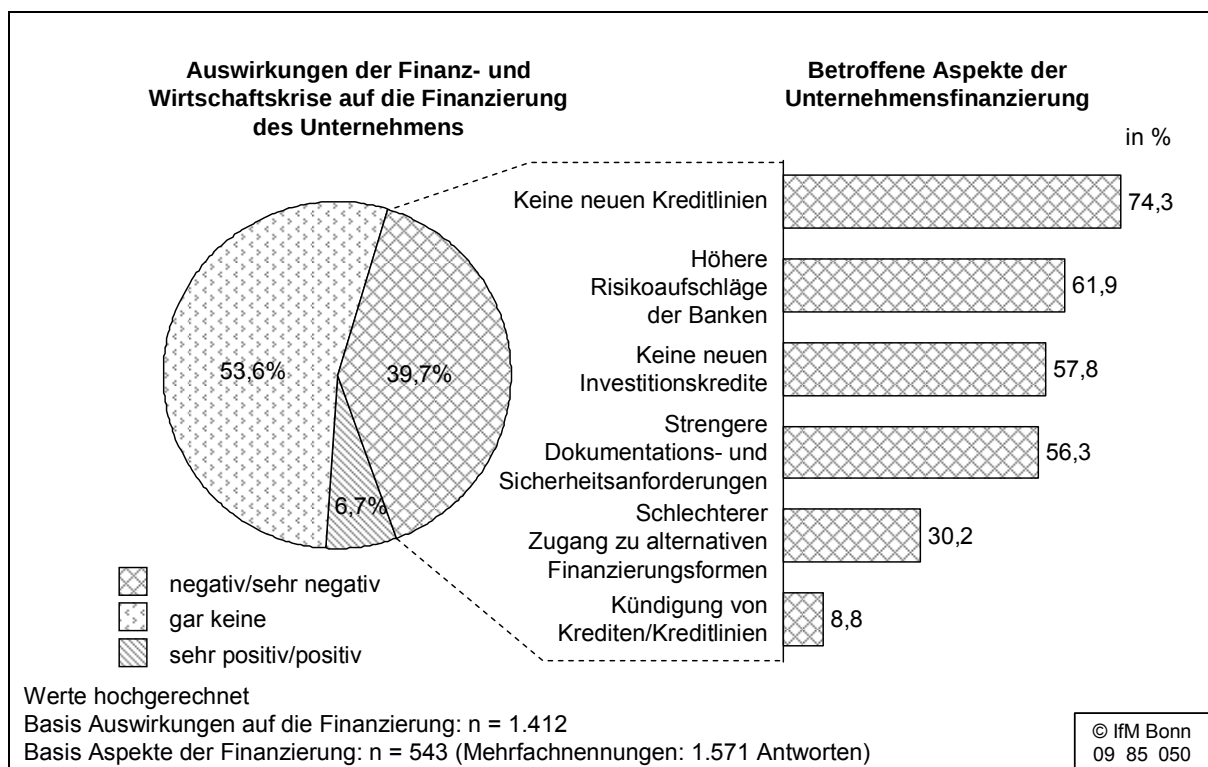
Mehrheitlich keine Auswirkung der Krise auf die Finanzierungssituation

Trotz der oben skizzierten Situation auf den Finanzmärkten spüren die Unternehmen der deutschen Industrie – abgesehen von den liquiditätsbelastenden Umsatzeinbrüchen – mehrheitlich keine Auswirkungen der Finanz- und Wirt-

schaftskrise auf die eigene Finanzierungssituation. Mit 53 % ist in über der Hälfte der Unternehmen die Finanzlage von der Krise unberührt, 7 % berichten sogar von einer Verbesserung der eigenen Finanzierungssituation (vgl. Abbildung 13). Eine allgemeine Kreditklemme liegt somit nach Angaben der Unternehmen im industriellen Mittelstand nicht vor.

Über extreme Finanzierungsprobleme berichten derzeit vor allem Großunternehmen sowie kleine Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten. Da sich die großen Unternehmen durch eine höhere Exportorientierung auszeichnen, waren diese von der schlechten Wirtschaftslage früher und stärker betroffen. Kleinere Unternehmen zeichnen sich im Regelfall durch geringere Eigenkapitalquoten und Liquiditätsreserven aus als mittlere und große Unternehmen. Sie sind daher im konjunkturellen Abschwung besonders gefährdet.

Abbildung 13: Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Unternehmensfinanzierung



Kreditkonditionen verschlechtert und Sicherheitsanforderungen erhöht

In der vorliegenden Befragung gaben diejenigen Unternehmen, die negative Auswirkungen der Krise auf die Unternehmensfinanzierung zu verzeichnen haben, detailliert Auskunft über die Form der Beeinträchtigung. Bekanntermaßen haben sich seit der Verschärfung der internationalen Finanzkrise durch die Insolvenz der amerikanischen Investment Bank Lehman Brothers Mitte

des letzten Jahres sowohl die Kreditkonditionen als auch die Dokumentations- und Sicherheitsanforderungen der Banken erhöht. Dies bekommen auch 62 % bzw. 56 % der Unternehmen zu spüren, die negativ in ihren Finanzierungsbedingungen betroffen sind (vgl. Abbildung 13). Hier spielen aber nicht zuletzt das gestiegene Risikobewusstsein seitens der Banken sowie die Bonitätseinbußen eine Rolle, die die Kreditnehmer im Laufe der letzten Monate hinnehmen mussten. Herabstufungen der Ratings und zum Teil Nachverhandlungen bei Abweichungen von vertraglich vereinbarten finanzwirtschaftlichen Zielgrößen (financial covenants) sind die Folge. Damit einhergehend werden von den Finanzinstituten seit Verschärfung der Krise eine intensivere Absicherung der Kreditengagements wie auch eine genauere Dokumentation der finanziellen Performance gefordert.

Kündigung von Krediten nur in Einzelfällen

Mit knapp 74 % berichtet mit Abstand die Mehrheit der negativ von der Finanzkrise betroffenen Unternehmen von einer ablehnenden Haltung der Banken und Sparkassen bei der Einrichtung neuer oder Ausweitung bestehender Kreditlinien. Dass diese Folge der Krise unter allen Negativauswirkungen auf die Finanzierungssituation am häufigsten genannt wurde, lässt sich u. a. auch auf den im Abschwung gewachsenen Liquiditätsbedarf zurückführen. Von einer restriktiven Vergabe von Investitionskrediten sind rund 58 % der befragten Unternehmen mit Negativerfahrung betroffen. Die Unternehmen, die sich gegen weitere Investitionen im laufenden Jahr entschieden haben, unterscheiden sich im Zugang zu Investitionskrediten allerdings nicht von den investierenden Unternehmen. Es kann also davon ausgegangen werden, dass die Entscheidung gegen weitere Investitionen unabhängig vom Kreditzugang getroffen wurde. Vielmehr wurde eine restriktive Vergabe von Investitionskrediten aufgrund der gesunkenen Investitionsbereitschaft deutlich seltener genannt als die auf Liquiditätsprobleme hindeutende Ablehnung von Kreditlinien. Beruhigend wirkt hingegen der Befund, dass weniger als jedes zehnte in seiner Finanzierungssituation negativ betroffene Unternehmen von einer Kündigung von Krediten oder Kreditlinien berichtet. Bezogen auf die Gesamtheit der mittelständischen Industrie ist somit weniger als jedes 28. Unternehmen (3,5 %) von der stärksten Variante aller Beeinträchtigungen betroffen.

Drei von zehn Nennungen zu den negativen Auswirkungen der Finanzkrise auf die eigene Finanzierungssituation beklagten einen schlechteren Zugang

zu alternativen Finanzierungsinstrumenten wie beispielsweise Leasing, Factoring, Warenkreditversicherungen oder Private Equity.

Vereinfachungen bei der Kreditvergabe empfehlenswert

Zur kurz- bis mittelfristigen Aufrechterhaltung der Kreditversorgung hat die Bundesregierung rund 40 Milliarden Euro bereitgestellt – 15 Milliarden Euro für kleine und mittlere Unternehmen (weniger als 500 Millionen Euro Umsatz pro Jahr) und 25 Milliarden Euro für größere Unternehmen. Zudem stehen weitere 75 Milliarden Euro als Bürgschaftsrahmen zur Verfügung. Den Unternehmen zufolge wären für solche Programme jedoch weitere Vereinfachungen wünschenswert. So wird der Aufwand zur Beantragung von Fördermitteln und Bürgschaften sowie Exportgarantien bemängelt. Die Unternehmen fordern Erleichterungen bei den Vergabebedingungen sowie eine zügigere Abwicklung. Daher gilt es, im Rahmen der Möglichkeiten einzelne Bestimmungen der Programme so nachzujustieren, dass die verfügbaren Mittel rasch und effizient zu den Adressaten gelangen. Der Wunsch nach einer stärkeren Unterstützung, vor allem durch Bürgschaften, deutet zudem darauf hin, dass die bereits getroffenen Maßnahmen bislang nur unzureichend in den Unternehmen bekannt sind.

Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass bei der Gewährung von Krediten bankübliche Prüfungsprozesse unabdingbar sind – auch im Falle der im KfW-Sonderprogramm vorgesehenen Haftungsfreistellung der Banken. Ähnliches gilt für öffentliche Bürgschaften. Ein noch ungelöstes Problem, das in der Phase der konjunkturellen Wiederbelebung noch an Bedeutung gewinnen wird, ist der Zugang zu Exportgarantien. Die Waren-Kreditversicherer verhalten sich bezüglich der Länder- und Branchenauswahl derzeit sehr restriktiv. Die Einflussnahmemöglichkeiten der Politik sind hier jedoch nur begrenzt.

Die Neuerungen der Unternehmensteuerreform aus dem Jahr 2008 enthalten zudem einige Regelungen, die die Eigenfinanzierung der Unternehmen schwächen. Hier böte sich Potential zur weiteren Entlastung der mittelständischen Industrie, das von der Bundesregierung bisher nur in Teilen genutzt wurde. Als krisenverstärkende Elemente sind hier die Zinsschranke, die eingeschränkten Verlustvorträge und die gewerbesteuerlichen Zurechnungen zu nennen.

Der Umstand, dass die Finanzierungssituation bei 40 % und damit einem nicht unbedeutenden Teil der Unternehmen negativ von der Finanz- und Wirt-

schaftskrise beeinflusst wird, zeigt die Interdependenzen zwischen Finanz- und Realwirtschaft deutlich. Die Aussagen der Unternehmen lassen jedoch vermuten, dass es sich bei den Auswirkungen mehrheitlich um in der Wirtschaftslage der Kreditnehmer begründete Beeinträchtigungen handelt. So kann der aktuellen Lage am Finanzmarkt zwar bei Weitem kein "Gesundheitszeugnis" ausgestellt werden. Die Aussagen der Teilnehmer des BDI-Mittelstandspanels, gepaart mit der Erkenntnis, dass sich die Restriktionen in der Kreditvergabe seitens der Banken seit Februar 2009 nicht mehr maßgeblich verstärkt haben (ifo-Kredithürde), weisen jedoch auf einen vorsichtigeren, aber in weiten Teilen funktionsfähigen Kreditmarkt hin.

Investitionen 2008 – Planungen konnten nicht gehalten werden

Nicht ganz unberührt von den Entwicklungen auf den Finanzmärkten, konnten die Unternehmen der deutschen Industrie das Investitionsniveau im Krisenjahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr nicht halten. Im Größenvergleich zeigen sich leichte Unterschiede zugunsten der oberen Größenklassen, die anteilmäßig häufiger in der Lage waren, ihre Investitionen auszuweiten. Die zum Jahresanfang von den Unternehmen geäußerten Voraussagen zum Investitionsvolumen konnten jedoch nicht eingehalten werden – das gesamte Investitionsvolumen lag in 2008 deutlich unter den Planungen. Unabhängig von der Größe der Unternehmen mussten die Pläne über alle Klassen hinweg nach unten revidiert werden. In der Gesamtbetrachtung war etwa jedes zweite Unternehmen zu diesem Schritt gezwungen, allerdings konnte auch gut jedes dritte Unternehmen mehr investieren als geplant.

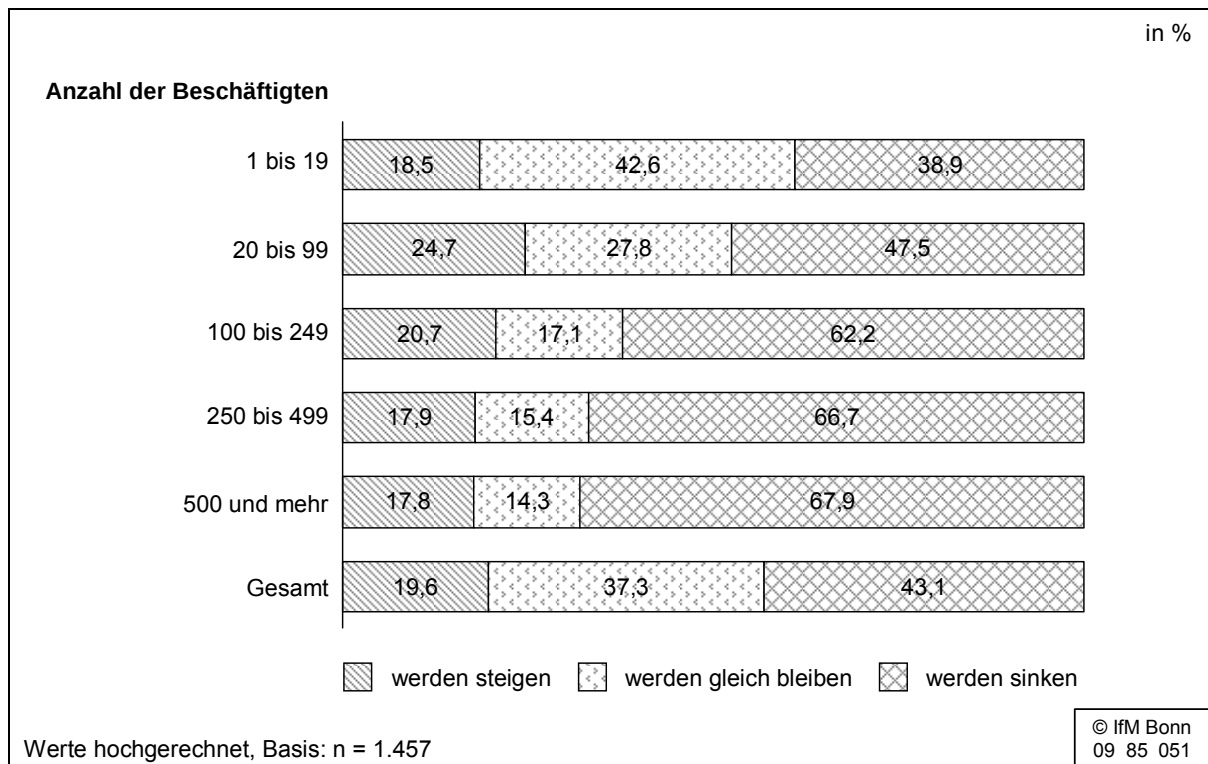
Nicht überraschend ist auch der Anteil der investierenden Unternehmen an der Gesamtzahl der Unternehmen zurückgegangen. Dabei zeigen die großen und mittleren Unternehmen wie auch in den letzten Jahren eine deutlich höhere Investitionsneigung als die kleinen, wenngleich auch in den oberen Größenklassen das Investitionsvolumen zurückgefahren wurde.

Nur jedes fünfte Unternehmen plant Ausweitung der Investitionen in 2009

Der Blick in die nahe Zukunft zeigt eine weiter wachsende Investitionszurückhaltung. Die stark eingetrübten Geschäftsaussichten schlugen sich auch im Investitionsverhalten der Unternehmen nieder. Der Anteil der investierenden Unternehmen wie auch die durchschnittliche Größe der Investitionsprojekte werden gleichermaßen zurückgehen. Dabei sind es im laufenden Jahr vor al-

lem die Unternehmen der oberen Größenklassen, die ihre Ausgaben für neue Investitionsprojekte einschränken werden. Bis zu zwei Drittel der Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten werden die Investitionen im Vergleich zum Vorjahr zurückfahren. Bei den Unternehmen kleinerer Größe sind es rund 40 % (vgl. Abbildung 14).

Abbildung 14: Für 2009 erwartete Entwicklung der Investitionsausgaben



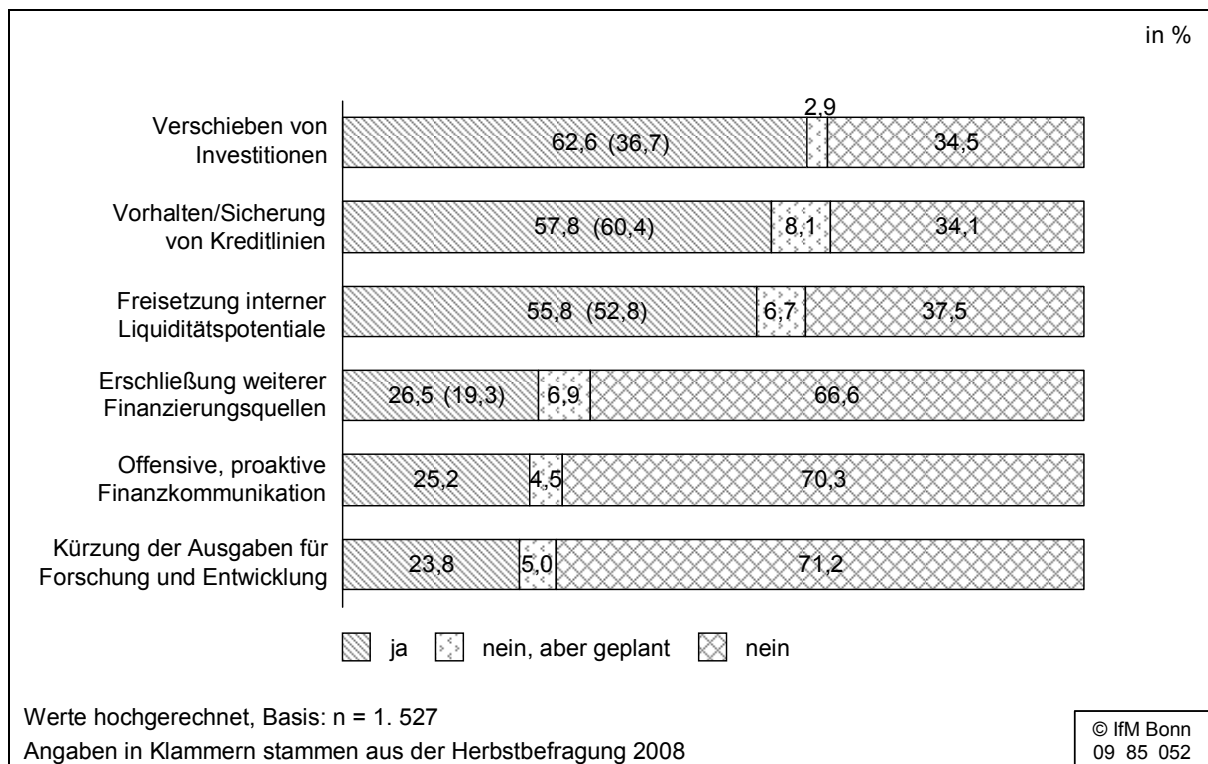
Krise drosselt Investitionsneigung

Um die Auswirkungen der Krise auf das Investitionsgeschehen im Jahr 2009 zu überprüfen und die Einflüsse der in den Investitionszyklen begründeten Konsequenzen für das Investitionsgeschehen zu eliminieren, wurden die Unternehmen, wie bereits in der letzten Herbstbefragung, zu Maßnahmen in dem genannten Bereich befragt, die sie unter dem Eindruck negativer Wachstumsaussichten ergriffen haben.

Die Antworten der Unternehmen machen mehr als deutlich, dass die Neigung zur Planung und Realisierung von Investitionen mit der Dauer des Nachfrageeinbruchs nahezu progressiv abnimmt. Während im Herbst 2008 zwar schon ein gutes Drittel der Unternehmen krisenbedingt Investitionen verschieben musste, hat sich der Anteil binnen sechs Monaten weiter auf nahezu zwei Drittel verdoppelt (vgl. Abbildung 15). Das Verschieben von Investitionen ist die

am intensivsten genutzte Stellschraube des Managements zur Kompensation der krisenbedingten Ausfälle. Betroffen sind insbesondere ganz kleine und große Unternehmen bzw. Investitionsprojekte, wobei sich die besonders kritische Lage der überdurchschnittlich exportabhängigen Unternehmen erneut bestätigt.

Abbildung 15: Betriebswirtschaftliche Maßnahmen zu Investitionen und Finanzierung



Liquidität zur Überbrückung der Umsatzrückgänge wichtiger denn je

Mit fast 58 % widmet mehr als die Hälfte aller Unternehmen der Sicherung von Kreditlinien besondere Aufmerksamkeit. Allerdings dürfte sich eine Ausweitung der Linien aufgrund der schlechten Geschäftsaussichten schwierig gestalten. So hatten drei Viertel der Unternehmen, deren Finanzierungssituation unter der Finanz- und Wirtschaftskrise leidet, angegeben, keine neuen Kreditlinien mehr zu erhalten. Im Umkehrschluss sucht heute jedes vierte Unternehmen nach zusätzlichen Finanzierungsquellen, im Herbst 2008 tat dies lediglich jedes fünfte.

Auch die Freisetzung interner Liquiditätspotentiale hat bei der Krisenbewältigung an Bedeutung gewonnen. Rund 56 % der industriellen Mittelständler versuchen durch eine Optimierung des Umlaufvermögens, die Verkürzung einge-

räumter Zahlungsziele oder die Ausweitung von Lieferantenkrediten die eigene Liquidität zu verbessern.

Transparenz und Vertrauen schaffen Liquidität

Eine transparente Kommunikation mit Kreditinstituten und möglichen Investoren schafft beiderseitiges Vertrauen und kann zur Sicherung der Liquidität beitragen. Diesen Grundsatz haben bereits 25 % der Industrieunternehmen beherzigt und setzen gerade jetzt auf eine offensive und proaktive Finanzkommunikation. Auf mittlere Sicht werden sich als eine Konsequenz der Finanzkrise und der damit einhergehenden veränderten Bewertung von Marktrisiken aber auch auf breiter Front höhere Transparenzanforderungen ergeben.

Ausgaben für Forschung und Entwicklung bleiben stabil

Die deutschen Industrieunternehmen scheinen sich jedoch auch bewusst zu sein, dass sich die Krise und der damit einhergehende Strukturwandel nur durch Innovationen und anhaltende Investitionen in Forschung und Entwicklung bewältigen lassen. Trotz der dramatischen Wachstumseinbrüche kürzt im Frühjahr 2009 nur eine Minderheit der Unternehmen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung und damit die Investitionen in Produkte und Prozesse von morgen. Dies deckt sich auch mit der mehrheitlich betriebenen Sicherung und Weiterqualifizierung von Fachkräften, die den nächsten Aufschwung maßgeblich mitgestalten werden.

2.2.4 Umsatzrendite: Fokussierung auf den Binnenmarkt wird zum Vorteil

Nahezu unverändert im Vergleich zum Vorjahr, wenn auch mit leichten Abschlagen, präsentiert sich die Umsatzrendite 2008, d.h. das Verhältnis von Jahresüberschuss vor Steuern zu Umsatz. Den Unternehmen scheint es also aufgrund des noch guten ersten Halbjahres gelungen zu sein, diese zentrale Erfolgskennzahl weitgehend auf einem konstanten Niveau zu halten. Die gesunkenen Preise für Vormaterialien wie Rohöl, Stahl, Aluminium oder Kupfer haben sich dabei sicherlich positiv auf die Ertragslage ausgewirkt; 45 % der Unternehmen berichteten von einem positiven Verlauf dieser variablen Kostenkomponenten in den vergangenen Monaten.

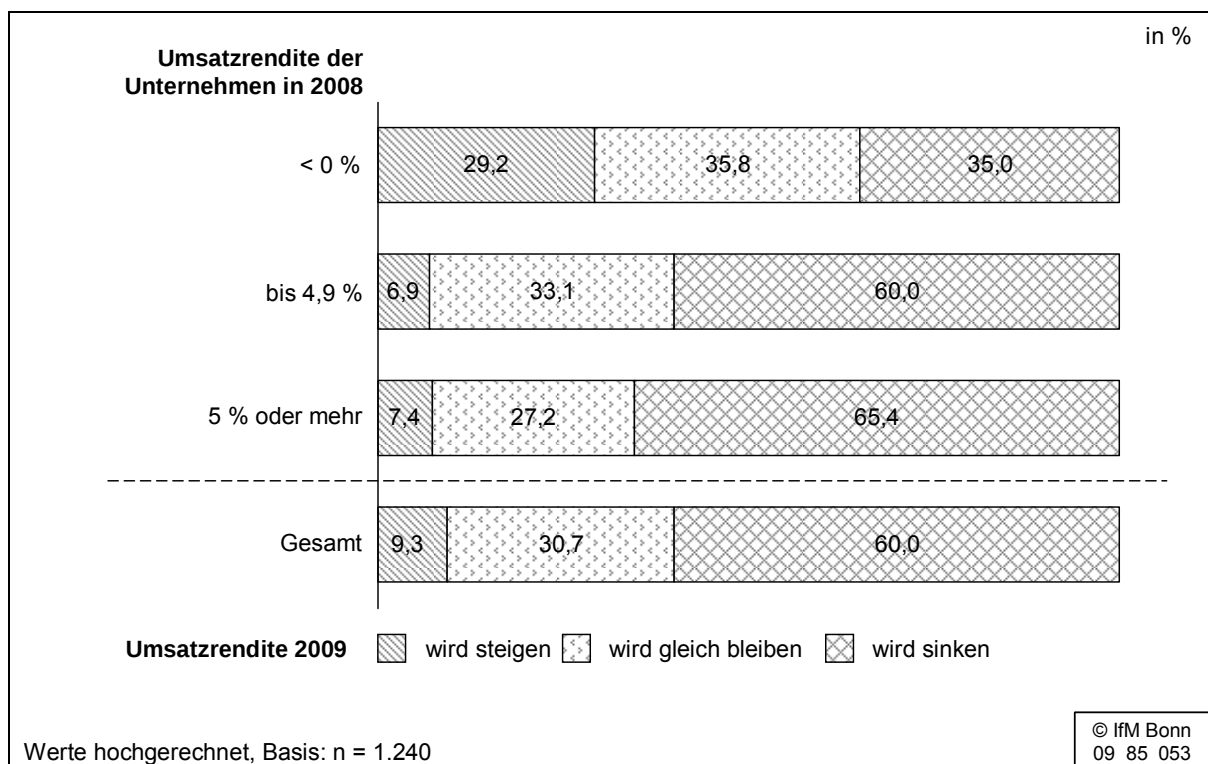
Dass besonders intensive Marktaktivitäten im Ausland im vergangenen und auch im laufenden Jahr nicht unbedingt ein Vorteil sind, wurde bereits an mehreren Stellen deutlich. Dies lässt sich für die Umsatzrendite des Jahres 2008

erneut feststellen. Konnten die exportierenden Unternehmen in der Vergangenheit deutliche Renditevorteile im Vergleich zu den inlandsorientierten Unternehmen erwirtschaften, so wirkten sich die gesunkenen Exportumsätze des vergangenen Jahres maßgeblich auf die Rendite aus. Die ausschließlich auf dem Binnenmarkt aktiven Unternehmen konnten aufholen und erwirtschafteten höhere Renditen als im Vorjahr. Der Anteil der Unternehmen, die 2008 Verluste hinnehmen mussten, erhöhte sich bei den Binnenmarktorientierten nur leicht auf knapp 12 %, während er sich bei den überdurchschnittlich Exportorientierten von 7,5 % in 2007 auf 16 % verdoppelte.

Renditeerwartungen folgen den Umsatzerwartungen nach unten

Erwartungsgemäß folgen auch die Renditeaussichten für 2009 aufgrund der gedämpften Absatzsituation und trotz aller Anstrengungen zur Kostenminimierung dem negativen Beurteilungstrend. Da weitere Umsatzeinbußen auf breiter Front erwartet werden, dämpfen die noch immer hohen Fixkosten die Renditeaussichten, und die vorteilhafte Entwicklung bei den variablen Kosten kann die negativen Effekte nicht ausgleichen.

Abbildung 16: Erwartete Entwicklung der Umsatzrendite in 2009



So gehen 60 % aller Industrieunternehmen für 2009 von einem Absinken der Rendite aus (vgl. Abbildung 16). Hieraus folgt, dass der Anteil der Unterneh-

men, die Verluste einfahren, weiter ansteigen wird. Besonders kritisch könnte sich die Situation in den Unternehmen darstellen, die bereits im abgelaufenen Jahr Verluste hinnehmen mussten. Hoffnungsvoll stimmt jedoch, dass sich gerade diese Gruppe von Unternehmen durch relativ positive Renditeerwartungen auszeichnet: Rund 30 % und damit im Vergleich der Renditeklassen überdurchschnittlich viele gehen – nicht zuletzt aufgrund der eingeleiteten Anpassungsmaßnahmen – von einem Anstieg der Rendite in 2009 und damit einem Ende des Renditetales aus.

2.2.5 Nach der Krise ist vor dem Aufschwung?

Vor dem Hintergrund der akuten Schwierigkeiten stellen die Einschätzungen der Unternehmerinnen und Unternehmer über ihre Marktchancen nach der Krise ein wichtiges Indiz für die Grundstimmung der deutschen Wirtschaft dar. Genau hierzu wurden die Unternehmen im BDI-Mittelstandspanel befragt.

Hohe Unsicherheit über Zeit nach der Krise

Aus den Antworten der Unternehmen geht hervor, dass bei der Einschätzung der zukünftigen Lage die Unsicherheit regiert. Mit knapp 37 % trauen sich fast vier von zehn Industrieunternehmen keine Einschätzung über die eigene Marktsituation nach der Krise zu. Es lassen sich einige Unternehmensmerkmale identifizieren, die die Prognoseschwierigkeiten maßgeblich bedingen.

Zunächst ist hier die Abhängigkeit von Großkunden zu nennen, die den Handlungsspielraum der Unternehmerinnen und Unternehmer einengt und damit einen gewissen Grad an Unberechenbarkeit mit sich bringt. Entfallen hohe Umsatzanteile auf die fünf wichtigsten Kunden, so beeinflusst dieses Merkmal die Fähigkeit der Unternehmen, Voraussagen zu treffen, negativ: Beläuft sich der Anteil der größten Kunden auf über ein Viertel des Gesamtumsatzes, so trauen sich nur knapp 60 % der Unternehmen eine Beurteilung der eigenen Lage nach der Krise zu. Verringert sich der Großkundenanteil auf unter ein Viertel des Gesamtumsatzes, so erhöhen sich die Möglichkeiten, die eigene Lage einzuschätzen oder gar zu beeinflussen – in dieser Gruppe trauen sich 75 % eine Einschätzung zu.

Da die Abhängigkeit von einigen wenigen Kunden tendenziell mit der Unternehmensgröße sinkt, zeigt sich auch am Merkmal der Unternehmensgröße ein Zusammenhang mit der Fähigkeit zur Entwicklungseinschätzung.

Hoffnung, gestärkt aus der Krise hervorzugehen, überwiegt knapp

Trotz der Unsicherheiten rechnen derzeit rund 40 % der deutschen Industrieunternehmen damit, gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Unter ihnen befinden sich schwerpunktmäßig Unternehmen, die nach eigenen Angaben auch aktuell in guter bis sehr guter wirtschaftlicher Lage sind (15 % aller befragten Unternehmen). Mit 23,5 % sieht sich eine nicht unbedeutende Minderheit in einer schwächeren Marktposition nach der Krise. Ein Großteil der Unternehmen, die zu einer solchen Einschätzung kommen, bewertet bereits die aktuelle Wirtschaftslage als schlecht bzw. sehr schlecht. Bezogen auf alle befragten Unternehmen sehen somit rund 13 % der Unternehmen, sprich mehr als jedes zehnte, ihre Lage nicht nur während, sondern auch nach der Krise eher finster. Die Befunde deuten auf Konsolidierungstendenzen bzw. Marktbereinigungen in der deutschen Industrie hin (vgl. auch Kapitel 2.2.1).

Die positiven Einschätzungen über die post-Krisensituation nehmen mit einer diversifizierteren Kundenstruktur und demgemäß auch mit steigender Unternehmensgröße zu. Ebenso erweist sich die Exportorientierung, analog zur Vergangenheit, auch für die Zukunft als potentieller Erfolgsfaktor. Beläuft sich der Anteil der Optimisten unter den rein auf den Binnenmarkt orientierten Unternehmen auf gut 32 %, so geht über die Hälfte der Unternehmen mit überdurchschnittlich hoher Exportquote von einer verbesserten Position nach der Krise aus. Es wird also erwartet, dass das Wachstum im nächsten Aufschwung – analog zum letzten Konjunkturhoch – zunächst aus dem Ausland kommt.

Ob die Unternehmen die Durststrecke nutzen, um sich auf den Märkten im In- und Ausland noch besser zu positionieren, soll nachfolgend diskutiert werden. Dazu werden die Unternehmen in die Gruppen der Optimisten und Pessimisten aufgeteilt, und es wird analysiert, mit welchen Maßnahmen die Unternehmen zum Erfolg zu kommen glauben.

Langfristige Orientierung hilft durch das Konjunktural

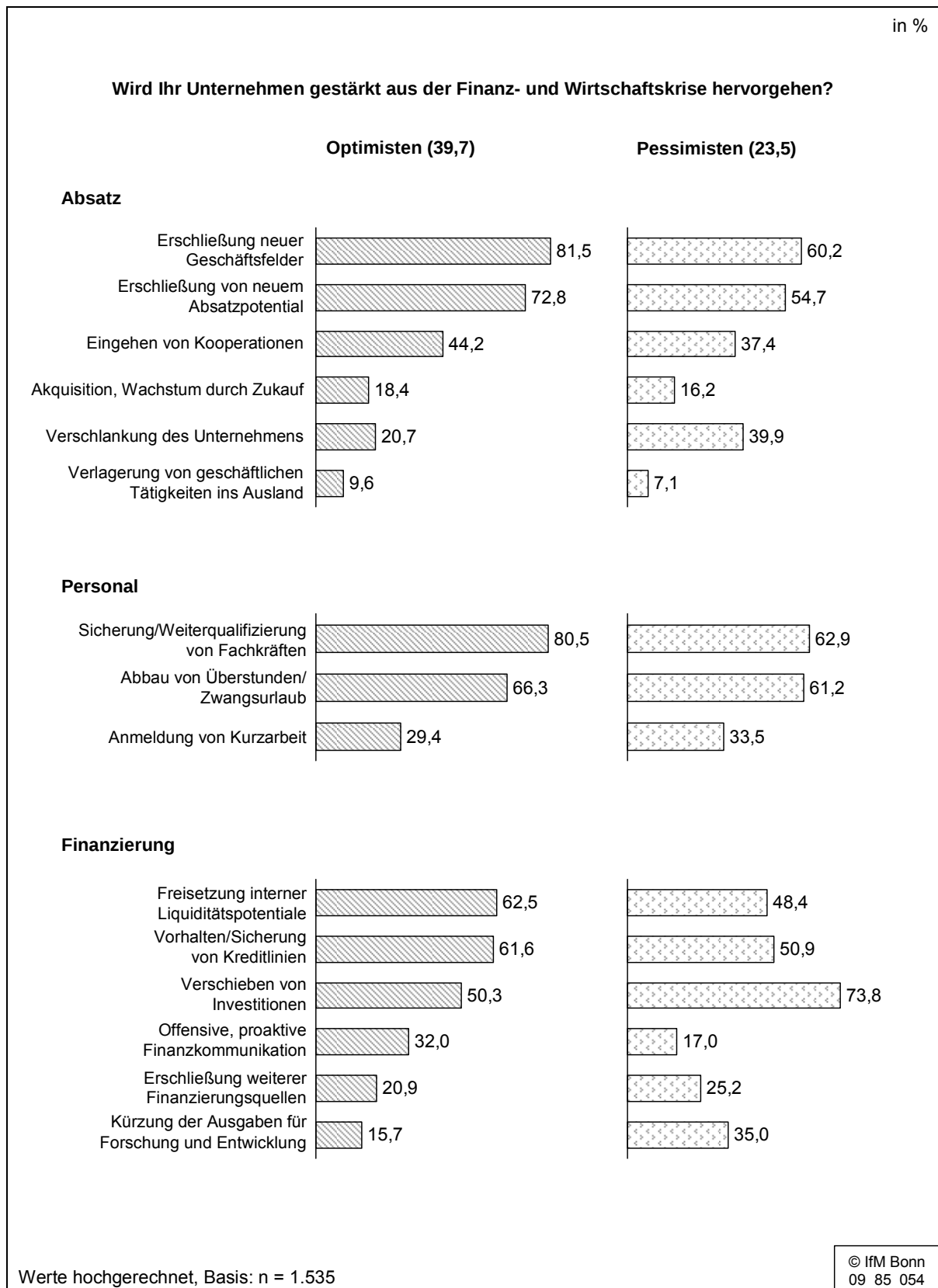
Zunächst lässt sich festhalten, dass auch eine optimistische Einschätzung der Perspektiven von morgen nicht vor heutigen Einschnitten schützt. So sind Optimisten und Pessimisten gleichermaßen dazu gezwungen, ihre Kostensituation in den Griff zu bekommen. Sei es durch den Abbau von Überstunden bzw. die Festsetzung von Zwangsurlaub oder die Anmeldung von Kurzarbeit (vgl. Abbildung 17).

Der Zugzwang scheint bei denjenigen, die schon heute nicht mehr an eine gute Marktposition von morgen glauben, jedoch deutlich höher zu sein. So verfügen sie beispielsweise seltener über ausreichende Kreditlinien und sind demgemäß in etwas höherem Ausmaß gezwungen, alternative Finanzierungsquellen zu erschließen. Knapp vier von zehn Unternehmen, die nach eigenen Angaben keine gestärkte Position nach der Krise erreichen können, streben eine Verschlankung des Unternehmens an. Ob sich die Aktivitäten der Unternehmen letztendlich als eine Form des "Gesundschumpfens" herausstellen oder ob es sich um Marktbereinigungen in der Form von Marktaustritten handelt, wird sich erst im weiteren Verlauf der Krise entscheiden.

Wenn es allerdings um Maßnahmen zur Verbesserung der eigenen Zukunftsfähigkeit geht, zeigen sich die Optimisten deutlich aktiver bzw. sind aufgrund ihrer vergleichsweise besseren aktuellen Position eher in der Lage zu handeln. So zeigen sie häufiger Aktivitäten zur Erschließung von neuem Absatzpotential oder neuen Geschäftsfeldern und müssen nur zu einem geringeren Anteil Investitionen verschieben oder Ausgaben für Forschung und Entwicklung kürzen. Auch den Fachkräftebedarf von morgen haben die Optimisten fester im Blick, indem sie schon heute kritische Personalkapazitäten sichern und weiterqualifizieren.

Der globale Abschwung scheint die Karten, d.h. Chancen und Risiken, neu zu mischen. So fördert und fordert der internationale Umbruch Unternehmertum, und zwar in Wirtschaft und Politik gleichermaßen, da die Zeit der Profite mit den gewohnten Methoden und Produkten unterbrochen oder zu Ende zu sein scheint. Die Zukunftsfähigkeit und die strategische Neuausrichtung der Industrieunternehmen werden maßgeblich von ihrer Performance in der Krise abhängen. Ob bzw. inwieweit dem industriellen Mittelstand die Schritte in Richtung Aufschwung gelingen, wird sich im weiteren Jahresverlauf zeigen und an dieser Stelle im Herbst 2009 berichtet werden.

Abbildung 17: Betriebswirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen in der Krise



3. Die Ergebnisse der 10. Erhebungswelle

3.1 Wirtschaftspolitische Einschätzung

Die Talfahrt, die Anfang 2008 bei der Beurteilung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen eingesetzt hatte, scheint auf niedrigem Niveau gestoppt. Um die derzeit abwartende Haltung der Industrie in einen positiven Trend zu wenden, gilt es, den Worten der Bundesregierung nun auch Taten folgen zu lassen. Der Abbau von Bürokratie steht dabei unverändert auf dem ersten Rang der empfohlenen Regierungsagenda. Es folgen die Absenkung der Lohnzusatzkosten, die Stärkung von Bildung und Ausbildung und eine Reform der Einkommensteuer. Die Unternehmensfinanzierung bleibt ebenso wie die Haushaltskonsolidierung ein wichtiges Thema. Mit ihrem Plädoyer zum Subventionsabbau bekennt sich die mittelständische Industrie einmal mehr zum Prinzip der Eigenverantwortlichkeit, das sie auch als Weg zur Reform der sozialen Sicherungssysteme empfiehlt.

Konjunktur im Herbst 2009: Bodenbildung erreicht, Aufschwung zögert noch

Der schwerwiegende Einbruch, den die Weltwirtschaft als Konsequenz der weltumspannenden Finanzmarkturbulenzen seit Mitte des Jahres 2008 hinnehmen musste, ist zum Stillstand gekommen. Das weltweite Eingreifen von Regierungen und Notenbanken konnte die Geschwindigkeit des konjunkturellen Absturzes begrenzen und das Eintreten der schlimmsten Negativprognosen verhindern. Dennoch ergibt sich nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds für das Krisenjahr 2009 erstmalig ein Schrumpfen des realen Welt-Bruttoinlandsprodukts seit 60 Jahren (-1,1 %). Wenngleich für das Jahr 2010 wieder positive Wachstumsraten erwartet werden, ist eine Rückkehr zu der Dynamik vor der Krise auf absehbare Zeit nicht in Sicht.

In Übereinstimmung mit der weltwirtschaftlichen Entwicklung hatte auch die deutsche Volkswirtschaft einen deutlichen Einbruch zu verzeichnen. Maßgeblicher Einfluss auf diese Abwärtsentwicklung ging von den Außenhandelsaktivitäten der deutschen Unternehmen aus, die aber auch den Aufschwung der vorangegangenen Jahre getragen hatten. Im Ergebnis schrumpfte das deutsche Bruttoinlandsprodukt nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Laufe der Finanz- und Wirtschaftskrise vier Quartale in Folge. Seit dem zweiten Quartal 2009 ist nun wieder ein leichtes Wachstum zu verzeichnen und somit technisch das Ende der Rezession eingeläutet. In der Jahresbetrach-

tung 2009 wird es jedoch zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung von etwa 5 % kommen. Der Rückgang ist damit deutlich, wenngleich weniger ausgeprägt, als noch zu Anfang des Jahres prognostiziert.

Die Voraussagen für das Jahr 2010 sind nach wie vor mit großen Unsicherheiten belastet. Der bisher erfreulicherweise weniger als erwartet von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffene Arbeitsmarkt wird im Laufe des Jahres 2010 jedoch stärker nachgeben. Der damit verbundene Rückgang der verfügbaren Einkommen wird den bislang stabil gebliebenen privaten Konsum schwächen und das Wachstum im Jahr 2010 negativ beeinflussen. Leichte Wachstumsimpulse werden hingegen aus der Exportwirtschaft erwartet. In der Gesamtschau liegen die Prognosen für das kommende Jahr bei einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts zwischen 1,0 und 1,5 %. Damit wird die Gesamtproduktion im kommenden Jahr nicht über den Stand von 2006 hinausgehen.

Als Fazit bleibt festzuhalten: Die Bodenbildung ist erreicht und ein bescheidenes Maß an Zuversicht vertretbar. Von einer nachhaltigen, deutlichen Aufwärtsentwicklung kann derzeit aber noch nicht gesprochen werden. Der Aufschwung lässt zwar noch auf sich warten, ein Rückfall in die Rezession ist nach Expertenmeinung aber unwahrscheinlich.

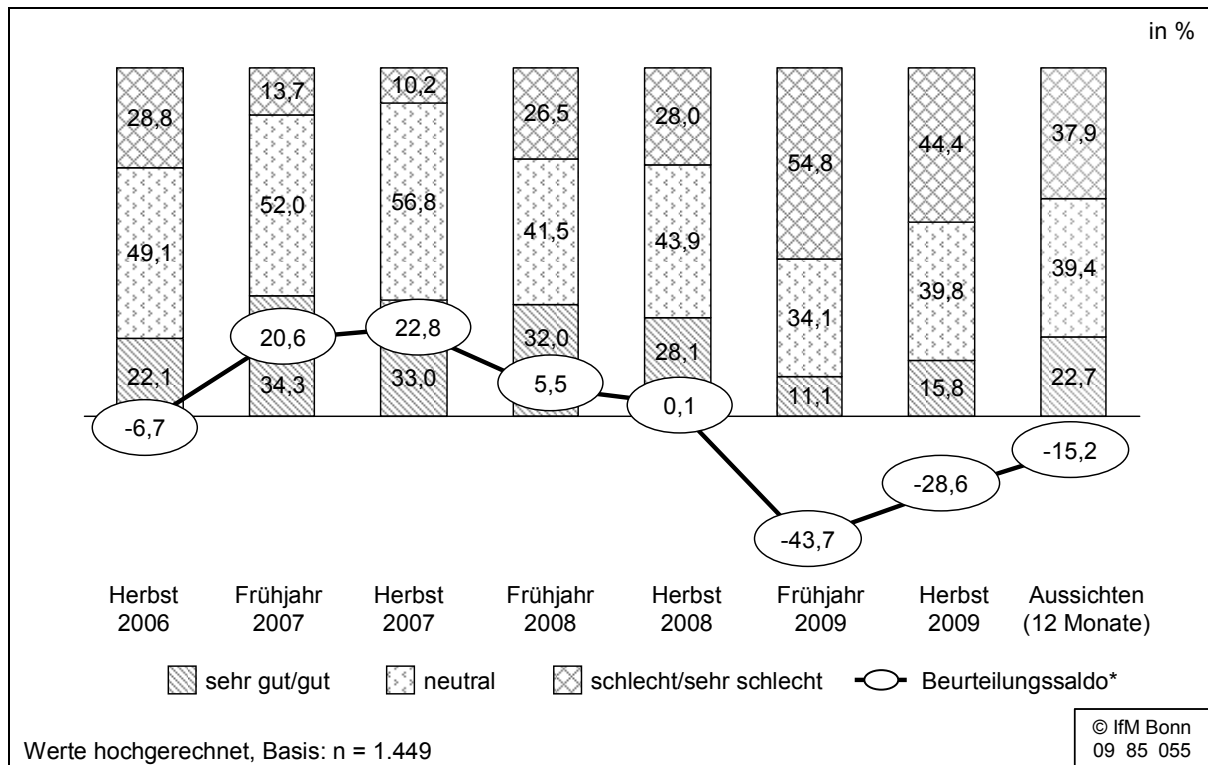
3.1.1 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen: verhaltene Zuversicht im industriellen Mittelstand

Die wirtschafts- und vor allem auch die finanzpolitischen Gestaltungsspielräume der vergangenen zwölf Monate wurden von zwei zentralen Vorgaben beherrscht: der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Bundestagswahl. Als Folge bestand, aus unterschiedlichen Gründen, nur wenig Spielraum für Reformen. So galt es zunächst, Pakete zur Stabilisierung der Konjunktur zu schnüren und die beschlossenen Budgets so bald wie möglich stabilitäts- und wachstumswirksam auszugeben. Auf der Strecke blieben strukturelle Reformen. Die neu gewählte Bundesregierung steht somit vor den wohl größten Herausforderungen seit der Wiedervereinigung.

Die Herbstbefragung des BDI-Mittelstandspanels gab den Unternehmen des industriellen Mittelstands Gelegenheit, die aktuellen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu beurteilen und ihre Erwartungen für die ersten zwölf Monate unter Leitung der neuen Bundesregierung zu äußern. Zudem bestand die Möglichkeit, die Präferenzen für das Aufgabenpaket der neuen Regie-

rungskoalition anzugeben. Vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage des Staatshaushalts zeigen sich eindeutige finanzpolitische Ergebnisse.

Abbildung 18: Einschätzung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Zeitverlauf



* Anteil der Positiv-Meldungen minus Anteil der Negativ-Meldungen

Wirtschaftspolitische Verfassung mit leichtem Aufwind

Die Beurteilung der aktuellen und zukünftigen Rahmenbedingungen ist von jeher ein zentraler Punkt im Fragenkatalog des BDI-Mittelstandspanels, und erst recht im Wahljahr 2009. In der diesjährigen Frühjahrsbefragung hatten die Teilnehmer aufgrund des anstehenden Bundestagswahlkampfes, insbesondere aber wegen der zu meisternden Herausforderungen bei der Krisenbewältigung, wirtschaftspolitischen Stillstand erwartet. Folglich verteilten die Unternehmen schlechte Noten für die Rahmenbedingungen, und auch die Erwartungen für die Zeit nach der Wahl waren pessimistisch. Nach den Ergebnissen der vorliegenden Herbstbefragung kam es aus Sicht der Industrie nicht ganz so schlimm wie erwartet: Der Anteil der guten Bewertungen ist um fast fünf Punkte auf 15,8 % gestiegen; die schlechten Urteile haben sogar um etwa zehn Punkte auf 44,4 % abgenommen. Entsprechend kletterte der Saldo aus Positiv- und Negativ-Meldungen von -43,7 im Frühjahr auf aktuell -28,6 Punkte, bleibt aber weiterhin deutlich im negativen Bereich (vgl. Abbildung 18).

Keine Vorschusslorbeeren für die neue Bundesregierung

Die Aussichten für die kommenden zwölf Monate, d.h. bis zum Herbst 2010, setzen den Trend fort. Der Beurteilungssaldo verbessert sich um gute 13 Punkte, bleibt aber im negativen Bereich (-15,2). Dabei ist sowohl ein Rückgang der Negativ-Erwartungen als auch eine Zunahme der Positiv-Erwartungen zu verzeichnen. Die deutsche Industrie zeigt sich also im Hinblick auf die Rahmenbedingungen wieder optimistischer. Vorschusslorbeeren – hierin sind sich die Unternehmen aller Größenklassen einig –, werden der neuen Bundesregierung aber nur in Maßen zuteil. So fällt die durchschnittliche Erwartung der Unternehmen, die sich nach der Bundestagswahl an der Befragung beteiligten, zwar deutlich positiver aus, insgesamt überwiegen aber immer noch die Negativ-Voten. Das Ende des wahlkampfbedingten Reformstillstands wird somit von der mittelständischen Industrie durchaus positiv bewertet; inwieweit die für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Reformen nun tatsächlich eingeleitet werden, wird sich allerdings noch zeigen müssen.

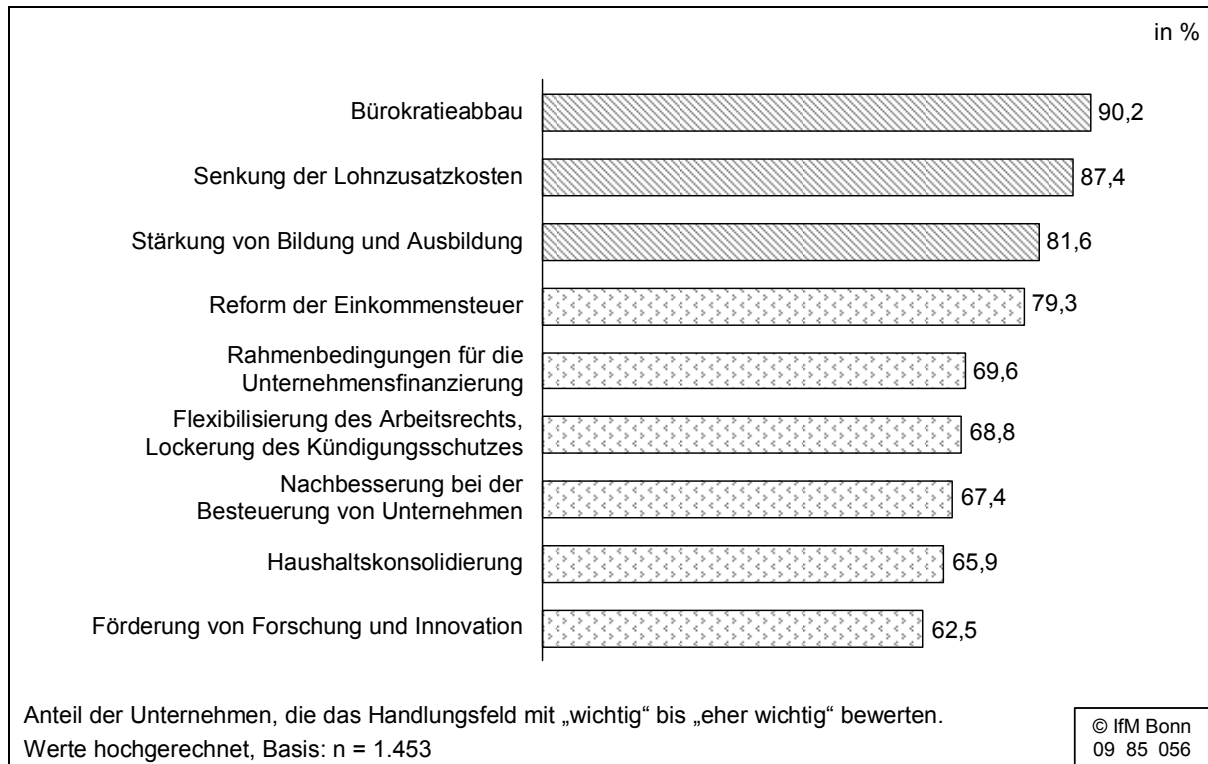
Wie in den vergangenen Herbstbefragungen bot das BDI-Mittelstandspanel den Unternehmen auch in diesem Jahr die Gelegenheit, wirtschaftspolitische Empfehlungen zu äußern. Eindeutig zeigt ein Vergleich der Aussagen über die letzten Jahre, dass es der Politik bisher nicht in spürbarem Maße gelungen ist, die Problemfelder anzugehen, finden sich doch auf den ersten drei Rängen kontinuierlich die gleichen Themen.

Handlungsfeld Nr. 1: Bürokratiebelastung wird weiterhin als hoch empfunden

Als eines der schwerwiegendsten Hemmnisse empfinden die Unternehmen seit jeher die bürokratischen Belastungen. Auch im Herbst 2009 ist immer noch für neun von zehn Unternehmen dieses Handlungsfeld zentral (vgl. Abbildung 19). Bis 2011 hatte sich die letzte Bundesregierung das Ziel gesetzt, 25 % der jährlich auf rund 47 Mrd. Euro bezifferten Bürokratiekosten abzubauen. Im Juli 2009 resümierte die Regierung, dass jährliche Entlastungen für Unternehmen von über 7 Mrd. Euro auf den Weg gebracht seien. Bei den Unternehmen angekommen sind sie bislang anscheinend jedoch nicht. Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung versteht den Bürokratieabbau nun als "Wachstumsprogramm zum Nulltarif". So sollen alle Bundesministerien bis Mitte 2010 verbindliche Umsetzungspläne für eine weitere Reduktion der Informationspflichten der Wirtschaft vorlegen. Um das Ziel einer dauerhaften Entlastung zu erreichen, die nicht nur den Unternehmen, sondern auch den öf-

fentlichen Haushalten zugute kommt, ist es jedoch ratsam, den Abbau von Bürokratie nicht nur auf Informationspflichten zu beschränken.

Abbildung 19: Wichtige politische Handlungsfelder der nächsten Legislaturperiode aus Sicht der Industrie



Handlungsfeld Nr. 2: Lohnzusatzkosten sind Wachstumsbremse

Im Rahmen der Frühjahrsbefragung des BDI-Mittelstandspanels hatte sich die Industrie zu über 90 %, d.h. fast einstimmig, zur sozialen Marktwirtschaft bekannt. Dieses Bekenntnis kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die sozialen Sicherungssysteme, die ein wichtiges Element der Sozialen Marktwirtschaft bilden, durchaus auch eine Belastung für Wachstum und Beschäftigung darstellen können. Daher halten rund 87 % der Unternehmen eine Absenkung der Lohnzusatzkosten für ein wichtiges Thema der nächsten Legislaturperiode – es ist und bleibt ein Dauerthema für die Unternehmen. Unter Berücksichtigung der notwendigen Anpassungen an die demografische Entwicklung wird die Kopplung der Sozialversicherungsbeiträge an die Lohneinkommen mehr und mehr zu einer massiven Belastung des Faktors Arbeit führen.

Handlungsfeld Nr. 3: Stärkung der Aus- und Weiterbildung realisieren

Unabhängig von ihrer Größe und Branche wird von gut 80 % der mittelständischen Industrieunternehmen das Thema Bildung und Ausbildung als wichtiges Handlungsfeld für die kommende Legislaturperiode gesehen. Damit rangiert dieses Themenfeld unverändert auf dem dritten Platz. Nach aktuellen Angaben der OECD summierten sich die öffentlichen Ausgaben für das deutsche Bildungssystem im Jahr 2006 auf 4,1 % des Bruttoinlandsprodukts. Ergänzt um weitere 0,7 % privater Bildungsausgaben liegt Deutschland damit auf Platz 24 von 28 untersuchten Ländern. Die Eckpunkte der Bildungs- und Qualifizierungsoffensive, die Bund und Länder im Oktober 2008 beschlossen haben, gilt es daher zügig umzusetzen. Die von der schwarz-gelben Koalition beschlossenen Mehrausgaben von 3 Mrd. Euro pro Jahr sind vor diesem Hintergrund ein wichtiger und richtiger Schritt.

Mittelstand durch Reform der Einkommensteuer entlasten

Die Reform der Einkommensteuer nimmt genau wie in der Herbstbefragung 2008 auch ein Jahr später noch den vierten Rang auf der Prioritätenliste politischer Entscheidungsfelder ein. Der Abstand zu den ersten drei Rängen hat sich jedoch deutlich verkürzt. Da viele mittelständische Unternehmen aufgrund ihrer Rechtsform der Einkommensbesteuerung unterliegen, werden die hohen Steuersätze schon auf mittlere Einkommen in zunehmendem Maße als große Belastung empfunden. Daher ist der Anteil der Befürworter einer Reform bei kleiner und mittlerer Unternehmensgröße und bei den Familienunternehmen besonders hoch.

Die Unternehmensbesteuerung wurde bereits im Jahr 2008 reformiert. Die vergangenen Monate zeigten allerdings die krisenverschärfenden Elemente der Reform. So führen einige Gesetzesänderungen, wie die Zinsschranke, der sogenannte Mantelkauf oder gewerbesteuerliche Hinzurechnungen, zu einer Besteuerung der Unternehmenssubstanz. Im Rahmen des Bürgerentlastungsgesetzes wurden die beiden erstgenannten Elemente bereits für die Wirtschaftsjahre 2008 und 2009 abgeändert. Dabei gilt: Was in der Krise die Gefährdung der Unternehmen reduziert, ist auch nach der Krise wünschenswert; daher fordern gut zwei Drittel der befragten Unternehmen weitere Nachbesserungen bei der Unternehmensbesteuerung.

Unternehmensfinanzierung durch Reform der Finanzmärkte sichern

Der Sicherung der Unternehmensfinanzierung wird in der öffentlichen Diskussion eine herausragende Bedeutung beigemessen. Auf der Prioritätenliste der mittelständischen Industrie für die kommende Legislaturperiode rangiert sie jedoch nur im Mittelfeld. Allen Befürchtungen zum Trotz ist es bisher offenbar nicht flächendeckend zu Problemen in der Unternehmensfinanzierung gekommen, und aus Sicht der Unternehmen ist auch keine grundsätzliche Zuspitzung zu erwarten (siehe auch Kapitel 3.3.2). Trotzdem darf die volkswirtschaftliche Bedeutung des Finanzsektors, insbesondere für einen möglichen Aufschwung, nicht unterschätzt werden. Die Einschränkung des Kreditspielraums könnte zu einem Wachstumshemmnis werden. Deshalb gehört die nachhaltige Bekämpfung der strukturellen Probleme im Bankensektor auf die Agenda von Politik und Finanzwirtschaft. Dazu gehören eine Wiederbelebung des Verbriefungsmarktes, die Rückkehr des Vertrauens im Interbankenhandel sowie die Stärkung der Eigenkapitalbasis der Banken.

Flexibilität am Arbeitsplatz – lohnend für beide Seiten

Beständig im Mittelfeld der wirtschaftspolitischen Prioritätenliste hält sich die Forderung nach einer Flexibilisierung des Arbeitsrechts bzw. einer Lockerung des Kündigungsschutzes. Fast sieben von zehn Unternehmen wünschen sich hier in den nächsten vier Jahren eine Änderung. Wie das Verhalten der Unternehmen während der Wirtschafts- und Finanzkrise bisher gezeigt hat, geht es dabei nicht um das Entstehen einer hire-and-fire-Mentalität, haben doch die Unternehmen der schwierigen Lage zum Trotz bislang auf Entlassungen im großen Stil verzichtet. Vielmehr wünschen sich die Unternehmen gerade in Zeiten des aufkeimenden Aufschwungs größere Flexibilität, um die Risiken bei Neueinstellungen zu begrenzen.

Innovationen – Öffentliche Förderung erleichtert den Einstieg

Die deutschen Industrieunternehmen sind nicht nur der Export-, sondern auch der Innovationsmotor der deutschen Wirtschaft. Aber so wie nicht jedes Unternehmen auf Auslandsmärkten aktiv ist, sind auch die Innovationsanstrengungen – abhängig von Branche, Größe und Produktportfolio – unterschiedlich ausgeprägt. Dass dennoch über 60 % der Unternehmen die Förderung von Forschung und Innovation als ein bedeutendes wirtschaftspolitisches Handlungsfeld betrachten, ist daher besonders beachtlich. Die Erforschung und Entwicklung von neuen Produkten oder Prozessen ist mit hohen Anfangs-

kosten verbunden, denen zunächst keine oder nur geringe Einnahmen gegenüberstehen. Daher kann die öffentliche Unterstützung, sei es steuerlich oder als Projekt- bzw. Kooperationsförderung, die notwendige Mittelzufuhr gewährleisten.

3.1.2 Haushaltskonsolidierung – staatliche Handlungsfähigkeit sichern

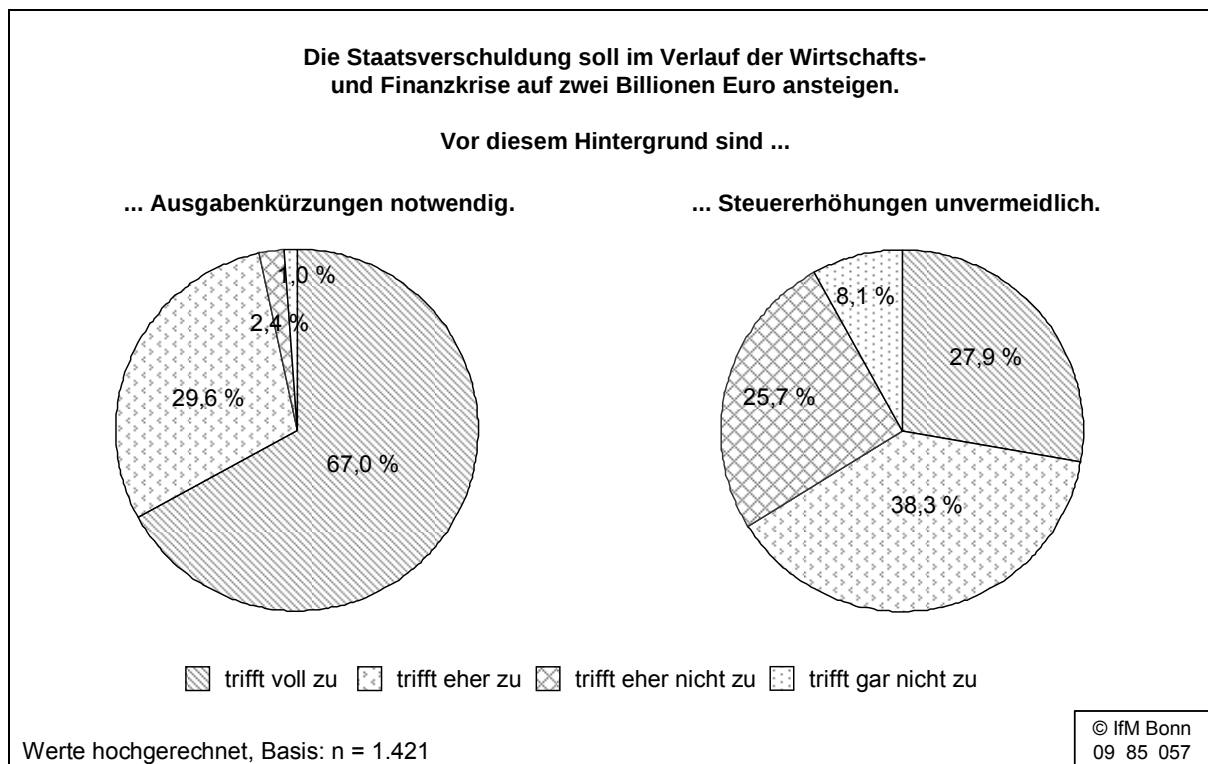
Handlungsfähig zeigte sich die Große Koalition, als es im Winterhalbjahr 2008/2009 darum ging, die Rezession durch staatliche Konjunkturprogramme zu stützen. Daher äußerten sich die mittelständischen Industrieunternehmen in der diesjährigen Frühjahrsbefragung des BDI-Mittelstandspanels durchaus lobend über die Arbeit der Bundesregierung – bei aller Kritik an Einzelmaßnahmen der beiden Konjunkturpakete. Dem Stichwort "Handlungsfähigkeit" wird aber gerade wegen der rezessionsbedingt weit geöffneten Staatskassen in Zukunft eine besondere Bedeutung zukommen. Schließlich geht die Bundesregierung davon aus, dass der Schuldenstand in Deutschland bis zum Jahr 2011 auf fast 80 % des Bruttoinlandsprodukts ansteigen wird.

Vor diesem Hintergrund erachten zwei Drittel der mittelständischen Industrieunternehmen die Haushaltskonsolidierung als eines der zentralen Themen der nächsten Legislaturperiode. Welcher Weg aus Sicht der Unternehmen zur Konsolidierung der Staatskassen beschritten werden sollte, thematisierte das BDI-Mittelstandspanel im Herbst 2009 – mit einem deutlichen Ergebnis.

Kürzung der Staatsausgaben ist oberstes Gebot

Bei der Sanierung des Staatshaushalts führt aus Sicht der Unternehmen – und darin sind sich mit über 96 % fast alle Befragten einig – kein Weg an einer Kürzung der Ausgaben vorbei (vgl. Abbildung 20). Reformen auf der Ausgabe-seite reichen aus Sicht der mittelständischen Industrie jedoch nicht aus, um die krisenbedingte Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen. Auch wenn Steuererhöhungen politisch nicht besonders beliebt und wachstumspolitisch fragwürdig sind, halten sie zwei Drittel der befragten Unternehmen aufgrund der finanziellen Schieflage für unvermeidbar. Die Unternehmensgröße, die Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland sowie die Familien- oder Managementführung machen bei dieser Einschätzung keinen Unterschied.

Abbildung 20: Staatsverschuldung in Deutschland: Notwendigkeit von Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen aus Sicht der Industrie



Subventionen – klare Ablehnung in der deutschen Industrie

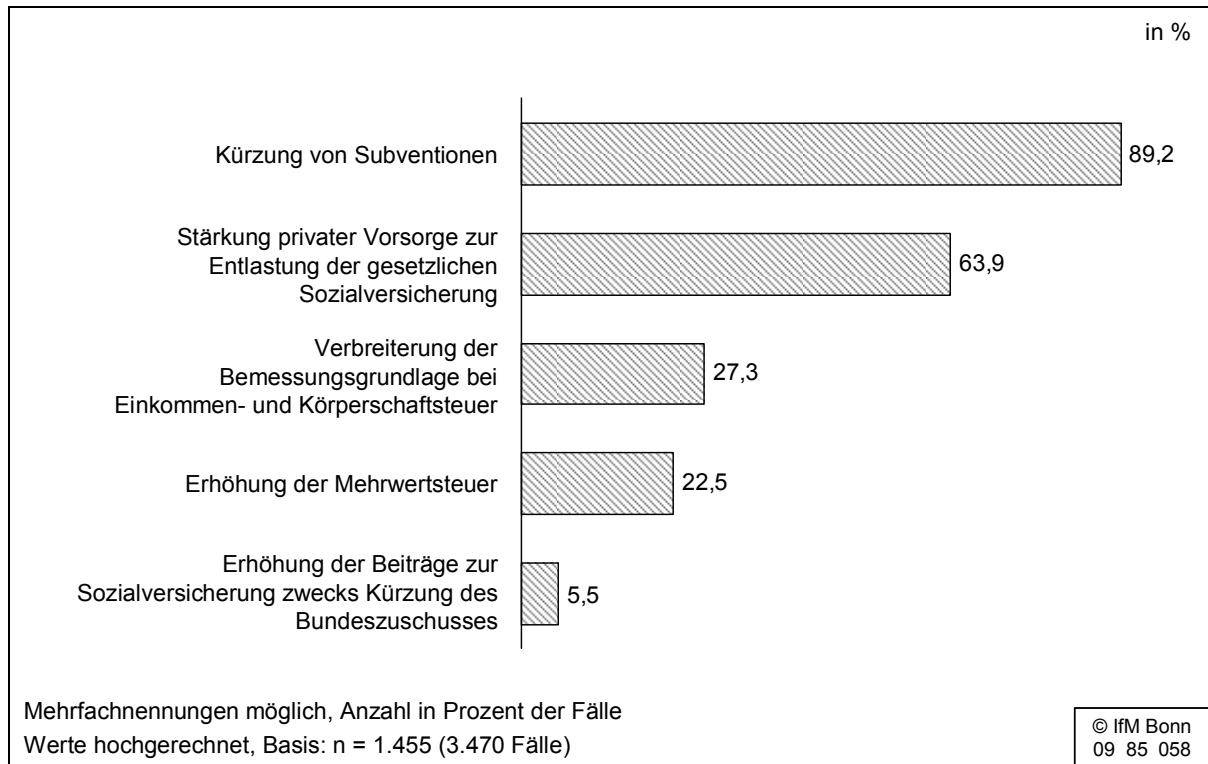
Konkret nach Maßnahmen zur Konsolidierung des Bundeshaushalts befragt, spricht die deutsche Industrie aus, was zu den Grundregeln der sozialen Marktwirtschaft gehört: Aus der Sicht von knapp neun von zehn Unternehmen sollten zuallererst Subventionen dem Rotstift der neuen Regierung zum Opfer fallen (vgl. Abbildung 21). Die ablehnende Haltung gegenüber allokationsverzerrenden Finanzhilfen war bereits in der Frühjahrsbefragung erkennbar. Zahlreiche Unternehmen hatten sich explizit gegen eine Marktbeeinflussung durch Subventionierung ausgesprochen.

Soziale Sicherungssysteme demografiefest machen

Dass Handlungsbedarf hinsichtlich der Zukunfts- und Demografiefestigkeit der sozialen Sicherungssysteme besteht, ist mittlerweile mehr oder weniger gesellschaftlicher Konsens. Um den Anstieg der Ausgaben zu bewältigen, müssen die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern geleisteten Abgaben zu den Sozialversicherungen in steigendem Umfang durch Bundeszuschüsse ergänzt werden. So wird der Gesundheitsfonds im Jahr 2009 mit 7,2 Mrd. Euro und im nächsten Jahr mit 11,8 Mrd. Euro bezuschusst. Die Zuschüsse zur Renten-

versicherung machen etwa 28 % des gesamten Bundeshaushalts aus – der mit Abstand größte Ausgabenblock.

Abbildung 21: Maßnahmen zur Konsolidierung des Bundeshaushalts aus Sicht der Industrie



Um die Sozialversicherungssysteme zu entlasten und damit die Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte nicht weiter zu strapazieren, sprechen sich 64 % der Unternehmen für eine Stärkung der privaten Vorsorge aus. Hingegen findet eine Reduzierung des Bundeszuschusses aus Steuermitteln, finanziert durch Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge, nur die Zustimmung von jedem 20. Unternehmen. Eine höhere Belastung des Faktors Arbeit lehnen die Unternehmen zugunsten der Sicherung und Schaffung von Beschäftigung ab. Eine Möglichkeit zur Stärkung der Einnahmeseite des Bundeshaushalts sehen 27 % der Unternehmen in einer Ausweitung der steuerlichen Bemessungsgrundlage bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Die damit verbundene Beseitigung von Sondervorschriften sorgt zudem für mehr Übersicht bei den Steuerzahlern und Einsparungen in der Finanzverwaltung.

Auch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wird zur Sanierung der Staatskassen häufig ins Spiel gebracht. Sie gilt unter Wachstumsaspekten oft als die am wenigsten problematische Option, da weder die Ersparnis, die Investitionstätigkeit noch die Arbeitskosten oder die internationale Wettbewerbsfähigkeit

stark beeinträchtigt würden. Zustimmung zu einer weiteren Erhöhung, wie sie auch nach der Bundestagswahl im Jahr 2005 durchgesetzt wurde, drücken jedoch nur rund 22 % der Unternehmen des BDI-Mittelstandspanels aus.

Industrie fordert Politik des Realismus und der Verlässlichkeit

Eine verbindliche Regel zur Begrenzung der öffentlichen Schulden wurde im Sommer 2009 in das Grundgesetz aufgenommen. Danach darf der Bundeshaushalt ab dem Jahr 2016 maximal ein Budgetdefizit von 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts aufweisen. Den Länderhaushalten bietet sich ab 2020 – unter konjunkturell normalen Bedingungen – sogar keinerlei Möglichkeit zur Neuverschuldung mehr. Um die Handlungsfähigkeit des Staates, auch vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit, auf eine tragfähige Basis zu stellen, gilt es, die Anstrengungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nach dem Einsetzen der wirtschaftlichen Erholung wieder verstärkt in den Fokus zu rücken. Die Ergebnisse des BDI-Mittelstandspanels zeigen, dass die mittelständischen Industrieunternehmen eine Politik des Realismus und der Verlässlichkeit bevorzugen, eine Politik, die vorhandene Einsparpotenziale nutzt und darüber hinaus notwendige Kürzungen der Ausgaben realisiert. Wenn nötig, darf aber auch vor unbequemen Lösungen wie Steuererhöhungen nicht haltgemacht werden.

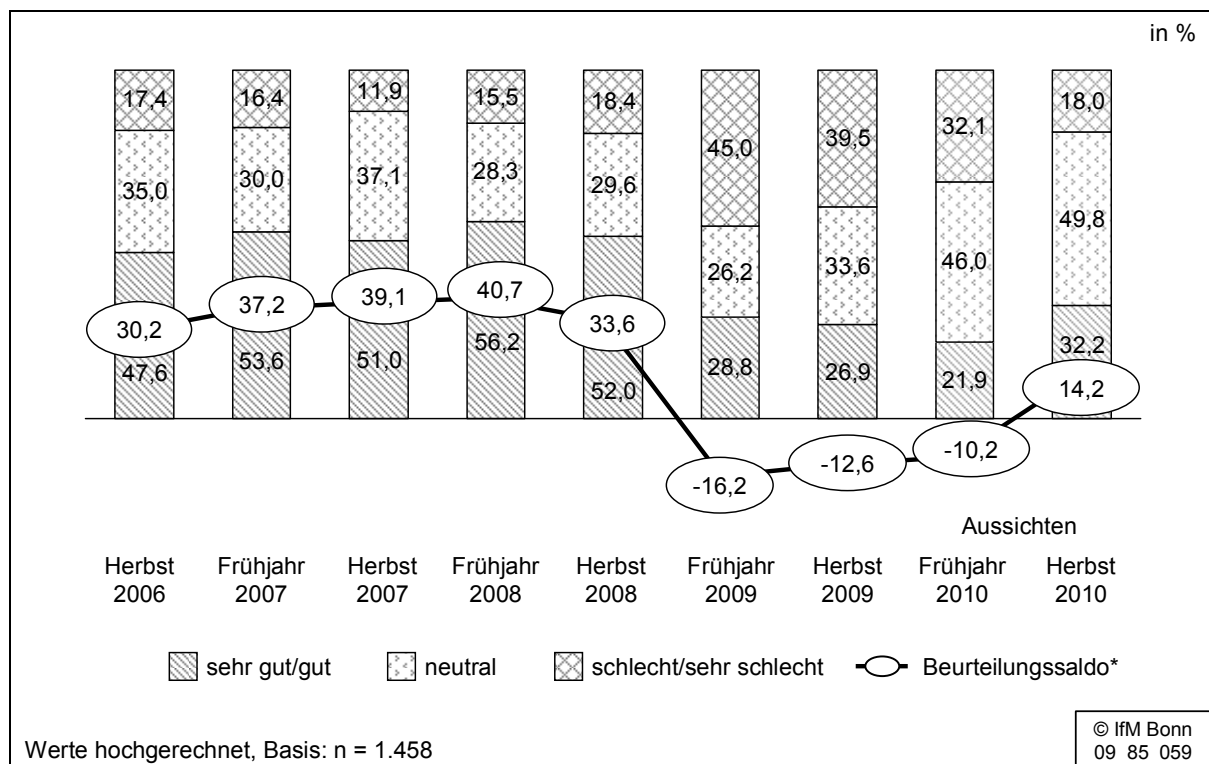
3.2 Wirtschaftliche Lage und Entwicklungen in der Krise

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation hat sich in der Industrie nach dem Einbruch im Frühjahr nur wenig geändert. Die ersten positiven Nachfragesignale aus dem Ausland stimmen die exportorientierten Unternehmen jedoch zuversichtlicher. Die deutlich positiveren Erwartungen für die nächsten zwölf Monate hellen daher das Gesamtbild auf. Dass Krise aber nicht in jedem Fall mit Gewinneinbrüchen und Schrumpfung gleichzusetzen ist, belegt die aktuelle Untersuchung. Trotz der negativen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gibt es noch immer Unternehmen, die von der Krise nicht oder nur in geringem Ausmaß betroffen sind. Allerdings mussten zwei von drei Unternehmen in der ersten Jahreshälfte 2009 zum Teil dramatische Umsatzrückgänge verkraften, die bisher zum Glück nur in relativ geringem Ausmaß auf den Arbeitsmarkt durchschlugen.

3.2.1 Wirtschaftslage – Seitwärtsbewegung lässt Hoffnung aufkommen

Auf dem Höhepunkt des Abschwungs im Frühjahr 2009 erreichte die Beurteilung der eigenen Wirtschaftslage, die regelmäßig im BDI-Mittelstandspanel erfasst wird, ihren bisherigen Tiefpunkt. Frei nach dem Motto "Keine schlechten Nachrichten sind gute Nachrichten" hat sich die Lage im industriellen Mittelstand zwischenzeitlich etwas entspannt. Der Anteil der schlechten Lageeinschätzungen ist um 5,5 Punkte zugunsten einer mittleren Bewertung zurückgegangen, allerdings nahmen auch die guten Bewertungen um zwei Punkte ab (vgl. Abbildung 22). Der Beurteilungssaldo als Differenz zwischen Positiv- und Negativ-Meldungen verbessert sich dementsprechend auf -12,6 Punkte. Damit liegt der Saldo über den Erwartungen, die die Unternehmen auf dem Tiefpunkt des Abschwungs im Frühjahr geäußert hatten (-20 Punkte).

Abbildung 22: Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage im Zeitverlauf



* Anteil der Positiv-Meldungen minus Anteil der Negativ-Meldungen

Kleiner Mittelstand im Sog der Krise

Der im Frühjahr zu verzeichnende Einbruch in der Beurteilung der Wirtschaftslage ging vornehmlich auf die Angaben der stark exportorientierten Großindustrie zurück. Erstmals seit Beginn der Panelbefragung musste diese ihren überdurchschnittlich positiven Einfluss auf das Gesamtergebnis einbüßen. Im

weiteren Verlauf erreichte der Abschwung nun aber auch die kleineren sowie die rein auf den Binnenmarkt orientierten Unternehmen. So schätzen 30 % der Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern die heutige Lage schlechter ein als zu Beginn des Jahres. Mit steigender Unternehmensgröße reduziert sich dieser Anteil kontinuierlich auf unter ein Fünftel (bei den größeren Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern). Gleiches gilt für den Grad der Exportorientierung als Unterscheidungsmerkmal: War die Fokussierung auf den Binnenmarkt im Frühjahr noch ein statistisches Indiz für eine stabile Wirtschaftslage, so mussten über 30 % der binnenorientierten Unternehmen zwischenzeitlich eine Verschlechterung der eigenen Wirtschaftslage in Kauf nehmen. Nur jedes vierte dieser Unternehmen hatte dies jedoch im Frühjahr erwartet. Nachdem die exportstarke Großindustrie im Frühjahr 2009 in den Lageeinschätzungen weit hinter den Durchschnitt zurückgefallen war, gruppiert sich das derzeitige Stimmungsbild über die verschiedenen Größenklassen und Exportausprägungen wieder um einen ähnlichen Mittelwert.

Frühjahr 2010 – Export lässt auf vorsichtige Tendenz nach oben hoffen

Die Erwartungen an die kommenden sechs Monate zeigen, dass die Stimmung in der Industrie vorsichtig bleibt. Die positiven Einschätzungen gehen etwas zurück – nur gut jedes fünfte Unternehmen erhofft nach dem Jahreswechsel eine gute Wirtschaftslage. Dass der Anteil der negativen Erwartungen jedoch abnimmt, und zwar deutlicher, lässt per saldo auf eine weitere leichte Verbesserung hoffen (vgl. Abbildung 22). Die vorsichtige Tendenz nach oben geht dabei zu einem Großteil von den überdurchschnittlich exportorientierten Unternehmen aus, die aufgrund der leichten weltwirtschaftlichen Erholung ein steigendes Auftragsvolumen aus dem Ausland erwarten. Nach einer Bodenbildung im Export seit dem Frühjahr 2009 könnte sich der Richtungswechsel mit dem Jahreswechsel manifestieren.

Erwartungen auf Jahressicht – Unternehmen hoffen auf Durchbruch

Mit Blick auf die Geschäftserwartungen der deutschen Industrieunternehmen auf Jahressicht verstetigen sich die positiven Signale – der Saldo aus den Erwartungswerten steigt im Vergleich zur aktuellen Lage um 24 Punkte auf nunmehr 14,2 Zähler. Zu diesem Zeitpunkt wird der Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise zwei Jahre zurückliegen. Bei den Einschätzungen muss jedoch beachtet werden, dass die Ausweitung des Prognosezeitraums auch eine größere Unsicherheit mit sich bringt. Die konjunkturellen Daten, auf deren

Basis die Unternehmen ihre Erwartungen bilden, sind nach wie vor recht uneinheitlich.

Zuversichtlich stimmt jedoch, dass zuträgliche Veränderungen an beiden äußeren Rändern der Skala zu beobachten sind. Der Anteil der Unternehmen, die auf Jahressicht von einer guten Wirtschaftslage ausgehen, steigt auf über 32 %, der Anteil der Negativ-Meldungen geht auf 18 % zurück. Optimistischere Erwartungen zeigen sich dabei tendenziell in allen Größenklassen und Branchen. Es verdichten sich aber auch die Hinweise darauf, dass die Krise nun nachgelagert den Binnenmarkt erreicht. Im direkten Vergleich zu den exportorientierten Unternehmen hellen sich die Jahreserwartungen der Inlandsorientierten deutlich verhaltener auf.

3.2.2 Produktion und Umsatz der mittelständischen Industrie – Ergebnisse und Perspektiven

Die deutsche Industrie war aufgrund ihrer Exportabhängigkeit in besonderem Maße vom Rückgang der weltweiten Nachfrage betroffen. Der Tiefpunkt des Abschwungs wurde im April 2009 erreicht, als die Produktion im verarbeitenden Gewerbe fast 30 % unter ihrem – allerdings starken – Vorjahreswert lag, so das Statistische Bundesamt. Seitdem hat eine leichte Stabilisierung eingesetzt, die sich in einem kontinuierlichen Anstieg der Auftragseingänge seit März 2009 manifestierte. Den Ausschlag für die positive Entwicklung gab zuletzt die gestiegene Auslandsnachfrage, während die Bestellungen aus dem Inland leicht rückläufig waren.

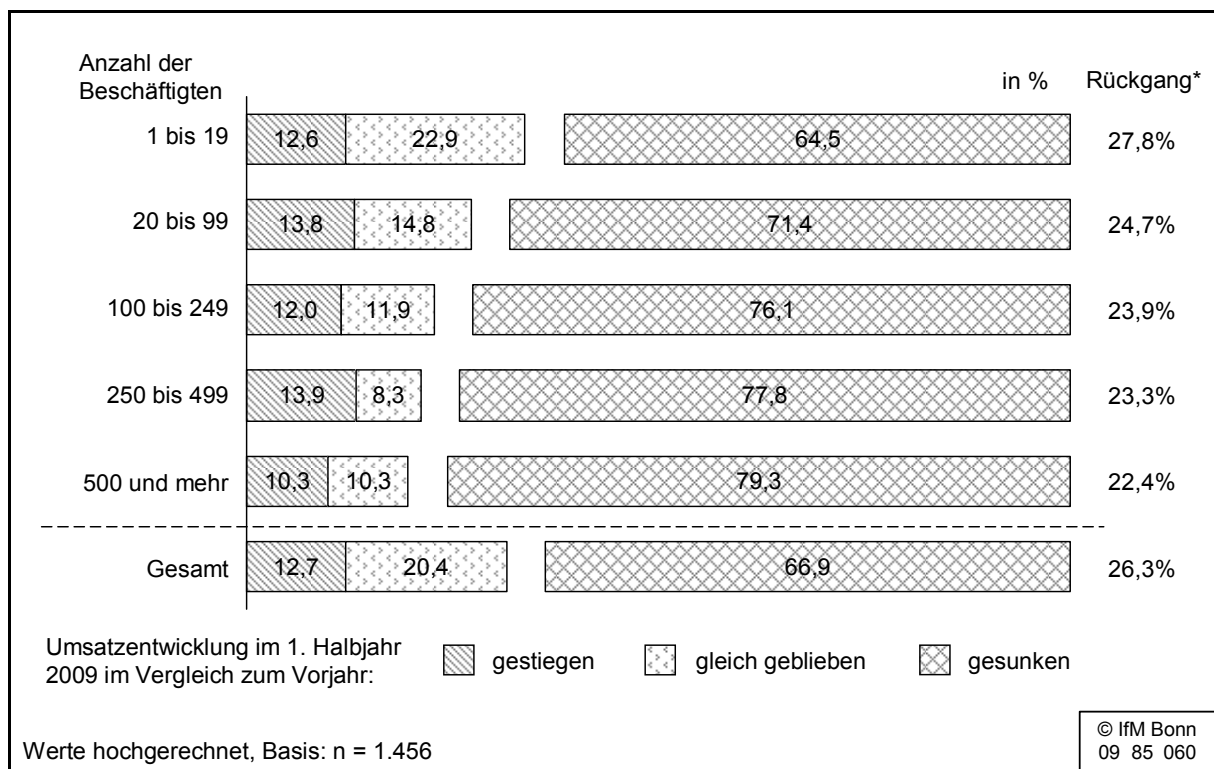
Die Herbstbefragung des BDI-Mittelstandspanels erfasst die geschäftliche Entwicklung der teilnehmenden Unternehmen nach verschiedenen Merkmalen und liefert somit in Ergänzung zu den amtlichen Statistiken zusätzliche Informationen über die individuelle Ausprägung des Abschwungs.

Umsatzeinbrüche im kleinen Mittelstand seltener

Der Blick auf die Umsatzentwicklung der Unternehmen des BDI-Mittelstandspanels im ersten Halbjahr 2009 liefert in Übereinstimmung mit der amtlichen Statistik keine erfreulichen Befunde. Über zwei Drittel der Unternehmen mussten einen Umsatzrückgang hinnehmen (vgl. Abbildung 23). An dieser Stelle sollte jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass es auch in der Krise durchaus Unternehmen gibt – und zwar mehr als jedes achte –, die über eine Ausweitung ihrer Umsätze berichten. Etwa jedes fünfte Unternehmen konnte

die Umsätze zumindest konstant halten. Dabei zeigen sich klare Unterschiede in der Umsatzentwicklung im Vergleich der Größenklassen. So mussten in der quantitativ bedeutsamen Gruppe der Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten nur rund 64 % der Unternehmen Umsatzrückgänge hinnehmen. Da mit steigender Unternehmensgröße tendenziell auch der Anteil der Exportunternehmen sowie die Exportquote innerhalb der Gruppe steigen, waren in den oberen Klassen vergleichsweise mehr Unternehmen von Umsatzrückgängen betroffen.

Abbildung 23: Umsatzentwicklung in der Industrie im 1. Halbjahr 2009 (im Vergleich zum Vorjahreszeitraum)



* Durchschnittlicher Umsatzrückgang in Unternehmen mit gesunkenen Umsätzen

Ein Drittel der Unternehmen hat Umsatzeinbrüche von über 20 %

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, der noch in die Zeit vor dem konjunkturellen Abschwung fiel, reduzierte sich der Umsatz derjenigen Unternehmen, die Rückgänge verbuchen mussten, durchschnittlich um über ein Viertel (26,3 %). Bezogen auf alle von der Befragung erfassten Unternehmen, zeigt die Verteilung der Umsatzrückgänge, dass jedes dritte Unternehmen Umsatzeinbrüche von mehr als 20 % hinnehmen musste. Der Größenvergleich liefert weitere interessante Ergebnisse zur Höhe der durchschnittlichen Umsatzeinbußen. So sind zwar mit sinkender Unternehmensgröße weniger Unterneh-

men betroffen. Wenn es hier jedoch zu Einbußen kam, fielen diese stärker als im Durchschnitt der Befragung aus. Die Spannbreite des durchschnittlichen Umsatzrückgangs liegt zwischen knapp 28 % in den Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten und gut 22 % in den Großunternehmen. Die ausgeprägtere Betroffenheit kleinerer Unternehmen lässt sich zum Teil aus den Ergebnissen des BDI-Mittelstandspanels zur Abnehmerstruktur im industriellen Mittelstand aus dem Frühjahr 2009 erklären. Gemessen am Umsatzanteil mit den fünf größten Kunden steigt die Abhängigkeit von einigen wenigen Großkunden mit sinkender Unternehmensgröße. Reduziert einer dieser Kunden sein Auftragsvolumen oder fällt er sogar ganz aus, kann dies die Auslastung in kleinen bis mittleren Unternehmen überproportional reduzieren.

Die aus der amtlichen Statistik bekannten Ergebnisse zu branchenspezifischen Umsatzentwicklungen bestätigen sich in den Erhebungsergebnissen. So verzeichneten die von Umsatzeinbußen betroffenen Produzenten von Ge- und Verbrauchsgütern (71 % aller Unternehmen dieser Branchen) nur einen durchschnittlichen Rückgang um gut 18 %. Sie produzieren zu einem überwiegenden Teil ausschließlich für den Binnenmarkt und zeichnen sich durch eine vergleichsweise geringe durchschnittliche Unternehmensgröße aus. Die Einbußen bei den Vorleistungs- und Investitionsgüterproduzenten bezifferten sich hingegen auf jeweils gut 30 % (bei einem Anteil von 80 % bzw. 70 % betroffener Unternehmen).

Nachfrage aus dem Ausland zeigt leichte positive Impulse

Auf die Frage, wie sich die Nachfrage aus dem Ausland seit Beginn der Krise im Sommer 2008 entwickelt habe, erbrachte noch die Frühjahrsumfrage 2009 einen eindeutigen Befund: Über einen Anstieg der Nachfrage berichteten lediglich 4 %, einen Rückgang der Nachfrage verbuchten zwei von drei Unternehmen. In der Zwischenzeit lässt sich eine leichte Entspannung feststellen. Befragt nach der Entwicklung der Nachfrage seit dem Frühjahr, berichtet nunmehr ein Fünftel der Exportunternehmen von einem Anstieg der Auslandsnachfrage. Eine negative Entwicklung gibt es im gleichen Zeitraum allerdings immer noch in 59 % der exportierenden Unternehmen.

Belebung in der Europäischen Union besonders wichtig

Am häufigsten verzeichneten die mittelständischen Industrieunternehmen eine Belebung der Nachfrage aus den EU-15-Staaten, sprich den "alten" Mitgliedsländern der Europäischen Union vor den Erweiterungen ab dem Jahr 2003.

Über ein Viertel der dorthin exportierenden Unternehmen berichten über eine Belebung der Nachfrage aus diesen bedeutenden Handelsgebieten. Seltener, nämlich zu knapp 17 %, stellen die exportierenden Unternehmen eine Belebung der Nachfrage aus den EU-Ländern Zentral- und Osteuropas fest. Die Exporte in die "neuen" EU-Länder hatten sich seit deren Beitritt besonders dynamisch entwickelt. Da der Anteil aller EU-Staaten an den deutschen Exporten über 60 % ausmacht, hat eine Nachfragebelebung auf diesen Märkten besonderes Gewicht für die deutsche Industrie.

Über eine Nachfragebelebung aus China und den ASEAN-Staaten, einem Verband zehn südostasiatischer Staaten, berichtet jedes vierte bzw. jedes fünfte der in diese Region exportierenden Unternehmen. Dort war der Abschwung weitaus kürzer und weniger ausgeprägt gewesen und hatte bereits zu Anfang des Jahres seinen Tiefpunkt erreicht. Getragen von der deutlicheren Erholung der US-Wirtschaft im dritten Quartal 2009 als erwartet, berichtet ebenfalls knapp ein Fünftel der Unternehmen mit Exportaktivitäten in Nordamerika von einer Nachfragebelebung in dieser Region.

Parallel zu den globalen Produktionseinbrüchen war auch die Nachfrage nach Rohstoffen zurückgegangen, was wiederum zu einem Verfall der Rohstoffpreise führte. Die Exporterlöse in den stark von Rohstoffexporten abhängigen Nationen des Nahen und Mittleren Ostens schrumpften, ebenso wie diejenigen in Russland. Die Nachfrage aus diesen Regionen der Welt belebte sich daher bisher lediglich bei jedem zehnten der Unternehmen mit Exportbeziehungen in diese Gebiete.

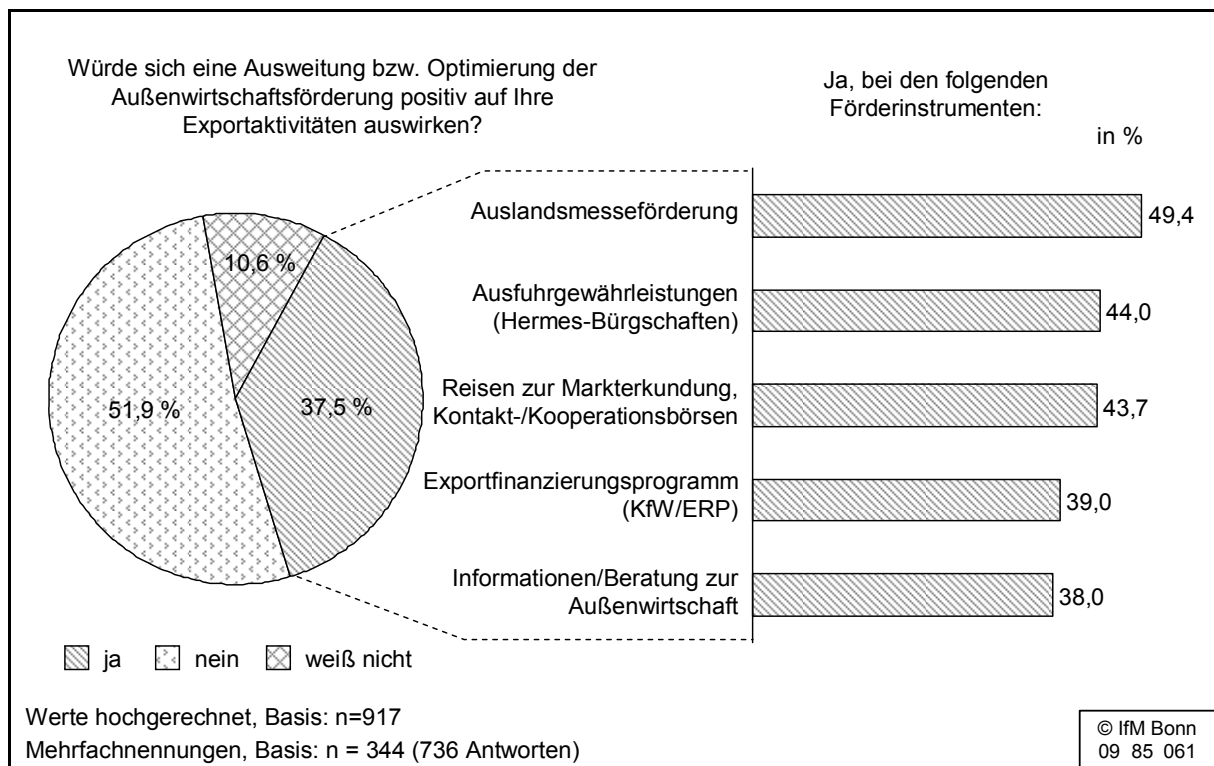
Außenwirtschaftsförderung – Ein Drittel der Exportunternehmen wünscht sich Optimierung

Die Außenwirtschaftsförderung der Bundesregierung unterstützt deutsche Unternehmen bei der Erschließung und Sicherung ausländischer Märkte. Neben der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen wirkt sie auf die Beachtung multilateraler Regeln sowie den Abbau noch bestehender Marktzugangsschranken hin. In welchen Bereichen die Außenwirtschaftsförderung optimiert oder ausgeweitet werden könnte, wurde in der aktuellen Befragung des BDI-Mittelstandspanels thematisiert.

Nach Meinung von über einem Drittel (37,5 %) der befragten Exportunternehmen würde sich eine Ausweitung oder Optimierung der Außenwirtschaftsförderung positiv auf die eigenen Exportaktivitäten auswirken (vgl. Abbildung 24).

Bei der Frage, welche Bereiche es zu verbessern gelte, zeigen sich nur recht geringe Unterschiede bei den Anteilswerten. Die Ausweitung bzw. Optimierung von Ausfuhrleistungsgewährleistungen in Form von Hermes-Bürgschaften wäre in den Augen von 44 % der Unternehmen förderlich für den eigenen Export. Eine verbesserte Unterstützung bei der Finanzierung des Außenhandels durch öffentliche Finanzierungsprogramme sehen 39 % der Befragten als hilfreich an. Am weitesten verbreitet ist jedoch der Wunsch nach einer Ausweitung der Auslandsmesseförderung. Bei der Unterstützung der ersten Schritte auf neuen Märkten, sprich bei der Markterkundung oder bei der Suche nach geeigneten Kooperationspartnern, zeigt sich ebenfalls ein hoher Bedarf.

Abbildung 24: Anreizwirkung der Außenwirtschaftsförderung auf exportierende Unternehmen der Industrie



Außenwirtschaftsförderung bewegt nur wenige Unternehmen zu einem Strategiewechsel

Bei nur wenigen Unternehmen (7,7 %), die sich bisher rein auf den Binnenmarkt fokussieren, würde eine Optimierung oder Ausweitung der außenwirtschaftlichen Förderung die grundsätzliche Entscheidung für oder gegen die Auslandstätigkeit beeinflussen. Mit 80 % bleibt für die überwiegende Mehrheit der nicht exportierenden Unternehmen die Außenwirtschaftsförderung ohne Einfluss auf diesbezügliche Entscheidungen. Abhängig von der Branche und

dem Produktportfolio bietet sich sicherlich nicht jedem Unternehmen der Zugang zu Auslandsmärkten.

Das insgesamt geringe Interesse an den derzeitigen Instrumenten der Außenwirtschaftsförderung deutet jedoch darauf hin, dass die grundsätzliche Entscheidung, im Ausland tätig zu sein, mit den bisherigen Mitteln der Exportförderung nicht zu beeinflussen ist. Umso eher würde es sich aber für die Beratungs-, Informations- und Finanzierungseinrichtungen lohnen, ihre Angebote im Hinblick auf die Bedarfsstruktur der Unternehmen neu zu justieren.

3.2.3 Beschäftigung im industriellen Mittelstand – Dynamik in der Krise

Trotz des heftigen Produktions- und Umsatzrückgangs hat sich der Arbeitsmarkt bislang entgegen allen Erwartungen als recht stabil erwiesen. Zwar steigt die Zahl der Arbeitslosen und auch der Umfang der zu besetzenden Stellen ist im Vergleich zum Vorjahr geringer. Insgesamt ist die Beschäftigung aber nur leicht zurückgegangen. Im verarbeitenden Gewerbe ist die negative Beschäftigungsentwicklung etwas ausgeprägter, da diese Branchen überdurchschnittlich von Produktionsrückgängen betroffen waren.

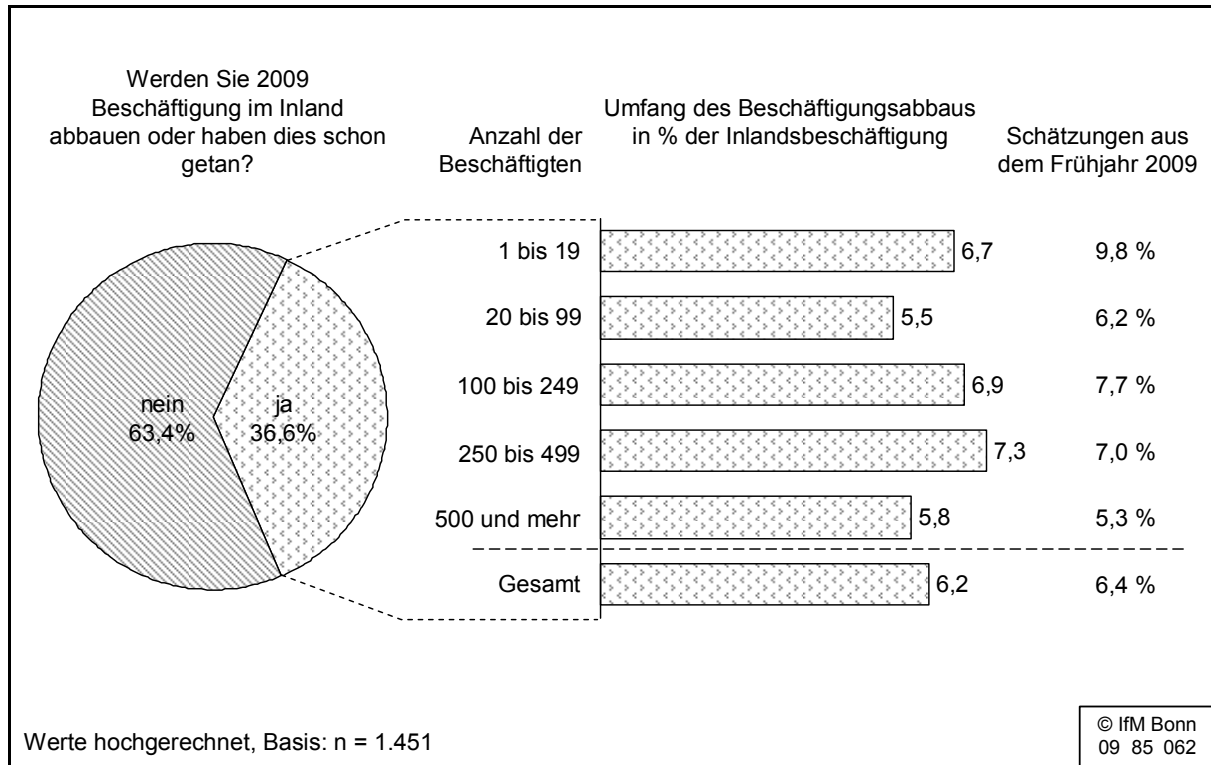
Entlastend auf den Arbeitsmarkt wirkte die intensive Nutzung der Kurzarbeit. Im Rahmen der Konjunkturprogramme wurde die maximale Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes auf 24 Monate verlängert, und auch die Zugangsbedingungen wurden erleichtert. Experten erwarten daher, dass die Unternehmen die Kurzarbeit langsamer reduzieren werden als nach früheren Rezessionen. Im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der Kurzarbeiter im kommenden Jahr immer noch auf 0,6 Millionen geschätzt, nach 1,2 Millionen in diesem Jahr.

Nur etwa ein Drittel der Industrieunternehmen baut Beschäftigung ab

Vor dem Hintergrund der oben skizzierten gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarktentwicklung und der besonderen Brisanz der Krise in der Industrie bietet die Herbstbefragung 2009 des BDI-Mittelstandspanels tiefere Einsichten in die Dynamik der industriellen Branchen. Es zeigt sich, dass momentan nur gut ein Drittel der Unternehmen 2009 Beschäftigung abgebaut hat bzw. abbauen wird (vgl. Abbildung 25). Mit steigender Unternehmensgröße steigt der Anteil der zu einem Stellenabbau gezwungenen Unternehmen. So geben nur 32 % der Unternehmen mit bis zu 19 Mitarbeitern an, Stellen abbauen zu müssen. In der Gruppe mit mehr als 500 Beschäftigten beträgt der Anteil schon fast zwei Drit-

tel (63 %). Ein analoger Zusammenhang zeigt sich für den Grad der Exportorientierung.

Abbildung 25: Abbau von Beschäftigung im Inland im Jahr 2009 in der Industrie, Vergleich Plan- und Ist-Zahlen



Beschäftigungsrückgang in der Industrie bleibt in erwartetem Umfang

Auf dem Höhepunkt des Produktionsrückgangs im Frühjahr 2009 wurden die Unternehmen um eine Prognose des voraussichtlich unvermeidbaren Stellenabbaus im laufenden Jahr gebeten. Hochgerechnet auf alle Beschäftigten im Inland zum Ende des Jahres 2008, hatte die Industrie mit einem Stellenabbau von 6,4 % gerechnet.² Bei der Berechnung ging ein eventueller Zuwachs an Beschäftigung in wachsenden Unternehmen nicht mit ein. Sechs Monate später zeigt sich, dass die Beschäftigungsdynamik 2009 in etwa den auf dem Höhepunkt der Krise geäußerten Erwartungen entspricht. Auf das Gesamtjahr wird es Hochrechnungen zufolge in den schrumpfenden Unternehmen zu einem Abbau der Beschäftigung um 6,2 % kommen. Dabei ist der überwiegende Teil des Stellenabbaus, der für das laufende Jahr geplant ist, bereits vollzogen, der Rest folgt bis zum Jahresende.

² Die Prozentwerte können von früher publizierten Angaben abweichen, da die Hochrechnung durch nacherhobene Daten verbessert werden konnte.

Über die Hälfte des gesamten Stellenabbaus entfällt auf die Unternehmen mit überdurchschnittlicher Exportorientierung, die häufig der Investitionsgüterbranche entstammen. Im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbeschäftigung tragen diese damit überproportional zum Beschäftigungsabbau bei. Dagegen verantworten die rein binnenmarktorientierten, zumeist den Konsumgüterbranchen angehörenden Unternehmen lediglich 10 % der wegfallenden Stellen.

Anteil der "kurzarbeitenden" Unternehmen steigt nur noch leicht

Das verarbeitende Gewerbe greift in besonderem Ausmaß auf das arbeitsmarktpolitische Instrument der Kurzarbeit zurück und ist derzeit für rund 80 % der konjunkturellen Kurzarbeit verantwortlich. Im Vergleich zum Frühjahr 2009 ist der Anteil der Unternehmen des BDI-Mittelstandspanels, die Kurzarbeit angemeldet haben, allerdings nur noch leicht von 31 % auf gut 33 % angestiegen. Dementsprechend sind mittlerweile über die Hälfte (55 %) der auf Basis der Befragung hochgerechneten Mitarbeiter in einem die Kurzarbeit nutzenden Unternehmen beschäftigt. Im Frühjahr waren nur 45 % der Mitarbeiter für ein solches Unternehmen tätig. Aussagen über den Umfang der genutzten Kurzarbeit können jedoch nicht getroffen werden. Sicher ist allerdings, dass viele Unternehmen mit diesem Mittel versuchen, ihre Fachkräfte zu halten, wenngleich sie dazu durchaus Geld in die Hand nehmen müssen. Schließlich läuft ein Teil der Lohnnebenkosten, z.B. für bezahlte Freistellungen und gesetzliche Sozialkosten, während der Kurzarbeit weiter (sogenannte Remanenzkosten).

Auch wenn die Möglichkeit zur Kurzarbeit ein wirksames Instrument zur Überbrückung des Produktionsrückgangs ist, zeigen die Angaben des BDI-Mittelstandspanels, dass ein Stellenabbau dennoch nicht gänzlich verhindert werden kann. Zusätzlich zur Nutzung der Kurzarbeit mussten in den betroffenen Unternehmen 8,7 % der Stellen abgebaut werden. Dies verdeutlicht die prekäre wirtschaftliche Lage, trotz der entlastenden Wirkung durch die Nutzung der öffentlichen Unterstützung. Die nicht kurzarbeitenden Unternehmen, die auch nur einen deutlich geringeren Umsatzeinbruch verbuchen mussten, bauten hingegen nur Stellen im Umfang von 3 % ab.

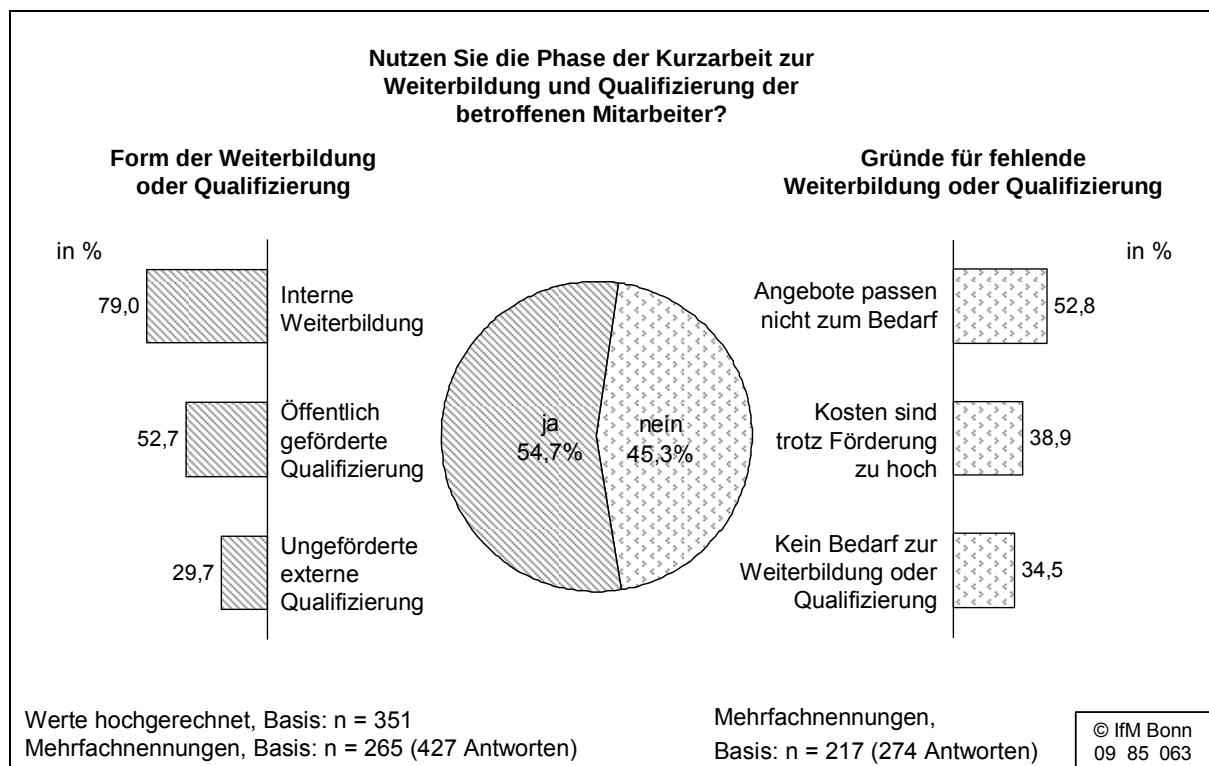
Gut jedes zweite Unternehmen nutzt Kurzarbeit zur Weiterbildung

Im Rahmen der Herbstbefragung 2009 des BDI-Mittelstandspanels wurden die Unternehmen zur Nutzung von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnah-

men während der Phase der Kurzarbeit befragt. Es zeigt sich, dass die Unternehmen in dieser Hinsicht "geteilter Meinung" sind (vgl. Abbildung 26).

Wird die Kurzarbeit zur Weiterbildung der betroffenen Mitarbeiter genutzt, werden die Beiträge zur Sozialversicherung in voller Höhe von der Bundesagentur für Arbeit übernommen. Auch die Kosten der Weiterbildung und Qualifizierung werden situationsabhängig ganz oder in Teilen erstattet. Trotz der attraktiven Fördermöglichkeiten nehmen derzeit nur knapp 53 % der Unternehmen, die die Kurzarbeit zur Weiterbildung nutzen, öffentlich geförderte Angebote in Anspruch.

Abbildung 26: Weiterbildung und Qualifizierung während der Kurzarbeit in der Industrie



Acht von zehn der weiterqualifizierenden Unternehmen präferieren die interne Weiterbildung. Hier können die Inhalte exakt dem Bedarf der Mitarbeiter und des Unternehmens angepasst werden. Externe, jedoch ungefördernde Weiterbildungsangebote nutzen 30 % der weiterbildenden Unternehmen. Wie die Anteilswerte bei der Verbreitung der unterschiedlichen Qualifizierungsmöglichkeiten zeigen, wählen letztendlich jedoch viele Unternehmen eine Mischung der vorgegebenen Formen.

Diejenigen kurzarbeitenden Unternehmen, die auf jegliche Form der Weiterqualifizierung verzichteten, wurden zu den Gründen für diese Entscheidung

befragt. Gut die Hälfte dieser Unternehmen gibt an, dass das Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebot, ob öffentlich gefördert oder nicht, am eigenen Bedarf vorbeigehe. Mit knapp 39 % geben fast vier von zehn der nicht weiterqualifizierenden Unternehmen an, dass sie die Kosten trotz öffentlicher Förderung als zu hoch empfinden. Ein gutes Drittel sieht schlichtweg keinen Bedarf zur Weiterbildung.

Leiharbeit in der Industrie kaum weiter reduziert

Die Entwicklung der Leiharbeitsbranche wird mittlerweile häufig als Frühindikator für den Konjunkturverlauf verwendet. Der deutliche Rückgang der Leiharbeitsverhältnisse im zweiten Quartal 2008 deutete den konjunkturellen Abschwung also bereits an. Im Juni 2009, elf Monate später, ist die Zahl der Leiharbeitnehmer erstmals wieder gestiegen. Der Bestand erhöhte sich um knapp 20.000 oder 3,8 % auf gut 526.000 Leiharbeitnehmer, liegt aber noch deutlich unter seinen Höchstständen vor der Krise.

Der Abbau von Leiharbeitsverhältnissen fungierte in der Krise als kurzfristig umsetzbares Mittel zur Kostenreduzierung. Die Ergebnisse der vorliegenden Befragung deuten darauf hin, dass das Einsparpotenzial in den Unternehmen mittlerweile ausgereizt scheint. So hat sich der Anteil der entleihenden Unternehmen seit dem Frühjahr nur noch geringfügig verändert. Im Vergleich zum Herbst letzten Jahres ist er jedoch von 29 % auf nunmehr 15 % deutlich zurückgegangen. Ähnlich rückläufig entwickelte sich auch der Umfang des entliehenen Personals. Da zeitgleich jedoch auch ein Teil der Stammbeslegschaft freigesetzt wurde, blieb das Verhältnis zwischen entliehenem Personal und fester Belegschaft im Vergleich zum Frühjahr in etwa konstant.

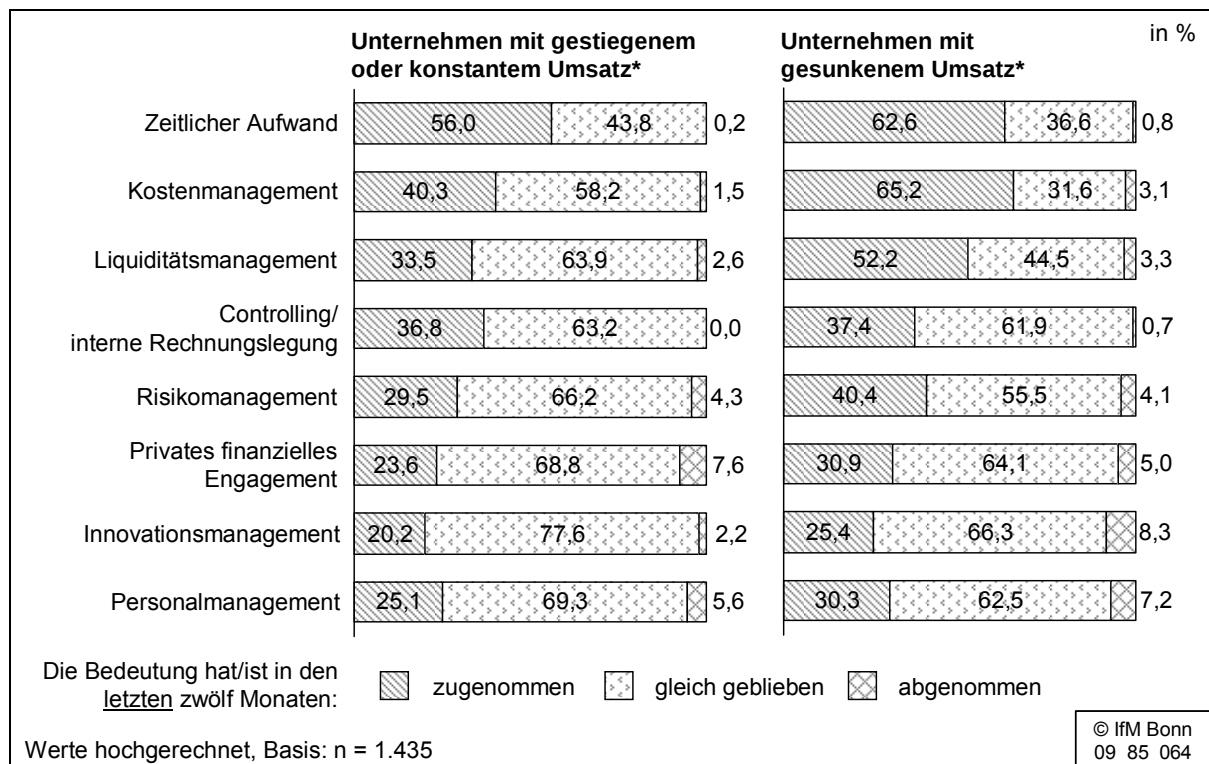
3.3 Unternehmensführung zwischen Krise und Aufschwung

Konjunkturelle Berg- und Talfahrten gehören für die Unternehmer zum langfristigen Managementalltag. Aufgrund der besonderen Tiefe des aktuellen konjunkturellen Tals waren die Herausforderungen im letzten Jahr größer denn je. Es galt, die Liquidität bei sinkenden Umsätzen zu sichern. Am Übergang zwischen Krise und Aufschwung zeigen die Befragungsbefunde aber auch, dass die Nutzung des innovativen Potenzials das Thema der Zukunft ist. Zudem stellen die Industrieunternehmen auf der Suche nach den richtigen Antworten auf die sich verschlechternden Finanzierungsbedingungen ihre Finanzierungsstrategien auf den Prüfstand.

3.3.1 Herausforderungen im Lichte der Umsatzentwicklung

In der Herbstbefragung 2009 des BDI-Mittelstandspanels gaben die deutschen Industrieunternehmen Auskunft über die Veränderungen in der Unternehmensführung in den letzten, krisengeschüttelten Monaten (vgl. Abbildung 27) und den kommenden, hoffentlich von Wachstum geprägten Monaten (vgl. Abbildung 28). Betrachtet man die Angaben der Unternehmen unter Einbeziehung der Umsatzentwicklung im ersten Halbjahr 2009, werden die krisen- und wachstumsbedingten Herausforderungen sichtbar.

Abbildung 27: Veränderungen in der Unternehmensführung in der Industrie, Rückblick auf die letzten zwölf Monate



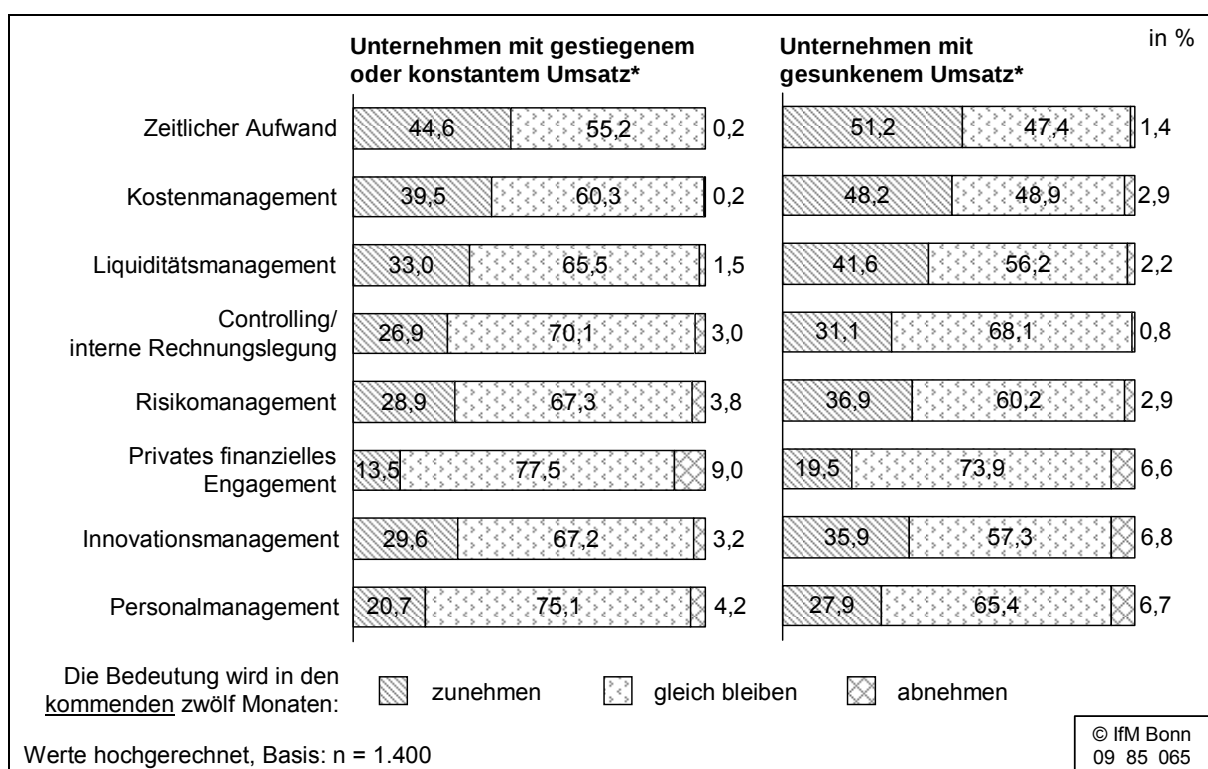
* Umsatzentwicklung im 1. Halbjahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr

Bedeutung von Kostenmanagement und Liquiditätssicherung nimmt deutlich zu

Der zeitliche Aufwand für die Unternehmensführung hat in den letzten zwölf Monaten in durchschnittlich 60 % der Unternehmen des industriellen Mittelstands zugenommen. Etwa die Hälfte geht zudem davon aus, dass die besonderen Anforderungen an die Führung auch in den kommenden zwölf Monaten zu einem steigenden zeitlichen Aufwand führen werden. Die vorrangigen Themen, die diesen zusätzlichen zeitlichen Aufwand verursacht haben, betrafen erwartungsgemäß die finanzielle Sphäre der Unternehmen, nämlich

die Kosten- und Liquiditätsseite. Während das Kostenmanagement bei wachsenden oder zumindest gleich bleibenden Umsätzen in nur vier von zehn Unternehmen von steigender Bedeutung war, versuchten fast zwei Drittel (65,2 %) der Unternehmen mit schrumpfenden Umsätzen, Einsparpotenziale zu erschließen, um die Rentabilität zu sichern. Ein ähnliches Ergebnis gilt für das Liquiditätsmanagement. Dieses gewann innerhalb des letzten Jahres in jedem dritten Unternehmen mit positiver, jedoch in über der Hälfte der Unternehmen mit negativer Umsatzentwicklung an Bedeutung. Im Schnitt wird sich die höhere Gewichtung von Liquidität aus Sicht der Unternehmer im kommenden Jahr zwar etwas abschwächen. Allerdings scheint eine gute Umsatzentwicklung im laufenden Jahr noch keine Entwarnung zu sein. Die Bedeutung des Liquiditätsmanagements nimmt auch in den nächsten zwölf Monaten trotz positiver Umsatzentwicklung in einem Drittel der betroffenen Unternehmen zu.

Abbildung 28: Veränderungen in der Unternehmensführung in der Industrie, Ausblick auf die kommenden zwölf Monate



* Umsatzentwicklung im 1. Halbjahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr

Die Finanzierungs- und Liquiditätslücken, die aus einem starken Umsatzrückgang resultieren, werden je nach Rechtsform und Unternehmenstyp durch privates Vermögen aufgefangen. Dies spielt insbesondere in den in Deutschland traditionell weitverbreiteten Familienunternehmen eine Rolle. Dementsprechend erhöhte sich in den letzten Monaten verstärkt das private finanzielle

Engagement. Insbesondere in Unternehmen mit rückläufigen Umsätzen war dies der Fall, aber auch als Unterstützung bei guter Umsatzentwicklung wurde auf private Ressourcen zurückgegriffen. Erfreulicherweise wird dies mit Blick auf die kommenden Monate seltener der Fall sein müssen.

Die Finanzkrise hat die Notwendigkeit eines konsequenten Risikomanagements weiter verdeutlicht. Vor allem Unternehmen mit rückläufigen Umsätzen greifen das Thema auf. Erwartungsgemäß stieg in diesen Fällen auch die Bedeutung des Personalmanagements in überdurchschnittlich vielen Unternehmen (30 %).

Innovationsmanagement ist Thema der Zukunft

Gerade in einer Zeit, in der Krisenbewältigung oberste Priorität hat, ist es besonders erfreulich, dass dem Innovationsmanagement in jedem vierten Unternehmen mit Umsatzrückgängen und jedem fünften Unternehmen mit konstantem oder steigendem Umsatz höhere Aufmerksamkeit zukam. Nicht zuletzt für die von Umsatzrückgängen betroffenen Unternehmen war die Krise mithin ein Anstoß, im Hinblick auf ihr Produktportfolio neue Akzente zu setzen und ihre Innovationsanstrengungen zu verstärken.

Berücksichtigt man zudem die Entwicklung der Beschäftigung, zeigt sich ein weiterer interessanter Befund: Wurde trotz vergleichsweise schlechter Umsatzentwicklung auf einen Stellenabbau verzichtet, war das Innovationsmanagement von besonders großer Bedeutung. Schließlich will man im nächsten Aufschwung mit neuen Produkten und Verfahren angestammte oder neue Märkte (wieder) erobern und daher die Fachkräfte sichern. Hierauf deuteten schon die Ergebnisse der Frühjahrsbefragung 2009 hin. Unternehmen, die zum damaligen Zeitpunkt davon ausgingen, gestärkt aus der Krise hervorzugehen, nahmen deutlich seltener Kürzungen des F&E-Budgets vor als pessimistisch in die Zukunft blickende Unternehmen. So ist das Innovationsmanagement auch der einzige Führungsbereich, dem die mittelständischen Industrieunternehmen – unabhängig von ihrer Umsatzentwicklung in der Vergangenheit – für die Zukunft einen Bedeutungsgewinn bescheinigen.

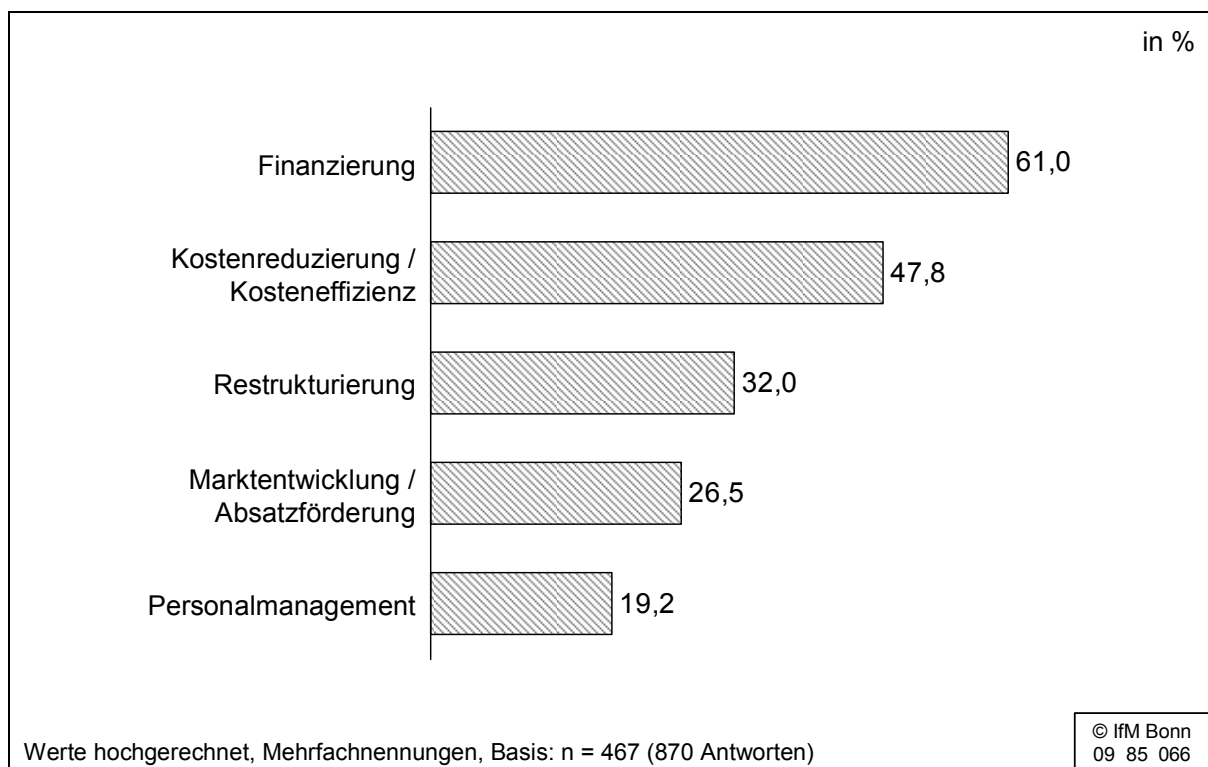
Im Grunde gehören die hier thematisierten Aufgabenfelder zum Grundkatalog der Unternehmensführung. Die Krise gab jedoch Anlass zum intensiveren Umgang mit den Strukturen und Vorgängen in den Unternehmen. Allerdings birgt das Handeln und Entscheiden unter dem Druck wegbrechender Nachfrage auch besondere Risiken. Von daher sollten die stärker in den Vordergrund

gerückten Themenbereiche – dort, wo sie nicht ohnehin schon von großer Bedeutung sind – auch zukünftig in der Unternehmensführung einen angemessenen Platz einnehmen.

Ein Drittel der Unternehmen nimmt verstärkt Beratung in Anspruch

Ein Drittel der von der Befragung erfassten Industrieunternehmen jedweder Größe hat seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise verstärkt Beratung in Anspruch genommen (vgl. Abbildung 29). Die von der Krise durch Umsatzrückgänge oder gar einen Abbau von Stellen betroffenen Unternehmen haben deutlich häufiger den Schritt zur Beratung getan. Aber auch ein Viertel der Unternehmen mit guter bzw. gleich bleibender Umsatzentwicklung holte sich externen Rat.

Abbildung 29: Managementthemen mit verstärktem Beratungsbedarf seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise



Externe Unterstützung am häufigsten bei Finanzierungsfragen

Sechs von zehn Unternehmen, die verstärkt Beratung in Anspruch nahmen, suchten Hilfe in Finanzierungsfragen. Ansprechpartner waren am häufigsten Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer, allerdings dicht gefolgt von den Finanzberatern der Banken und Sparkassen. Dies zeigt, dass die Unternehmen in

den wichtigen Fragen der Finanzierung durchaus mehrere Meinungen einholen.

Dabei gilt zu beachten, dass sich die Unternehmen bei der Suche nach externer Kompetenz konstant über alle Beratungsthemen hinweg in drei Viertel der Fälle an ihren Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer wandten. Traditionell bestehen im Mittelstand starke Bindungen zu den steuerberatenden Experten. Auf dem zweiten Rang folgen die Finanzberater der Banken und Sparkassen, deren Rat knapp 45 % der Unternehmen verstärkt in Anspruch nahmen. Auch wenn sich der Beratungsbedarf in dieser Konstellation häufig auf das Thema Finanzierung konzentrierte, diskutierten die Unternehmen durchaus auch andere Bereiche der Unternehmensführung mit ihrem Bankberater.

Die gestiegene Bedeutung des Kostenmanagements für die Unternehmensführung drückt sich auch in der Häufigkeit aus, mit der Unternehmen Beratungsleistungen zu diesem Komplex beanspruchten. Fast jedes zweite hatte seit Krisenbeginn zu diesem liquiditätswirksamen Bereich Beratungsbedarf. Hierzu gehört die Erschließung jeglicher Einsparpotenziale, sei es im Personalbereich, bei der Beschaffung oder im Marketing, um nur einige zu nennen.

Kammern und Verbände bieten Kompetenz in der Marktentwicklung

Die Restrukturierung, sei es in der Führung oder von Prozessen, ist ein Teil des Kerngeschäfts von Unternehmensberatungen. Diese Kompetenz wird auch von der deutschen Industrie intensiv genutzt. Insgesamt hat ein Drittel der Unternehmen mit verstärktem Beratungsbedarf zu dieser gerade in der Krise relevanten Thematik Rat gesucht, mehrheitlich bei Unternehmensberatungen, Steuerberatern oder Wirtschaftsprüfern. Gleiches gilt für die Absatzförderung und Marktentwicklung, die in gut jedem vierten der fraglichen Unternehmen gemeinsam mit externen Beratern thematisiert wurden. Zusätzlich zu den vorgenannten Institutionen wurde dieses Thema jedoch auch häufig mit Kammern oder Verbänden besprochen, die im Schnitt über alle Beratungsthemen von einem Viertel der Unternehmen mit gesteigertem Bedarf angefragt wurden.

Fragen des Personalmanagements, wozu beispielsweise die Weiterbildung und Qualifizierung der Belegschaft oder die Rekrutierung von neuem Personal zählen, waren in nur knapp jedem fünften Unternehmen mit Beratungsbedarf ein Thema. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, dass viele Unternehmen trotz Kurzarbeit keine Qualifizierungsmaßnahmen anbieten. Unter dem Eindruck

der notwendigen Kosteneinsparungen und dem gesunkenen Personalbedarf in vielen Unternehmen erscheint dies auch nicht verwunderlich. Als einer der Hauptansprechpartner fungierten in diesem Bereich die Rechtsanwälte der Unternehmen.

3.3.2 Finanzierung – Strategien und Herausforderungen für die Industrie

In den letzten Monaten scheint sich die Situation an den Finanzmärkten wieder etwas entspannt zu haben. Die ifo-Kredithürde zur Messung der Kreditvergabepraxis in Deutschland ist im Oktober den vierten Monat in Folge leicht gesunken. Im verarbeitenden Gewerbe nahm die Kredithürde über alle Unternehmensgrößenklassen ab. Nach Angaben der Bundesbank ist eine Beruhigung bei den Kreditangebotsbedingungen zu erkennen, wobei die Margen noch einmal ausgeweitet wurden. Nur noch vereinzelt kam es zu weiteren Verschärfungen der Kreditrichtlinien, die auf branchen- und firmenspezifische Faktoren zurückzuführen waren. Dies dürfte sich zu großen Teilen aus der krisenbedingten Ratingabstufung der Geschäftskunden erklären lassen. Eigenkapitalrestriktionen haben im Gros der Banken bisher keine entscheidende Rolle gespielt, so die Bundesbank. Somit scheint der oft kritisierte Rückgang der Kreditvolumina vor allem konjunkturzyklisch begründet zu sein. Akteure in Banken, Politik und Wirtschaft sind sich daher einig, dass eine Kreditklemme, sprich eine Situation, in der die Kreditnachfrage durch das vorhandene Kreditangebot nicht gedeckt werden kann und in der dadurch ein erhebliches Risiko für die konjunkturelle Entwicklung besteht, derzeit nicht vorliegt.

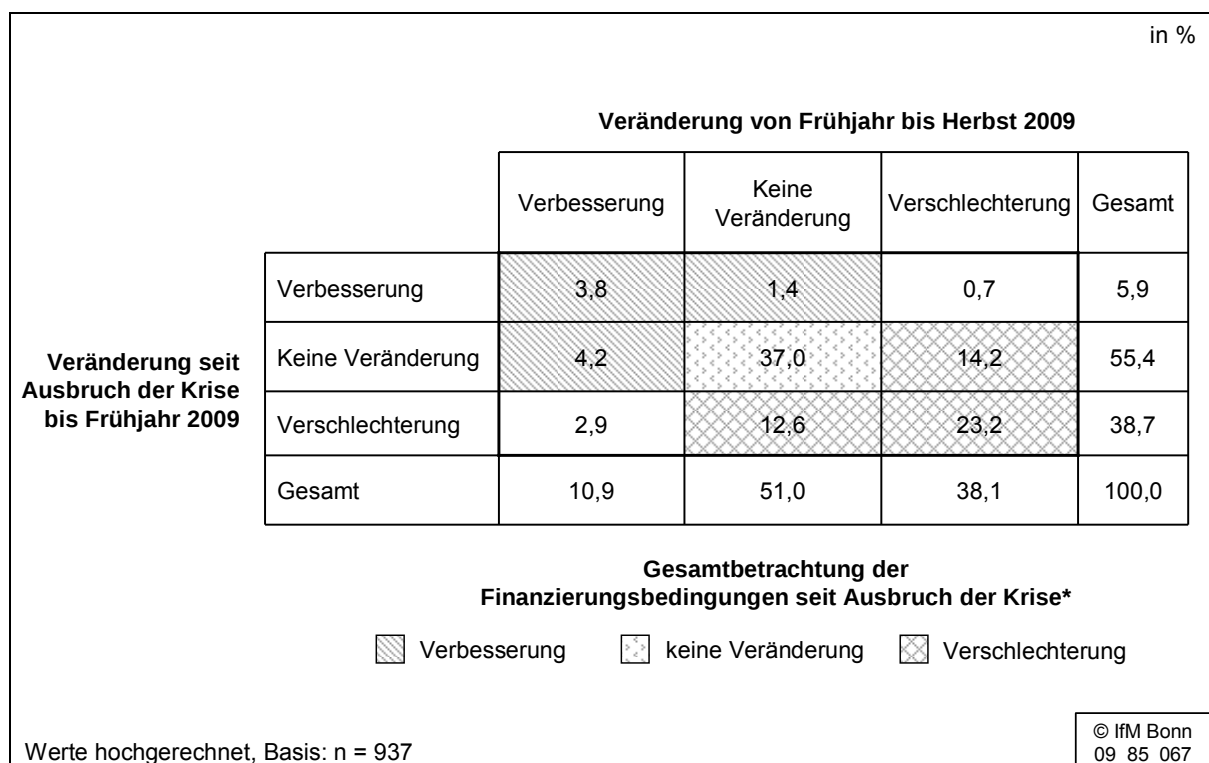
Die Herausforderungen für den Finanzsektor und die Realwirtschaft werden jedoch mit einem Anstieg der geschäftlichen Aktivitäten und des investiven Finanzbedarfs zunehmen. Zeitgleich zu einem steigenden Finanzierungsbedarf der Unternehmen könnten sich die strukturellen Eigenkapitalprobleme im Finanzsektor zuspitzen. Gründe hierfür sind der steigende Bedarf zur Risikoversorge durch zu erwartende Herabstufungen bei der Bonität von Schuldern oder gar Abschreibungen auf Kreditengagements. Vor dem Hintergrund der Vorschriften zur Eigenkapitalunterlegung könnte der Spielraum zur Kreditvergabe in den Banken eingeschränkt werden. Zudem haben sich viele Auslandsbanken bereits aus dem deutschen Markt zurückgezogen, einige inländische Institute sind in ihrem Handlungsspielraum durch EU- und SoFFin-Auflagen eingeschränkt. Eine Kreditklemme könnte daraus entstehen. Dieses Szenario kann, muss aber nicht eintreffen. In jedem Fall sind die Unternehmen

gut beraten, ihre Aktivitäten frühzeitig durch ausreichenden Finanzierungsspielraum zu sichern.

Finanzierungsbedingungen seit dem Frühjahr mehrheitlich unverändert

Seit dem Höhepunkt des Produktionseinbruchs im Frühjahr 2009 hat die damals einsetzende Seitwärtsbewegung mit verhaltenen Wachstumssignalen auch die Finanzierungsbedingungen in den Unternehmen weitgehend unverändert gelassen – gut die Hälfte der Unternehmen berichtet von konstanten Bedingungen. Eine negative Entwicklung bei der Finanzierung des eigenen Unternehmens mussten seit der Befragung im Frühjahr dennoch fast vier von zehn Unternehmen des industriellen Mittelstands feststellen. Aber auch positive Äußerungen über die Finanzierungssituation sind zu verzeichnen: Immerhin jedes zehnte Unternehmen beurteilt die Bedingungen besser als noch im Frühjahr (vgl. Abbildung 30).

Abbildung 30: Veränderung der Finanzierungsbedingungen in der Industrie seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise



* Zusammenfassung der Angaben aus den Befragungen im Frühjahr und Herbst 2009

Wie auch schon in der letzten Erhebung haben die Finanzierungsschwierigkeiten tendenziell eher in den kleinen Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten und in den Großunternehmen zugenommen. Hingegen lässt sich eine starke

Exportorientierung nicht mehr als negativer Einflussfaktor auf die kurzfristige Entwicklung der Finanzierungsbedingungen identifizieren. Vielmehr drehte sich das Blatt: Innerhalb der Gruppe der rein auf dem Inlandsmarkt agierenden Unternehmen erhöhten sich die Schwierigkeiten in 46 % der Unternehmen und damit überdurchschnittlich. Bei hoher Exportorientierung berichtet nur gut jedes vierte Unternehmen (28 %) von einer Verschlechterung bei den Finanzierungsbedingungen.

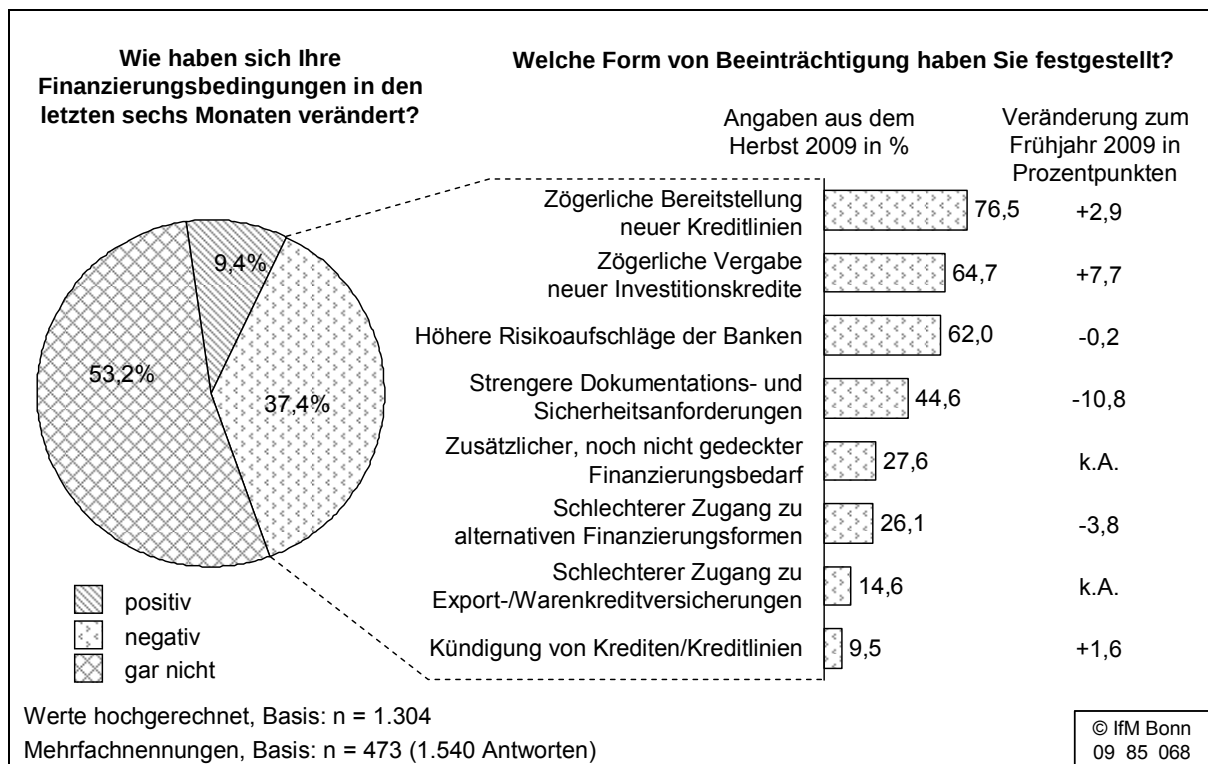
Auf Jahressicht erschwerten sich die Bedingungen in jedem zweiten Unternehmen

Eine Zusammenfassung der Angaben aus den beiden Panelbefragungen des Jahres 2009 erlaubt eine Aussage über die Veränderung der Finanzierungsbedingungen seit Ausbruch der Krise. Dabei wird klar, dass die Bedingungen in nur gut einem Drittel der mittelständischen Industrieunternehmen (37,0 %) unverändert geblieben sind (vgl. Abbildung 30). Jedes zweite Unternehmen beklagt jedoch eine Verschlechterung der eigenen Finanzierungsbedingungen. Knapp jedes vierte Unternehmen spürt sogar eine stetige Verschlechterung (23,2 %) im Verlauf der Krise. Ein Lichtblick ist, dass nur ein geringer Anteil (14,9 %) der Unternehmen in der Herbstbefragung 2009 erstmalig über eine negative Entwicklung des Finanzierungsumfelds berichtet.

Um Näheres über die Hintergründe der negativen Entwicklung bei der Unternehmensfinanzierung zu erfahren, wurden die Teilnehmer der Herbstbefragung 2009 um konkretisierende Angaben gebeten.

Wie im Frühjahr berichten die Unternehmen, deren Finanzierungsbedingungen sich verschlechtert haben, auch im Herbst am häufigsten über eine zögerliche Bereitstellung neuer Kreditlinien (76,5 %, vgl. Abbildung 31). Dieses vor allem der Finanzierung des laufenden Geschäftsbetriebs dienende Instrument ist in Zeiten rückläufiger Einnahmen besonders gefragt. Betriebsmittelkredite betrafen daher auch rund zwei Drittel der bisher im Rahmen des KfW-Sonderprogramms 2009 eingegangenen Förderanträge.

Abbildung 31: Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Unternehmensfinanzierung in der Industrie



Zugang zu Investitionskrediten erschwert sich

Während die Nennungen zu Problemen bei Kreditlinien im Vergleich zum Frühjahr nur leicht um 2,9 Punkte zunahmen, scheint sich der Zugang zu Investitionskrediten zwischenzeitlich verschärft zu haben. Mit 64,7 % berichten fast zwei Drittel der Unternehmen mit Negativerfahrungen über Probleme bei der Vergabe von Investitionskrediten – ein Plus von 7,7 Prozentpunkten. Hier von sind kleine Unternehmen überdurchschnittlich häufig betroffen. Da mit dem Anziehen der Konjunktur auch wieder mit einem Anstieg der Investitionsvolumina gerechnet wird, stimmt dieses Ergebnis nachdenklich. Unter Berücksichtigung der Geschäftsentwicklung (Umsatz im ersten Halbjahr 2009 sowie die Beschäftigungssituation) zeigt sich jedoch ein Zusammenhang zwischen der Verfügbarkeit von Investitionskrediten und der wirtschaftlichen Lage der Unternehmen. Liegen Umsatzrückgänge verbunden mit einem Stellenabbau vor, berichten acht von zehn der relevanten Unternehmen über Probleme beim Zugang zu Investitionskrediten. Aber auch unter den Unternehmen, die ihren Umsatz steigern konnten, berichtet jedes zweite über derartige Probleme. Auch wenn es zu einer Kündigung von bestehenden Krediten oder Kreditlinien – der sicherlich schwerwiegendsten Beeinträchtigung – bisher nur selten kam, geben die Befunde Anlass zur Sorge über eine mögliche Finanzierungs-

not bei einer Ausweitung der Investitionen, käme die Konjunktur wieder in Fahrt.

Zusätzlich zu den oben genannten "klassischen" Finanzierungselementen ist auch der Zugang zu alternativen Finanzierungsformen wie Leasing, Factoring oder Private Equity in durchschnittlich jedem vierten Unternehmen mit negativer Entwicklung der Finanzierungsbedingungen erschwert (-3,8 Punkte). Die Bonitätseinbußen der letzten Monate, bedingt durch die Nachfrageausfälle, hinterlassen auch in diesem Bereich ihre Spuren.

Jedes zehnte Unternehmen hat nicht gedeckten Finanzierungsbedarf

Letztlich zählt in den Unternehmen jedoch, ob der aktuelle Finanzierungsbedarf gedeckt werden kann. Nach Angaben der Unternehmen des BDI-Mittelstandspanels ist dies derzeit in gut 27 % der Unternehmen, die über negative Veränderungen in der Finanzierung berichten, nicht der Fall. Bezogen auf alle von der Befragung erfassten Unternehmen hat daher schätzungsweise jedes zehnte Unternehmen des industriellen Mittelstands zusätzlichen, ungedeckten Finanzierungsbedarf. Erwartungsgemäß berichten Unternehmen mit Umsatzausfällen überdurchschnittlich häufig von einer Finanzierungslücke.

Bei den strengerem Anforderungen an Sicherheiten und Dokumentation im Rahmen eines Kreditengagements ist mittlerweile ein gewisser Gewöhnungseffekt bei den Unternehmen eingetreten. Die strengerem Kriterien, denen die Kreditgewährung nach Basel II in dieser Hinsicht unterliegt, empfinden weniger Unternehmen als negativen Einfluss als noch im Frühjahr (Rückgang um 10,8 Punkte). Dabei kann sogar davon ausgegangen werden, dass das Sicherheitsbedürfnis der Banken krisenbedingt noch weiter angestiegen ist.

Im September hatte die Bundesregierung verkündet, dass im Rahmen des Kredit- und Bürgschaftsprogramms eine Unterstützung des Kreditversicherungsmarktes erfolgen werde. Bis zu einem Gesamtvolumen von 7,5 Mrd. Euro werde der Staat einen Teil des Ausfallrisikos von Forderungen tragen, das private Kreditversicherer krisenbedingt nicht mehr übernehmen. Hiervon könnten künftig auch die Industrieunternehmen profitieren, die unter diesem Aspekt negativ betroffen waren (14,6 %).

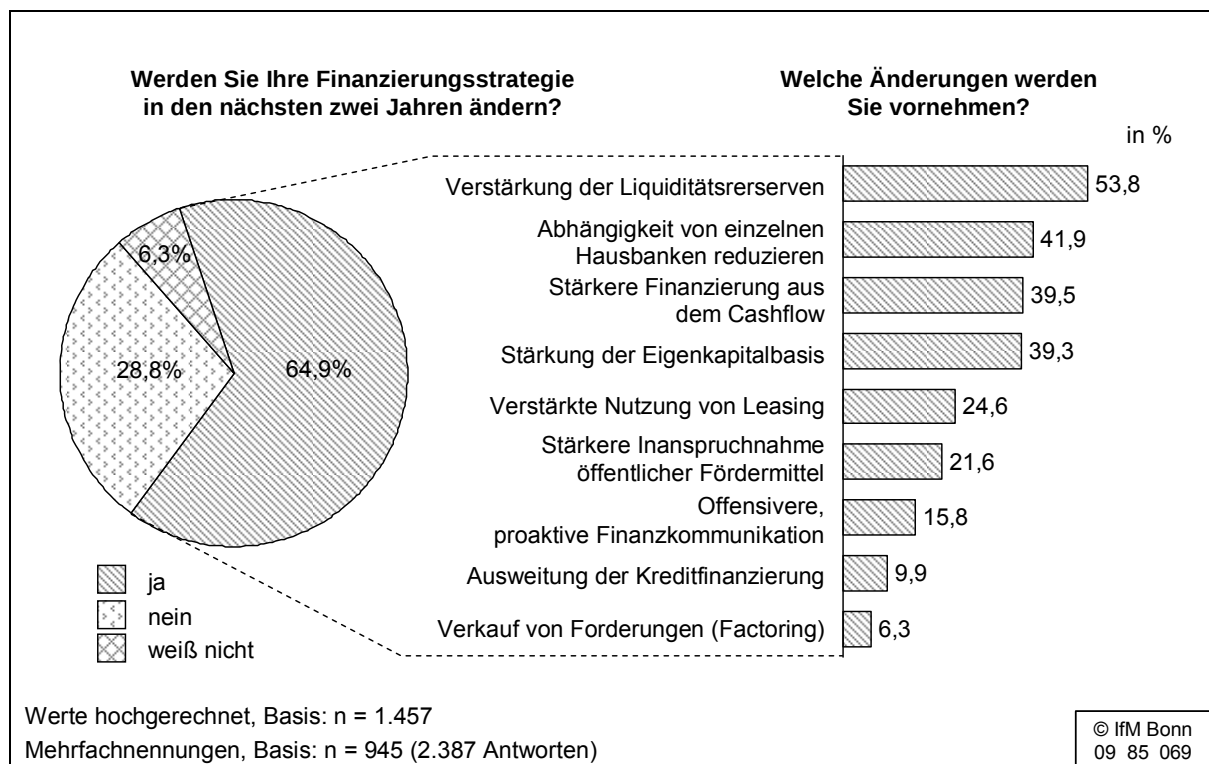
Die kommenden Monate und Jahre werden durch Konsolidierung und vorsichtiges Wachstum nach dem starken Einbruch der Nachfrage im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise gekennzeichnet sein. Die Bedeutung der richtigen

Finanzierungsstrategie und einer ausreichenden Versorgung mit liquiden Finanzmitteln für die Handlungsfähigkeit der Unternehmen ist mehr als deutlich geworden. Ob und, wenn ja, in welcher Form die Unternehmen derzeit über eine Veränderung der eigenen Finanzierungsstrategie nachdenken, wurde in der Herbstbefragung des BDI-Mittelstandspanels thematisiert – mit den folgenden Ergebnissen:

Finanzierungsstrategien auf dem Prüfstand

Bei der Frage, ob es in den nächsten zwei Jahren zu Änderungen in der Finanzierungsstrategie kommen werde, sind sich die Unternehmen aller Größenklassen weitgehend in ihrem Votum einig: Fast zwei von drei Unternehmen planen in absehbarer Zeit Änderungen in der Finanzierungsstrategie (64,9 %, vgl. Abbildung 32).

Abbildung 32: Änderung der Finanzierungsstrategien in der Industrie in den nächsten zwei Jahren



Stärkung der eigenen Finanzkraft gewinnt an Bedeutung

Bei Betrachtung der konkreten Änderungen, die die Unternehmen an ihrem Finanzierungskonzept vornehmen möchten, dominieren Maßnahmen zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit. Die Stärkung der Liquiditätsreserven, die in der letzten Zeit zur Überbrückung von Einnahmeausfällen überlebenswichtig

wurden, stehen bei den Maßnahmen zur Anpassung der Finanzierungsstrategie mit 54 % an oberster Position. Dies zeigt, dass die Unternehmen in einem veränderten Umfeld agieren. Vorlieferanten räumen kürzere Zahlungsziele ein, immer häufiger geraten Kunden unter Zahlungsverzug. Nach den Erfahrungen in der Krise wollen sich die Firmen daher auch in Zukunft mit einem komfortableren Liquiditätspolster davor schützen, dass sie unerwartet in schwierige Situationen geraten.

Aber nicht nur bei Sicherstellung der Liquidität, auch in puncto Finanzierung streben die Unternehmen eine Ausweitung ihrer Unabhängigkeit an. Die Banken werden vorerst und vermutlich auch auf absehbare Zeit nicht mehr in gleichem Ausmaß wie früher als Finanzierungspartner zur Verfügung stehen. Eine Ausweitung der Kreditfinanzierung als Variante der Außenfinanzierung wird daher nur von knapp jedem zehnten Unternehmen in den nächsten zwei Jahren angestrebt. Vielmehr ist eine Reduzierung der Abhängigkeit von einzelnen Hausbanken für einen Großteil der Unternehmen (42 %) das Ziel.

Folglich versuchen die Unternehmen, den mittel- bis längerfristigen Finanzbedarf vermehrt aus eigener Kraft zu stemmen: Vier von zehn Unternehmen mit strategischem Änderungsbedarf werden verstärkt auf den Cashflow zur Finanzierung von Investitionen setzen. Damit stärken sie gleichzeitig ihre Eigenkapitalbasis. Die Finanzstruktur durch eine Ausweitung der Innenfinanzierung auf einen stabileren Grund zu stellen kann indes nur in einer mittel- bis langfristigen Perspektive realisiert werden. Umso wichtiger ist es daher, die Weichen im Unternehmen so zu stellen, dass möglichst rasch wieder ein befriedigendes Ertragsniveau erreicht wird. Nur so wird es gelingen, im Aufschwung ausreichende Mittel für die Selbstfinanzierung zu generieren und gleichzeitig Spielräume auch zur Fremdfinanzierung zu schaffen.

In der Außenfinanzierung selbst streben die Unternehmen eine weitere Diversifizierung an. Der Verkauf von Forderungen, das sogenannte Factoring, spielt allerdings bei der Suche nach alternativen Finanzierungsformen nach wie vor in nur wenigen Unternehmen eine Rolle. Lediglich 6 % der Unternehmen, die nach eigenen Angaben in den nächsten zwei Jahren Anpassungen in ihrer Finanzierungsstrategie vornehmen möchten, geben an, diese Finanzierungsform in Zukunft verstärkt nutzen zu wollen. Kostengesichtspunkte sind hierbei sicherlich mitentscheidend. Zudem ist das Factoring nicht für alle Branchen geeignet. Das Leasing wird in fast jedem vierten Unternehmen als zunehmend wichtiges Element der zukünftigen Finanzierung genannt, nachdem es schon

in den zurückliegenden Jahren ständig an Bedeutung gewonnen hat. Und auch die Inanspruchnahme öffentlicher Fördermittel wird in diesem Zuge verstärkten Einsatz finden.

Bedeutung einer offenen Finanzkommunikation wird unterschätzt

Bei der Gestaltung der Finanzstruktur eines Unternehmens, insbesondere bei Inanspruchnahme externer Finanzierungsquellen, ist eine offene, vorausschauende Finanzkommunikation von Bedeutung. In der Auseinandersetzung mit Banken oder anderen Finanzpartnern ist Transparenz – von beiden Seiten – eine entscheidende Voraussetzung für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. In diesem Punkt geben allerdings nur 16 % der Unternehmen an, in den kommenden zwei Jahren Verbesserungen vornehmen zu wollen.

3.3.3 Gestärkt aus der Krise?

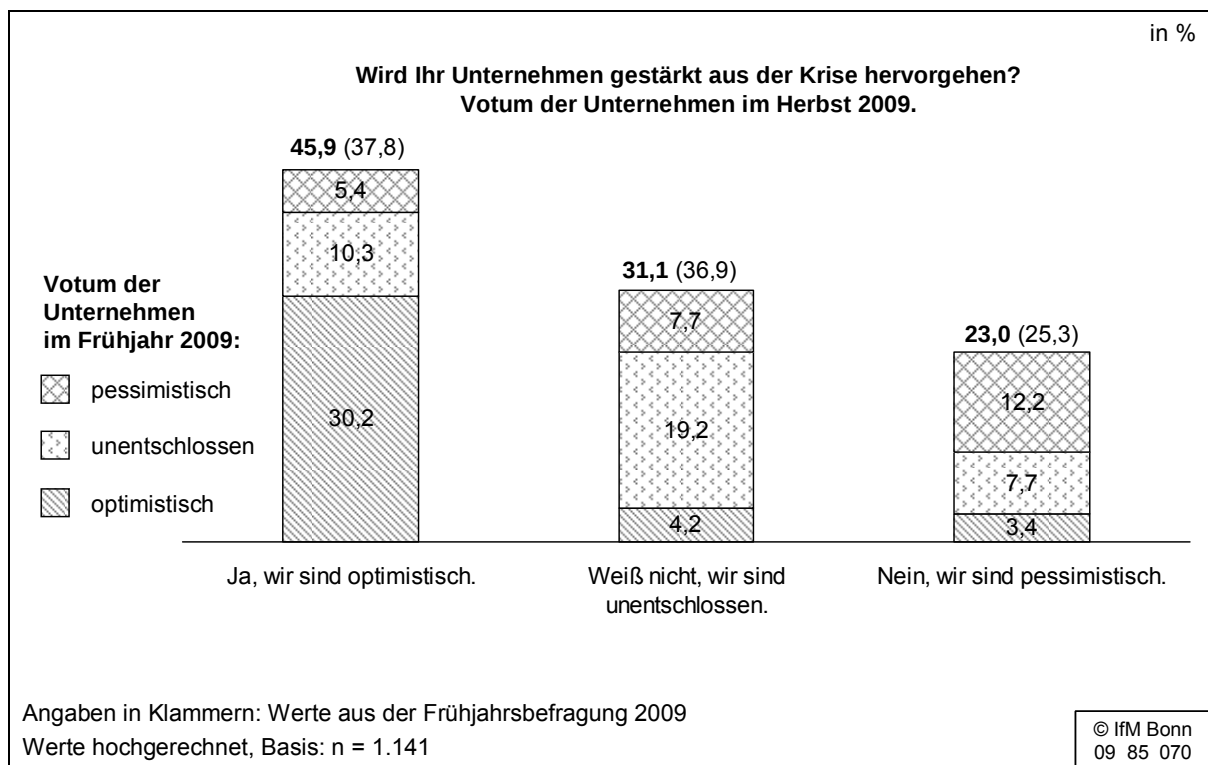
Diese Frage wurde bereits im Frühjahr 2009 im Rahmen des BDI-Mittelstandspanels thematisiert. Auf dem damaligen Höhepunkt des Abschwungs ließen die Angaben der Unternehmen nur einen Schluss zu: Die Unsicherheiten bei der Einschätzung der eigenen Zukunftsfähigkeit überwogen. Knapp 37 % der Unternehmen trauten sich zu diesem Zeitpunkt keine eindeutige Aussage über die Position des Unternehmens nach Beendigung der Krise zu, 25 % äußerten sich pessimistisch. Ein halbes Jahr später wurde die Frage noch einmal gestellt und es zeigt sich, dass die deutschen Industrieunternehmen zwischenzeitlich mit optimistischerem Blick in die Zukunft schauen (vgl. Abbildung 33).

Unsicherheit lässt nach, Optimismus nimmt zu

Zwischenzeitlich zeigen sich nur noch drei von zehn Unternehmen (31,1 %) unsicher über die eigene Lage. Zwar sind die vormals unsicher in die Zukunft blickenden Unternehmen auch heute noch mehrheitlich im Unklaren über die eigene Position nach der Krise. Aber die Zahl der in das Lager der Optimisten gewechselten Unternehmen (+10,3 Punkte) übersteigt die Zahl derer, die nach unsicheren Aussichten im Frühjahr nun pessimistisch in die Zukunft blicken (+7,4 Punkte). Wurde bereits im Frühjahr positiv auf das Ende der Krise geblickt, blieb es überwiegend bei dieser Einschätzung. In der Gesamtschau stellen die Optimisten mit knapp 46 % nunmehr die mit Abstand größte Gruppe, nachdem die Wahrscheinlichkeit für ein Ende des Abschwungs steigt.

Bei Einteilung der Unternehmen nach dem Grad ihrer Exportorientierung zeigt sich jedoch der nachhaltige Effekt der Auftragseinbrüche bei den stark vom Export abhängigen Unternehmen. Während der Anteil der positiv in die Zukunft Blickenden in dieser Gruppe konstant bei etwa 50 % blieb, also nicht zunahm, stieg der Anteil der Zukunftspessimisten deutlich, nämlich um fünf Prozentpunkte. Eine ähnliche, wenngleich noch deutlichere Entwicklung, zeigt sich bei den rein auf den Binnenmarkt konzentrierten Unternehmen – ein weiteres Indiz für die sich manifestierenden Einbrüche im deutschen Markt. Bei den gering bis durchschnittlich exportorientierten Unternehmen, die an den Risiken und Chancen sowohl des Inlandsmarktes als auch der internationalen Märkte gleichermaßen partizipieren, weitete sich der Anteil der Optimisten um 13 Punkte auf 53 % aus. Die Zahl dieser Unternehmen, die negativ in die Zukunft blicken, reduzierte sich um neun Punkte. Das Fazit hieraus: Es sind Auslandsmärkte verloren gegangen, die zumindest kurzfristig nicht mehr zurückzuholen sind, was sich im Umkehrschluss auch auf den Inlandsmarkt nachhaltig auswirkt.

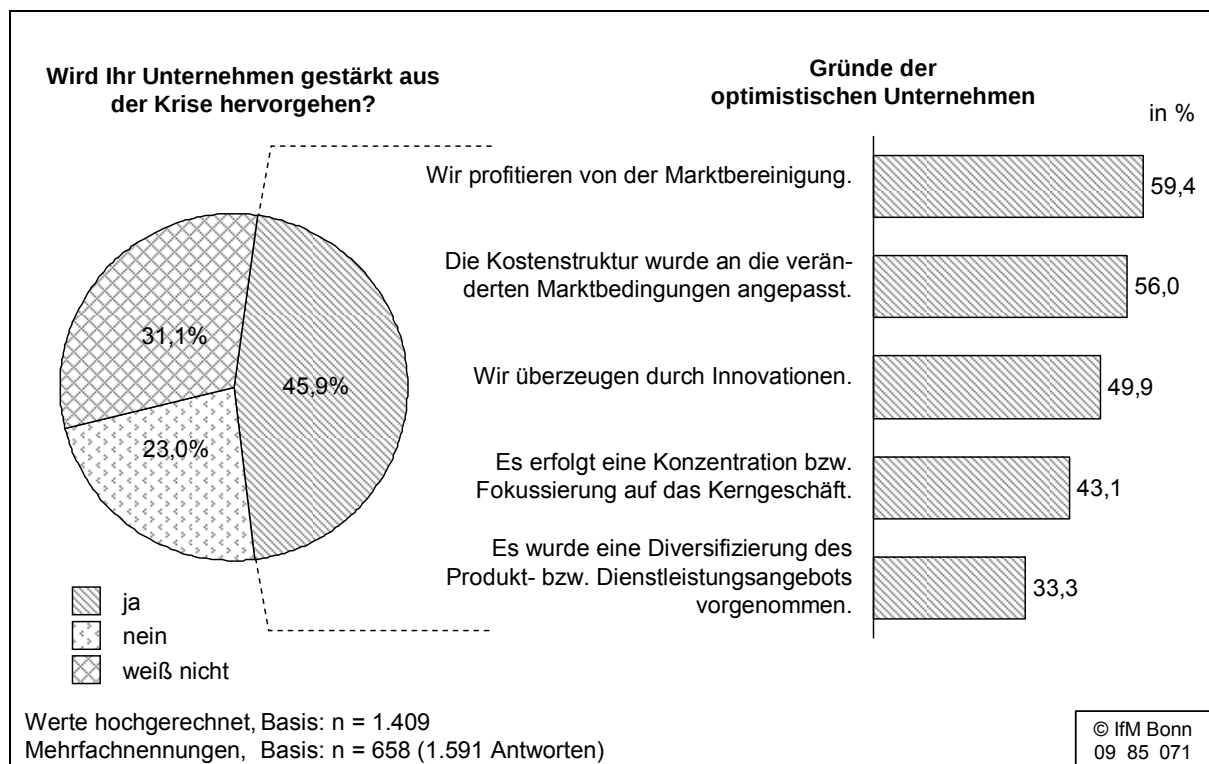
Abbildung 33: Gestärkt aus der Krise? Votum der Industrie im Herbst 2009 und das Wechselverhalten seit dem Frühjahr 2009



Unternehmen profitieren von Marktbereinigung und überzeugen durch Innovationen

In Ergänzung zu ihrer generellen Einschätzung über die Zukunftsfähigkeit des eigenen Unternehmens wurden die Gründe, auf deren Basis die Einschätzung getroffen wurde, erfasst. Dabei zeigt sich, dass die stattfindende Bereinigung der Märkte aus Sicht der optimistisch in die Zukunft blickenden Unternehmen ein Hauptgrund für ihre gestärkte Position nach der Krise ist; knapp 60 % geben an, hiervon zu profitieren (vgl. Abbildung 34). Ähnlich viele Unternehmen sind der Meinung, aufgrund der an die aktuellen Marktbedingungen angepassten Kostenstruktur gestärkt aus der Krise hervorgehen zu können. Aus Sicht jedes zweiten Unternehmens, das davon ausgeht, gestärkt aus der Krise hervorzugehen, sind Innovationen im Produkt- und Dienstleistungsportfolio der Schlüssel zum Erfolg. So hatten das Kosten- und das Innovationsmanagement auch in der Unternehmensführung der optimistischen Unternehmen deutlich häufiger an Bedeutung gewonnen, als dies in den Unternehmen mit negativen oder noch unsicheren Aussichten der Fall war.

Abbildung 34: Gestärkt aus der Krise? Gründe der optimistischen Unternehmen



Ob eine Konzentration auf das Kerngeschäft oder eine Diversifizierung des Produkt-/Dienstleistungsportfolios letztendlich zum Erfolg führt, hängt stark

von der Branche und der eigenen Marktpositionierung ab. Innerhalb der Unternehmen des BDI-Mittelstandspanels ist eine Fokussierung auf das Kerngeschäft für 43 % einer der Schlüssel, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Eine breitere Aufstellung durch ein diversifiziertes Angebot scheint für ein Drittel der befragten Unternehmen der richtige Weg zu sein.

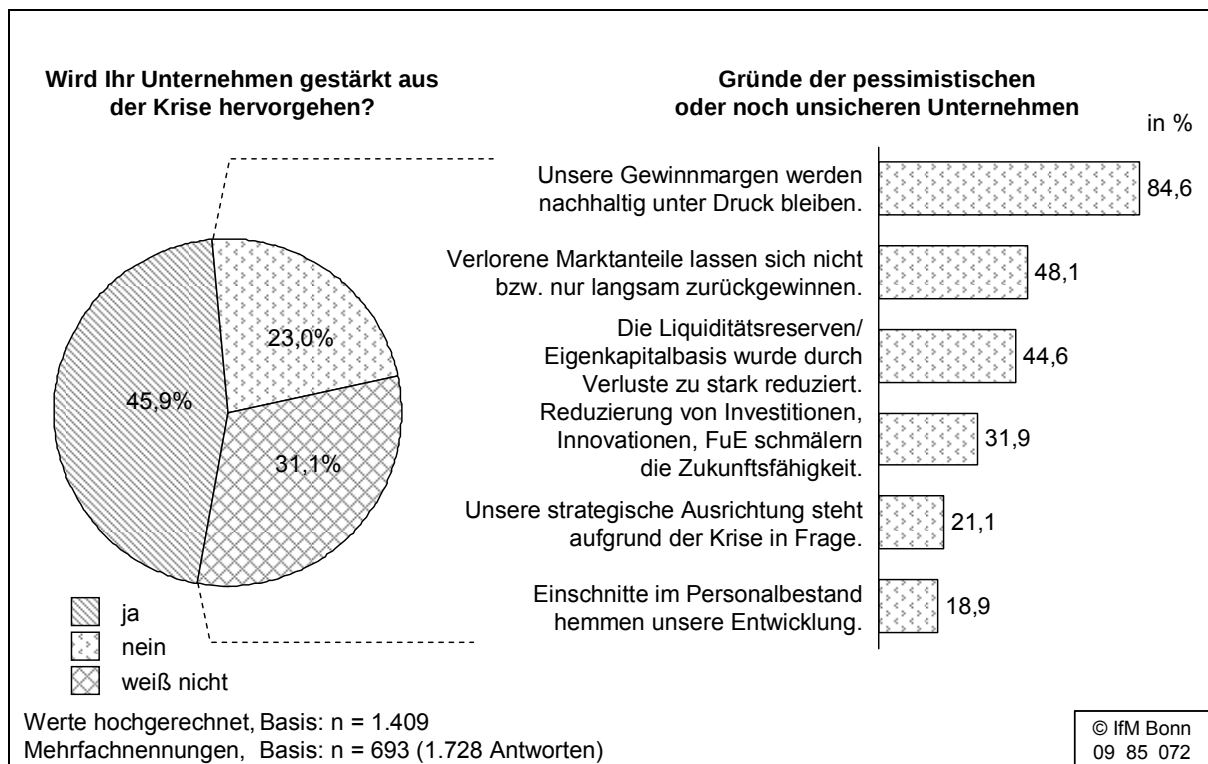
Gewinnmargen sind nachhaltig unter Druck

Spiegelbildlich zu den ausschlaggebenden Gründen für eine positive Einschätzung zur Marktpositionierung nach der Krise wurden auch die Unternehmen mit negativen oder noch offenen Aussichten nach ihren Beweggründen für die diesbezüglichen Antworten befragt. Mit deutlichem Abstand zeigt sich der nachhaltige Abwärtsdruck der Gewinnmargen als bedeutendster Einflussfaktor – mehr als vier von fünf der pessimistischen Unternehmen sehen sich hiervon betroffen (vgl. Abbildung 35). Zudem gibt fast jedes zweite Unternehmen dieses Kreises an, die im Zuge der Krise verloren gegangenen Marktanteile nicht wieder zurückgewinnen zu können. Aufgrund des Nachfrageeinbruchs scheint es in einem nicht unerheblichen Teil der Unternehmen zu Preisnachlässen im Kampf um Marktanteile gekommen zu sein. Da insgesamt nur eine langsame Aufwärtsentwicklung bei der Nachfrage erwartet wird, lassen sich die Margen nun nicht in gleichem Tempo und Ausmaß wieder nach oben anpassen.

Angegriffene Finanzreserven hemmen die Aussichten

Gut 44 % der pessimistischen bzw. im Votum noch nicht festgelegten Unternehmen begründen ihre Einschätzung u. a. mit den geschrumpften Liquiditätsreserven und der geschmälereten Eigenkapitalbasis. In drei von zehn Unternehmen bedeutet auch die notwendig gewordene Reduzierung von Investitionen, Innovationen und F&E-Anstrengungen ein Hemmnis für die Positionierung nach der Krise. Da die Reduktion der Kosten nicht mit dem rasanten Einbruch der Umsätze Schritt halten konnte, wurden die Reserven in der Konsequenz stark durch die laufenden Betriebskosten angegriffen. Dies erklärt die hohe Bedeutung der Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit als Maßnahme des Finanzmanagements und beeinträchtigt die Handlungsfähigkeit der Unternehmen im erwarteten Aufschwung.

Abbildung 35: Gestärkt aus der Krise? Gründe der pessimistischen oder noch unsicheren Unternehmen



Einschnitte im Personalbestand, die einen nachhaltig dämpfenden Einfluss auf die Zukunftsfähigkeit nach der Krise hätten, mussten jedoch nur in wenigen Unternehmen (18,9 %) vorgenommen werden. Auch die grundsätzliche strategische Ausrichtung wird nur in einem vergleichsweise geringen Anteil der Unternehmen mit pessimistischem oder noch unsicherem Blick in die Zukunft infrage gestellt (21,1 %).

Eine pessimistische oder von Unsicherheit bestimmte Zukunftserwartung ist jedoch nicht zwingend mit einer Gefährdung des Unternehmensbestands gleichzusetzen. Die betroffenen Unternehmen gaben in der Herbstbefragung des BDI-Mittelstandspanels auch Auskunft über den Gefährdungsgrad ihres Unternehmens.

Nur wenige Unternehmen sind existenziell gefährdet

Aufgrund der vorliegenden Ergebnisse kann zunächst für den Großteil des industriellen Mittelstands Entwarnung gegeben werden. Über die Hälfte der Unternehmen (55 %), die nach eigenen Angaben geschwächt aus der Krise hervorgehen werden oder die zukünftige eigene Lage nicht abschätzen können, gehen nicht von einer existenziellen Bedrohung des Unternehmens aus. Nur ein geringer Teil der besagten Unternehmen sieht den Fortbestand aktuell

gefährdet. Auf die Gesamtheit der deutschen Industrie hochgerechnet, besteht nur für etwa jedes 25. Unternehmen eine Gefahr für den Weiterbestand. Allerdings sieht ein Drittel der Unternehmen, die sich negativ oder unentschieden über die eigene Situation nach der Krise äußerten, eine potenzielle Gefährdung für den (allerdings meist zunehmend unwahrscheinlichen) Fall, dass sich der Umsatz in den nächsten sechs Monaten nicht erholen sollte.

Dass nicht alle Unternehmen die Rezession in gleicher Weise spüren, liegt auf der Hand. Es gibt eine steigende Anzahl von Unternehmen im industriellen Mittelstand, die gestärkt aus der Krise hervorgehen. Sollten sich die vorsichtigen Erholungstendenzen in den nächsten Monaten verstetigen, wird sich die existenzielle Gefährdung in Grenzen halten. Da sich die Auftragseingänge nun den sechsten Monat in Folge positiv im Vergleich zum Vormonat entwickelt haben, wird die Auftragslage in den tendenziell eher schwachen Wintermonaten mitentscheidend für die weitere Entwicklung in der mittelständischen Industrie sein.

4. Anhang

Anmerkungen zu Zielgruppe und Methode

Die Grundgesamtheit des BDI-Mittelstandspanels setzt sich aus allen deutschen Industrieunternehmen der Wirtschaftsabschnitte "verarbeitendes Gewerbe", "Baugewerbe", "Energie- und Wasserversorgung" sowie "Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden" zusammen. Bei der ersten Erhebung im Frühjahr 2005 beteiligten sich rund 2.600 Unternehmen aus einer repräsentativen Stichprobe der Grundgesamtheit an der Befragung. Diese Unternehmen wurden in den nachfolgenden Erhebungswellen regelmäßig befragt. Im Rahmen der Frühjahrserhebung 2008 wurden zusätzlich gut 14.000 Unternehmen zur Teilnahme aufgefordert. Der Einladung folgten rund 1.250 Unternehmen. Unter Berücksichtigung der laufend stattfindenden Adressbereinigung betrug die Bruttostichprobe der neunten und zehnten Befragungswelle rund 3.600 Unternehmen.

Die Gesamtzahl der deutschen Industrieunternehmen ist auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche und Beschäftigtengrößenklassen ungleich verteilt. Daher wurde die Bruttostichprobe des BDI-Mittelstandspanels umgekehrt proportional nach Beschäftigtengrößenklassen geschichtet, um sicherzustellen, dass in den verschiedenen Unternehmensgrößenklassen - insbesondere in den oberen - ausreichend viele Antworten erzielt werden. Im Segment der Unternehmen mit 200 und mehr Mitarbeitern wurde eine Vollerhebung durchgeführt; in den Größenklassen bis 200 Mitarbeiter erfolgte eine Zufallsauswahl.

Um von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit schließen zu können, wurden die Befragungsergebnisse gewichtet bzw. hochgerechnet. Anhand der Schätzung der Unternehmensanzahl und der Beschäftigtenzahl deutscher Industrieunternehmen je Beschäftigtengrößenklasse gemäß amtlicher Statistiken wurde die Stichprobe nachträglich nach dem Verfahren "Soll durch Ist" (SdI) der Grundgesamtheit angepasst. Im Rahmen der Auffüllung der Stichprobe mit neuen Unternehmen im Frühjahr 2008 wurde die Konzeption der Hochrechnung ab der siebten Befragungswelle leicht modifiziert: Anstatt wie bislang quantitative Angaben mit drei verschiedenen Faktoren (Umsatz, Investitionen, Beschäftigte) hochzurechnen, werden nun alle quantitativen Größen ausschließlich anhand der Beschäftigungszahlen hochgerechnet. Dies führt dazu, dass die aktuell publizierten Ergebnisse nicht mehr zwingend mit denen früherer Publikationen vergleichbar sind.

Wirtschaftspolitik

Q1 Wie beurteilen Sie die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland?

(Je Antwortreihe nur eine Antwort möglich)

	sehr gut	gut	neutral	schlecht	sehr schlecht	weiß nicht
Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind <u>zurzeit</u> ...	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind <u>in den nächsten 12 Monaten</u> voraussichtlich...	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Q2 Wie schätzen Sie die Arbeit der Bundesregierung im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise insgesamt ein (z.B. Handlungsfähigkeit, Reaktionszeit, internationale Positionierung)?

(Nur eine Antwort möglich)

sehr gut	gut	neutral	schlecht	sehr schlecht	weiß nicht
☐	☐	☐	☐	☐	☐

Q3 Die Bundesregierung hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um der Finanz- und Wirtschaftskrise zu begegnen. Betrachten Sie die folgenden Maßnahmen als einen Schritt in die richtige Richtung?

(Je Antwortreihe nur eine Antwort möglich)

	ja, voll und ganz	ja, aber nur teilweise	nein, überwiegend nicht	nein, ganz und gar nicht	weiß nicht
Stabilisierung des Finanzmarktes (z.B. durch staatliche Beteiligungen an Finanzinstituten, Garantien, Risikoübernahme)	☐	☐	☐	☐	☐
Stabilisierung der Realwirtschaft (z.B. durch Ausweitung öffentlicher Kredite und Bürgschaften, Investitionen in Bildung und Infrastruktur, Verlängerung der Kurzarbeit)	☐	☐	☐	☐	☐
Förderung des privaten Konsums (z.B. durch Senkung der Steuerbelastung, Kinderbonus)	☐	☐	☐	☐	☐

Q4	Welche zusätzlichen (bisher noch nicht umgesetzten) wirtschaftspolitischen Maßnahmen würden Ihrem Unternehmen derzeit am meisten helfen?
<i>(Bitte tragen Sie Ihre Antwort in Stichworten in das unten stehende Feld ein.)</i>	

Q5 Das Modell der Sozialen Marktwirtschaft ist in die Kritik geraten. Für Ludwig Erhard lag der Vorteil dieses Wirtschaftsmodells darin, freiheitliche Märkte mit sozialem Ausgleich in Einklang zu bringen. Wie bewerten Sie die folgenden Aussagen? <i>(Je Antwortreihe nur <u>eine</u> Antwort möglich)</i>					
	trifft voll zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft gar nicht zu	<i>weiß nicht</i>
Die Soziale Marktwirtschaft ist und bleibt das richtige Gesellschaftsmodell für Deutschland.	☐	☐	☐	☐	☐
Märkte können die Wirtschaft besser steuern als der Staat.	☐	☐	☐	☐	☐
Die aktuelle Krise ist primär eine Krise der Finanzmärkte. Bessere Regulierung in diesem Bereich stärkt das Vertrauen auf den Märkten und hat daher Priorität.	☐	☐	☐	☐	☐
Zur Sicherung von Arbeitsplätzen bedarf es eines Rettungsschirms für den Mittelstand.	☐	☐	☐	☐	☐
Die Krise zeigt, dass ein höheres Maß an staatlicher Regulierung und Kontrolle in vielen Wirtschaftszweigen unverzichtbar ist.	☐	☐	☐	☐	☐

Wirtschaftslage

Q6 Wie beurteilen Sie die <u>Wirtschaftslage Ihres Unternehmens?</u> <i>(Je Antwortreihe nur <u>eine</u> Antwort möglich)</i>						
	sehr gut	gut	neutral	schlecht	sehr schlecht	weiß nicht
aktuelle Lage – 1. Halbjahr 2009	☐	☐	☐	☐	☐	☐
zukünftige Lage – 2. Halbjahr 2009	☐	☐	☐	☐	☐	☐
zukünftige Lage – 1. Halbjahr 2010	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Wirtschaften in der Krise

Q7 Wie hat sich die Finanz- und Wirtschaftskrise bislang auf die folgenden, für Ihr Unternehmen wichtigen Parameter ausgewirkt? <i>(Je Antwortreihe nur <u>eine</u> Antwort möglich)</i>					
	sehr positiv	eher positiv	gar nicht	eher negativ	sehr negativ
Inlandsnachfrage	☐	☐	☐	☐	☐
Auslandsnachfrage/Exporte	☐	☐	☐	☐	☐
Finanzierungsmöglichkeiten	☐	☐	☐	☐	☐
Preise für Vormaterialien	☐	☐	☐	☐	☐

<i>FILTER</i>	
<i>Falls in Q7 Finanzierungsmöglichkeiten = eher negativ, sehr negativ</i> ► MACHEN SIE BITTE WEITER MIT Q8	
<i>Andernfalls</i>	► MACHEN SIE BITTE WEITER MIT Q9

Q8 Ihre Finanzierungsbedingungen haben sich verschlechtert. Von welcher der folgenden Veränderungen sind Sie betroffen? <i>(Mehrfachnennungen möglich)</i>	
☐	Sinkende Bereitschaft der Banken zur Bereitstellung neuer Kreditlinien
☐	Sinkende Bereitschaft der Banken zur Vergabe von neuen Investitionskrediten
☐	Kündigung von bestehenden Krediten/Kreditlinien
☐	Höhere Risikoaufschläge (Kreditmargen) auf die Kreditzinsen
☐	Strengere Dokumentations- und Sicherheitsanforderungen
☐	Schlechterer Zugang zu alternativen Finanzierungsinstrumenten (z.B. Leasing, Factoring, Warenkreditversicherung, Private Equity)
☐	Sonstiges _____

Q9 Mit welchen der folgenden Anpassungsmaßnahmen reagieren Sie derzeit in Ihrem Unternehmen auf die Krise?			
<i>Antwortmöglichkeiten rotieren; je Antwortreihe nur <u>eine</u> Antwort möglich.</i>			
	ja	nein	nein, aber geplant
Freisetzung interner Liquiditätspotenziale (z.B. durch besseres Forderungs- und Lagermanagement)	☐	☐	☐
Vorhalten und Sicherung ausreichender Kreditlinien	☐	☐	☐
Verschieben von Investitionen	☐	☐	☐
Kürzung der Ausgaben für gesellschaftliches Engagement (z.B. Spenden, Sponsoring)	☐	☐	☐
Abbau von Überstunden / Zwangsurlaub	☐	☐	☐
Anmeldung von Kurzarbeit	☐	☐	☐
Kürzung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung	☐	☐	☐
Erschließung von neuem Absatzpotenzial (z.B. intensivere Vermarktung, regionale Ausweitung)	☐	☐	☐

Q10 Glauben Sie, dass Ihr Unternehmen gestärkt aus der Krise hervorgehen wird?		
<i>(Nur <u>eine</u> Antwort möglich)</i>		
ja	nein	weiß nicht
☐	☐	☐

Q11 Welche <u>mittel- bis langfristigen Vorkehrungen</u> treffen Sie, um die Krise zu überstehen bzw. sich auf den nächsten Aufschwung vorzubereiten?			
<i>Antwortmöglichkeiten rotieren; je Antwortreihe nur <u>eine</u> Antwort möglich.</i>			
	ja	nein	nein, aber geplant
Verlagerung von geschäftlichen Tätigkeiten ins Ausland	☐	☐	☐
Verschlinkung des Unternehmens (Veräußerung von Betrieben/Geschäftsfeldern)	☐	☐	☐
Akquisition (Wachstum durch Zukauf)	☐	☐	☐
Erschließung weiterer Finanzierungsquellen	☐	☐	☐
Offensivere, proaktive Finanzkommunikation	☐	☐	☐
Sicherung und Weiterqualifizierung von Fachkräften	☐	☐	☐
Erschließung neuer Geschäftsfelder	☐	☐	☐
Eingehen von Kooperationen	☐	☐	☐

Geschäftszahlen 2008 / 2009

Q12 Wie hoch war der Umsatz Ihres Unternehmens im Geschäftsjahr 2008 / in den folgenden Geschäftsjahren?

Umsatz 2007	Umsatz 2008
_____ Mio. Euro	_____ Mio. Euro

Q13 Wie hoch war der Umsatzanteil, den Ihr Unternehmen mit seinen fünf wichtigsten Kunden in 2008 erwirtschaftete?

(Bitte ohne Nachkommastelle eintragen.)

etwa _____ %

Q14 Wie hoch war die Umsatzrendite vor Steuern Ihres Unternehmens im Geschäftsjahr 2008 / in den folgenden Geschäftsjahren?

	Umsatzrendite 2007	Umsatzrendite 2008
< 0 %	☐	☐
0 – 2,9 %	☐	☐
3 – 4,9 %	☐	☐
5 – 9,9 %	☐	☐
10 % oder mehr	☐	☐
weiß nicht	☐	☐

Q15 Wie hoch war die Exportquote Ihres Unternehmens im Geschäftsjahr 2008 / in den folgenden Geschäftsjahren?

(Bitte ohne Nachkommastelle eintragen. Für 'kein Export' bitte eine Null eintragen.)

2007	2008
etwa _____ %	etwa _____ %

Q16 Wie viele Beschäftigte hatte Ihr Unternehmen zum... ?

	31.12.2007	31.12.2008
Beschäftigte insgesamt	_____	_____
davon: Beschäftigte im Ausland	_____	_____

Q17 Wie viele Leih-/Zeitarbeiter beschäftigen Sie derzeit in Deutschland?

Sofern Sie derzeit keine Leih-/Zeitarbeiter beschäftigen, tragen Sie bitte eine Null ein.

ca. _____

Q18 Wie viele freie Stellen haben Sie derzeit in Ihrem Unternehmen?

Sollten Sie derzeit keine freien Stellen haben, tragen Sie bitte eine Null ein.

ca. _____

Q19 Wie werden sich die folgenden Kennzahlen Ihres Unternehmens im Jahr 2009 entwickeln?

(Je Antwortreihe nur eine Antwort möglich)

	wird steigen	wird gleich bleiben	wird sinken	weiß nicht
Umsatz insgesamt	☐	☐	☐	☐
Exportumsatz	☐	☐	☐	☐
Umsatzrendite	☐	☐	☐	☐
Anzahl der Beschäftigten im Inland	☐	☐	☐	☐
Anzahl der Beschäftigten insgesamt	☐	☐	☐	☐
<i>(Falls Q18 > 0, auch folgende Antwortmöglichkeit abfragen.)</i>				
Anzahl der Leih-/Zeitarbeiter	☐	☐	☐	☐

FILTER

Falls laut Q19 Anzahl der Beschäftigten im Inland = wird sinken

► ***MACHEN SIE BITTE WEITER MIT Q20***

Falls Anzahl der Beschäftigten im Inland = wird steigen, wird gleich bleiben

► ***MACHEN SIE BITTE WEITER MIT Q21***

Q20 Wie hoch ist der Anteil an der Gesamtbeschäftigung im Inland, den Sie abbauen müssen?

ca. _____ %

Investitionen

Q21 Auf welche Summe beliefen sich Ihre Investitionen in Sachanlagen im Jahr 2008?

Sofern Sie in 2008 keine Investitionen getätigt haben, tragen Sie bitte eine Null ein.

ca. _____ Mio. Euro

Q22 Auf welche Summe belaufen sich Ihre für das Jahr 2009 insgesamt geplanten Investitionen in Sachanlagen?

Sofern Sie in 2009 keine Investitionen tätigen werden, tragen Sie bitte eine Null ein.

ca. _____ Mio. Euro

FILTER

Falls Q21 und/oder Q22 > 0

► **MACHEN SIE BITTE WEITER MIT Q23**

Falls Q21 und Q22 = 0

► **ENDE**

Q23 Bitte teilen Sie die angegebene/n Investitionssumme/n für 2008 und 2009 nach dem Investitionsziel auf.

Schätzungen genügen, in der Summe sollten es aber 100% sein.

	2008	2009
Kapazitätserweiterung	ca. _____ %	ca. _____ %
Rationalisierung/Kostensenkung	ca. _____ %	ca. _____ %
Ersatzbeschaffung	ca. _____ %	ca. _____ %
Sonstige Investitionsziele	ca. _____ %	ca. _____ %
Insgesamt	100 %	100 %

Vielen Dank für Ihre erneute Teilnahme. Anfang Juni werden Sie eine Zusammenfassung der Ergebnisse von uns erhalten.

Wirtschaftspolitik

Q1 Wie beurteilen Sie die <u>wirtschaftspolitischen</u> Rahmenbedingungen in Deutschland?						
<i>(Je Antwortreihe nur <u>eine</u> Antwort möglich)</i>						
	sehr gut	gut	neutral	schlecht	sehr schlecht	<i>weiß nicht</i>
Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind <u>zurzeit</u> ...	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind <u>in den nächsten 12 Monaten</u> voraussichtlich...	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Q2 Welche Bedeutung haben für Ihr Unternehmen die folgenden politischen Handlungsfelder mit Blick auf die <u>nächste Legislaturperiode</u>?						
<i>(Je Antwortreihe nur <u>eine</u> Antwort möglich, Randomisierung)</i>						
	wichtig	eher wichtig	neutral	eher unwichtig	unwichtig	<i>weiß nicht</i>
Absenkung der Lohnzusatzkosten / Lohnnebenkosten	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Verstärkte Investitionen in Bildung und Ausbildung	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Förderung von Forschung und Innovation	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Abbau der Bürokratie	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Reform der Lohn-/ Einkommenssteuer	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Haushaltskonsolidierung/ Abbau der Staatsverschuldung	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Nachbesserung bei der Besteuerung von Unternehmen (z.B. Zins-schranke, Erbschaftsteuer)	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Verbesserte Rahmenbedingungen für die Unternehmensfinanzierung	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Weitere Flexibilisierung des Arbeitsrechts, Lockerung des Kündigungsschutzes	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Q3	Gibt es noch weitere politische Handlungsfelder, die in der nächsten Legislatur für Ihr Unternehmen Bedeutung haben werden?
<i>(Bitte tragen Sie Ihre Antwort in Stichworten in das unten stehende Feld ein.)</i>	

Q4	Es wird erwartet, dass die Staatsverschuldung im Verlauf der Wirtschafts- und Finanzkrise auf zwei Billionen Euro ansteigen wird. Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die folgenden Aussagen?				
<i>(Je Antwortreihe nur <u>eine</u> Antwort möglich)</i>					
Zur Konsolidierung des Bundeshaushalts sind in der nächsten Legislaturperiode...					
	trifft voll zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft gar nicht zu	<i>weiß nicht</i>
... Steuererhöhungen unvermeidlich.	☐	☐	☐	☐	☐
... Ausgabenkürzungen notwendig.	☐	☐	☐	☐	☐

Q5	Welche der folgenden Maßnahmen sollten aus Ihrer Sicht zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes umgesetzt werden?
<i>(Mehrfachnennungen möglich, Randomisierung)</i>	
☐	Erhöhung der Mehrwertsteuer
☐	Stärkere Belastung höherer Einkommen sowie Vermögen
☐	Stärkung der privaten Vorsorge, zur Entlastung der gesetzlichen Sozialversicherung
☐	Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, um den Zuschuss aus Bundesmitteln reduzieren zu können
☐	Kürzung von Subventionen
☐	Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei Einkommen- und Körperschaftsteuer

Q6	Gibt es noch weitere Maßnahmen, die aus Ihrer Sicht zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes umgesetzt werden sollten?
<i>(Bitte tragen Sie Ihre Antwort in Stichworten in das unten stehende Feld ein.)</i>	

Wirtschaften in der Krise

Q7 Wie beurteilen Sie die <u>Wirtschaftslage Ihres Unternehmens</u>?						
<i>(Je Antwortreihe nur <u>eine</u> Antwort möglich)</i>						
	sehr gut	gut	neutral	schlecht	sehr schlecht	<i>weiß nicht</i>
aktuelle Lage – 2. Halbjahr 2009	☐	☐	☐	☐	☐	☐
zukünftige Lage – 1. Halbjahr 2010	☐	☐	☐	☐	☐	☐
zukünftige Lage – 2. Halbjahr 2010	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Q8 Wie haben sich Umsatz und Auftragseingang Ihres Unternehmens im 1. Halbjahr 2009 im Vergleich zum 1. Halbjahr 2008 entwickelt?			
<i>(Je Antwortreihe nur eine Antwort möglich.)</i>			
	gestiegen um...	gleich geblieben	gesunken um...
Umsatz	ca. _____ %	☐	ca. _____ %
Auftragseingang	ca. _____ %	☐	ca. _____ %

Q9 Wie haben sich die folgenden, für Ihr Unternehmen wichtigen Parameter, in den letzten <u>6 Monaten</u> verändert?						
<i>(Je Antwortreihe nur <u>eine</u> Antwort möglich, Randomisierung)</i>						
	sehr positiv	eher positiv	gar nicht	eher negativ	sehr negativ	<i>weiß nicht</i>
Inlandsnachfrage	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Auslandsnachfrage/Exporte	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Finanzierungsbedingungen	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Preise für Vormaterialien	☐	☐	☐	☐	☐	☐

<i>FILTER</i>	
<i>Falls in Q9 Finanzierungsbedingungen = eher negativ/sehr negativ</i>	
► MACHEN SIE BITTE WEITER MIT Q10	
<i>Andernfalls</i>	► MACHEN SIE BITTE WEITER MIT Q11

Q10 Ihre Finanzierungsbedingungen haben sich verschlechtert. Von welcher der folgenden Veränderungen sind Sie betroffen?	
<i>(Mehrfachnennungen möglich, Randomisierung)</i>	
☐	Sinkende Bereitschaft der Banken zur Bereitstellung neuer Kreditlinien
☐	Sinkende Bereitschaft der Banken zur Vergabe von neuen Investitionskrediten
☐	Kündigung von bestehenden Krediten/Kreditlinien
☐	Höhere Risikoaufschläge (Kreditmargen) auf die Kreditzinsen
☐	Strengere Dokumentations- und Sicherheitsanforderungen
☐	Schlechterer Zugang zu alternativen Finanzierungsinstrumenten (z.B. Leasing, Factoring, Private Equity)
☐	Schlechterer Zugang zu Export- und/oder Warenkreditversicherungen
☐	Zusätzlicher, noch nicht gedeckter Finanzierungsbedarf

Q11 Werden Sie Ihre Finanzierungsstrategien in den <u>nächsten 2 Jahren</u> verändern?		
Ja, und zwar durch... <i>(Mehrfachnennungen möglich, Randomisierung)</i>	☐	Stärkere Finanzierung aus dem laufenden Cash Flow
	☐	Stärkung der Eigenkapitalbasis (z. B. durch Erhöhung der Einlagen, Aufnahme neuer Gesellschafter, stille Beteiligung, Mezzaninekapital, Venture Capital)
	☐	Ausweitung der Kreditfinanzierung
	☐	Verstärkte Nutzung von Leasing
	☐	Verkauf von Forderungen (Factoring)
	☐	Reduzierung der Abhängigkeit von einzelnen Hausbanken
	☐	Verstärkung der Liquiditätsreserven
	☐	Stärkere Inanspruchnahme von öffentlichen Fördermitteln
	☐	Offensivere, proaktive Finanzkommunikation
☐	Nein.	
☐	Weiß nicht.	

Q12 Wie hat sich die Bedeutung der folgenden Aspekte bei der Führung Ihres Unternehmens in den letzten 12 Monaten verändert ? Wie wird sie sich in den kommenden 12 Monaten verändern?						
<i>(Je Antwortreihe nur <u>eine</u> Antwort möglich, Randomisierung)</i>						
	Die Bedeutung ist in den letzten 12 Monaten ...			Die Bedeutung wird in den kommenden 12 Monaten ...		
	gestiegen	gleich geblieben	gesunken	steigen	gleich bleiben	sinken
Controlling / interne Rechnungslegung	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Kostenmanagement	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Risikomanagement	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Liquiditätsmanagement	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Innovationsmanagement	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Personalmanagement	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Zeitlicher Aufwand bei der Unternehmensführung	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Privates finanzielles Engagement (z.B. Gesellschafterdarlehen)	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Q13 Haben Sie seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise verstärkt Beratung in Anspruch genommen?	
Ja, und zwar zum Thema... <i>(Mehrfachnennungen möglich, Randomisierung)</i> ☐ Restrukturierung (z.B. des Managements, bei Prozessen) ☐ Kostenreduzierung/-effizienz (z.B. in der Beschaffung, im Personalbereich) ☐ Marktentwicklung / Absatzförderung ☐ Finanzierung ☐ Personalmanagement (z.B. Rekrutierung, Personalentwicklung)	
☐	Nein.
☐	Weiß nicht.

<i>FILTER</i>	
<i>Falls in Q13 = ja</i>	► MACHEN SIE BITTE WEITER MIT Q14
<i>Andernfalls</i>	► MACHEN SIE BITTE WEITER MIT Q15

Q14 Von wem haben Sie Beratung in Anspruch genommen?	
<i>(Mehrfachnennungen möglich, Randomisierung)</i>	
☐	Steuerberater/Wirtschaftsprüfer
☐	Unternehmensberater
☐	Rechtsanwälte
☐	Kammern/Verbände (z.B. IHK, Branchenverbände...)
☐	Berater bei Banken und Sparkassen
☐	Familie/Freunde/Bekannte

Q15 Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat auf vielen Märkten zu einem deutlichen Nachfragerückgang geführt. Spüren Sie inzwischen bereits eine Belebung der Nachfrage nach Ihren Produkten auf den folgenden Märkten?			
<i>(Je Antwortreihe nur eine Antwort möglich)</i>			
	Ja	Nein	Kein Export in diese Region
Deutschland	☐	☐	/
Alte EU-Mitgliedsländer (EU-15-Länder)	☐	☐	☐
Länder Zentral- und Osteuropas (12 neue EU-Mitgliedsstaaten seit 2004)	☐	☐	☐
Russland	☐	☐	☐
NAFTA (USA, Kanada, Mexiko)	☐	☐	☐
Lateinamerika (außer Mexiko)	☐	☐	☐
Japan	☐	☐	☐
China	☐	☐	☐
Indien	☐	☐	☐
Korea/ASEAN-Staaten (Indonesien, Malaysia, Singapur etc.)	☐	☐	☐
Naher/Mittlerer Osten	☐	☐	☐
Afrika	☐	☐	☐

Q16 Würde sich eine Ausweitung bzw. Optimierung der folgenden Förderangebote positiv auf Ihre Entscheidung ins Ausland zu exportieren auswirken?

Ja, und zwar der... (Mehrfachnennungen möglich, Randomisierung)	☐	Ausfuhrgewährleistungen (Hermes-Bürgschaften)
	☐	Auslandsmesseförderung
	☐	Informationen / Beratung zur Außenwirtschaft
	☐	Exportfinanzierungsprogramm (KfW/ERP)
	☐	Reisen zur Markterkundung / Kontakt- und Kooperationsbörsen
☐	Nein.	
☐	Weiß nicht.	

Q17 Wie viele Leih-/Zeitarbeiter beschäftigen Sie derzeit in Deutschland?

Sofern Sie derzeit keine Leih-/Zeitarbeiter beschäftigen, tragen Sie bitte eine Null ein.

ca. _____

Q18 Nutzt Ihr Unternehmen derzeit das Instrument der Kurzarbeit?

(nur eine Antwort möglich)

☐	Ja.
☐	Nein.
☐	Weiß nicht.

FILTER

Falls in Q18 = ja	► MACHEN SIE BITTE WEITER MIT Q19
Andernfalls	► MACHEN SIE BITTE WEITER MIT Q21

Q19 Nutzen Sie während der Kurzarbeit Maßnahmen zur Weiterbildung / Qualifizierung Ihrer Mitarbeiter?

(Mehrfachnennungen möglich)

☐	Ja, wir nutzen <u>öffentlich geförderte</u> Qualifizierungsmaßnahmen.
☐	Ja, wir nutzen <u>ungeförderte</u> externe Qualifizierungsmaßnahmen.
☐	Ja, wir bilden <u>intern</u> weiter.
☐	Nein.

FILTER		
<i>Falls in Q19 = nein</i>	►	MACHEN SIE BITTE WEITER MIT Q20
<i>Andernfalls</i>	►	MACHEN SIE BITTE WEITER MIT Q21

Q20 Warum bieten Sie während der Kurzarbeit keine Maßnahmen zur Weiterbildung/Qualifizierung an?	
<i>(Mehrfachnennungen möglich)</i>	
☐	Die Angebote zur Weiterbildung / Qualifizierung passen nicht zu unserem Bedarf.
☐	Die Kosten sind trotz öffentlicher Förderung zu hoch.
☐	Wir haben keinen Bedarf zur Weiterbildung/Qualifizierung.

Q21 Wie hoch ist der Anteil an der Beschäftigung im Inland, den Sie im laufenden Jahr 2009 bereits abbauen mussten?	
<i>Falls Sie im laufenden Jahr <u>kein Personal</u> abgebaut haben, tragen Sie bitte eine Null ein!</i>	
ca. _____ % der Inlandsbeschäftigung wurden bereits abgebaut.	

Q22 Wie hoch ist der Anteil an der Beschäftigung im Inland, den Sie im laufenden Jahr 2009 noch abbauen werden?	
<i>Falls Sie im laufenden Jahr <u>kein Personal</u> abbauen werden, tragen Sie bitte eine Null ein!</i>	
ca. _____ % der Inlandsbeschäftigung werden wir noch abbauen müssen.	

Q23 Glauben Sie, dass Ihr Unternehmen gestärkt aus der Krise hervorgehen wird?		
<i>(Nur <u>eine</u> Antwort möglich)</i>		
ja	nein	weiß nicht
☐	☐	☐

FILTER		
<i>Falls Q23 = ja</i>	►	MACHEN SIE BITTE WEITER MIT Q26
<i>Falls Q23 = nein, weiß nicht</i>	►	MACHEN SIE BITTE WEITER MIT Q24 und Q26

Q24 Was sind die Gründe dafür, dass Ihr Unternehmen <u>nicht gestärkt</u> aus der Krise hervorgehen wird?	
<i>(Mehrfachnennungen möglich, Randomisierung)</i>	
☐	Unvermeidbare Einschnitte im Personalbestand hemmen unsere Entwicklung.
☐	Notwendige Reduzierung von Investitionen / Innovationen / FuE schmälern unsere Zukunftsfähigkeit.
☐	Die verlorenen Marktanteile lassen sich nicht / nur langsam zurückgewinnen.
☐	Unsere Liquiditätsreserven/Eigenkapitalbasis wurde durch Verluste zu stark reduziert.
☐	Unsere strategische Ausrichtung steht aufgrund der Krise in Frage.
☐	Unsere Gewinnmargen werden nachhaltig unter Druck bleiben.

Q25 Ist der Fortbestand Ihres Unternehmens gefährdet?	
<i>(Nur <u>eine</u> Antwort möglich)</i>	
☐	Ja, der Fortbestand unseres Unternehmens ist bereits jetzt gefährdet.
☐	Ja, wenn die Nachfrage sich in den nächsten sechs Monaten nicht erholt.
☐	Nein, wir sind nicht gefährdet.
☐	<i>Weiß nicht.</i>

Q26 Was sind die Gründe dafür, dass Ihr Unternehmen <u>gestärkt</u> aus der Krise hervorgehen wird?	
<i>(Mehrfachnennungen möglich, Randomisierung)</i>	
☐	Konzentration/Fokussierung auf das Kerngeschäft
☐	Diversifizierung des Produkt-/Dienstleistungsangebots
☐	Wir überzeugen durch Innovationen.
☐	Anpassung der Kostenstruktur an die veränderten Marktbedingungen
☐	Wir profitieren von der Marktbereinigung.

Vielen Dank für Ihre Teilnahme. Anfang Dezember werden Sie eine Zusammenfassung der Ergebnisse von uns erhalten.
--